

# Das Parlament

Berlin, 24. Juli 2023

www.das-parlament.de

73. Jahrgang | Nr. 30-32 | Preis 1 € | A 5544

**KOPF DER WOCHE**

## Viel Arbeit im Sommer

**Lisa Paus** Die Bundesministerin für Familie, Senioren, Frauen und Jugend muss – und will – liefern. Bis Ende August, so hatte es Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) jüngst in einem Brief an Paus gefordert, soll ein in der Bundesregierung geinnter Referentenentwurf für die Kindergrundsicherung vorliegen. Über das Vorhaben, ein Herzensprojekt der Grünen, wird seit Monaten innerhalb der Koalition gestritten. Es geht um den Umfang der Leistung und damit vor allem ums Geld. Zwölf Milliarden Euro pro Jahr hatte Paus einst gefordert. Inzwischen hat die Grünen-Politikerin ihren Ausgabewunsch deutlich reduziert, liegt aber damit noch über den Vorstellungen von Bundesfinanzminister Christian Lindner (FDP), der ab 2025 erst einmal mit zwei Milliarden Euro pro Jahr plant.



© picture-alliance/opa | Bild von Jutzienka

**ZAHL DER WOCHE**

**14.251.723**

**Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren** lebten nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zum 31. Dezember 2022 in Deutschland. Das entspricht einem Anteil von rund 17 Prozent an der Gesamtbevölkerung des Landes.

**ZITAT DER WOCHE**

»Hören Sie auf, Kinder zu entführen!«

**Außenministerin Annalena Baerbock** (Bündnis 90/Die Grünen) kritisierte vergangene Woche in einer Rede im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen Russland für die Verschleppung von Kindern aus der Ukraine.

**IN DIESER WOCHE**

- THEMA KINDER UND JUGEND**  
**Elementares** Die Kinderrechtskonvention der Vereinten Nationen **Seite 3**
- Mamas und Papas** Die Eltern-Kind-Beziehung im Wandel der Zeit **Seite 4**
- Ohne Lobby** Die medizinische Versorgung von Kindern soll besser werden **Seite 7**
- Sexting** Expertin im Gespräch über Freiheit und Gebote **Seite 10**
- Ortstermin** Besuch bei einem Kinder- und Jugendparlament in Berlin **Seite 12**

**MIT DER BEILAGE**



Das Parlament  
Frankfurter Societäts-Druckerei GmbH & Co. KG  
64546 Mörfelden-Walldorf



# Ungleicher Start

**KINDER** Armut in Familien ist für alle ein Problem, meint Arche-Gründer Bernd Siggelkow

In Deutschland leben, das hat der Deutsche Kinderschutzbund ermittelt, etwa 4,5 Millionen Kinder in oder in der Nähe von Armut. Das sind eindeutig 4,5 Millionen Kinder zu viel. Dass wir in unserem Land so viele Kinder vergessen und ihnen nicht die Hilfe zukommen lassen, die sie brauchen, darf nicht sein. Jedes Kind hat ein Recht auf ein gutes, sicheres Zuhause und gute Bildung. Aus dem aktuellen „Chancenmonitor“ der Stiftung „Ein Herz für Kinder“ geht hervor, dass in unserem Land ein großes Ungleichgewicht herrscht. Darin heißt es: „Die einen (Kinder) wachsen behütet und in finanzieller Sicherheit auf, werden ihren Begabungen nach gefördert und haben später alle Möglichkeiten, im Leben durchzustarten. Die anderen wachsen in Armut auf und haben schon ab der Kita schlechtere Startchancen als andere – falls sie überhaupt eine Kita besuchen.“ Die schlechtesten Voraussetzungen fürs weitere Leben haben danach Kinder, deren Eltern kein Abitur sowie einen Migrationshintergrund haben und alleinerziehend sind. Die Wahrscheinlichkeit, dass sie ein Gymnasium besuchen, liegt bei nur 21,5 Prozent. Diesem Ungleichgewicht müssen wir entgegenwirken.

**Hungrig in die Schule** Bodenschätze haben wir in Deutschland kaum noch. Aber wir haben tolle Kinder. Sie sind aus meiner Sicht die wichtigste und größte Ressource unseres Landes. Deshalb müssen wir unser politisches System, was sie angeht, grundlegend verändern. Die Probleme sind seit ja vielen Jahren bekannt, trotzdem wird viel zu wenig getan, um sie zu lösen. Dabei sagen wir immer: Unsere Kinder sind die Zukunft. Aber sie sind auch unsere Gegenwart. Sie leben jetzt und heute und brauchen jetzt und heute unsere Hilfe. In unsere Einrichtungen kommen überwiegend Mütter, die täglich mit großen Schwierigkeiten kämpfen müssen. Oft haben sie zwei, drei oder vier Kinder, deren Vater oder Väter nicht mehr da sind und die auch keinen Unterhalt zahlen. Mit mehreren Kindern einen Arbeitsplatz zu finden, ist nahezu unmöglich. Kinder brauchen viel Aufmerksamkeit, Zeit und Liebe, da können Alleinerziehende nicht acht Stunden am Tag oder länger arbeiten gehen. Für gesundes Essen, für Bildung oder gar für Teilhabe am gesellschaftlichen Leben ist dann viel zu wenig Geld da. Vielen dieser Kinder, die in Armut aufwachsen müssen, schaue ich jeden Tag in die Augen. Oft gehen sie ohne Frühstück in die Schule, weil dafür Zuhause das Geld fehlt.

**Hilferuf aus Hamburg** Kürzlich rief mich ein Schuldirektor aus Hamburg an, einer – wie ich immer dachte – reichen Stadt. In seine Schule kommen täglich rund einhundert Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren, ohne vorher gefrühstückt zu haben. Natürlich können diese Jugendlichen sich weniger konzentrieren und sind weniger aufnahmefähig für den Schulstoff. Oft stören sie dann den Unterricht. Der Direktor fragte mich ganz offen, ob ich ihm helfen könnte. In Hamburg war dazu niemand bereit, auch nicht die dafür zuständigen Behörden. Es ist übrigens eine staatliche Schule. Wir beliefern die Schule jetzt von Montag bis Freitag mit einem kostenlosen Frühstücksbuffet. Ich kenne auch immer mehr Eltern, die mittags auf ein Essen für sich verzichten, damit die Kinder ein gesundes Abendessen bekommen – und das mitten in Deutschland. Durch die hohe Inflation können sich Hunderttausende von Müttern und Vätern immer weniger leisten, wovon natürlich auch die Kinder betroffen sind. Dabei sind sie vollkommen unschuldig an dieser Misere.



Freibad und Kindheit, Badespaß und Sommerferien – das gehört für viele untrennbar zusammen. Doch was, wenn man sich den Eintritt oder das Eis und die Pommes zwischen durch nicht leisten kann? Für Millionen von Kindern in Deutschland ist das keine Selbstverständlichkeit.

Kürzlich habe ich auch gelesen, dass 40 Prozent aller in Deutschland lebenden Menschen kein Geld auf dem Konto haben. Sie leben sozusagen von der Hand in den Mund. Eine kleine Gruppe an reichen Menschen besitzt aber die Hälfte des gesamten Sparvermögens. Ist das gerecht? Aus der christlichen Perspektive heraus muss ich sagen: Nein, das ist eine schreiende Ungerechtigkeit. Auch unser Wirtschaftssystem kann doch so nicht mehr funktionieren. Dazu kommt, dass rund 50.000 junge Menschen pro Jahr die Schule ohne einen Abschluss verlassen. Sie finden zumeist keinen Arbeitsplatz und müssen später, wie ihre Eltern fast immer auch, von Transferleistungen, also vom Bürgergeld, leben. Gleichzeitig suchen wir in Deutschland Hunderttausende Fachkräfte, viele Stellen sind unbesetzt. Warum bilden wir unsere Kinder nicht genügend aus? Sie alle haben ein Berufswahltest und gefordert werden müssen. Die Schulen müssen sich dafür mehr auf die Kinder einstellen, und nicht umgekehrt. Es braucht mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Pädagoginnen und Pädagogen. Die Kinder werden es uns später zurückzahlen, indem sie arbeiten und Steuern bezahlen.

**»Unsere Kinder leben jetzt und sie brauchen jetzt und heute unsere Hilfe.«**

Stärken, die nur entdeckt und gefördert werden müssen. Die Schulen müssen sich dafür mehr auf die Kinder einstellen, und nicht umgekehrt. Es braucht mehr Lehrerinnen und Lehrer, mehr Pädagoginnen und Pädagogen. Die Kinder werden es uns später zurückzahlen, indem sie arbeiten und Steuern bezahlen. Brennpunktschulen sollte es in Zukunft nicht mehr geben. Der Unterricht in einer

Klasse mit einem hohen Anteil von Kindern aus geflüchteten oder bildungsfernen Familien kann nicht funktionieren, wir werden diese Kinder verlieren. Wir müssen sie so verteilen, dass es an jeder Schule einen gleich hohen Anteil an schwierigen Kindern und Jugendlichen gibt. Auch darf die Qualität einer Schule nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein. Warum gibt es deutschlandweit Schulen mit heruntergekommenen Sanitärräumen, verwahrlosten Schulhöfen und ungemütlichen Klassenzimmern? Ohne Internetanschluss und Laptops? Jedes Kind sollte eine gut ausgestattete Schule mit gut ausgebildetem Personal besuchen können. Das sollte in einem wohlhabenden Land wie unserem machbar sein. Und wir können nur ein starkes Land bleiben, wenn wir starke und gut ausgebildete Kinder und Jugendliche ins Berufsleben schicken. Wir können es uns nicht leisten, auch nur auf ein Kind zu verzichten.

**»Für gutes Essen, Bildung oder Teilhabe am Gesellschaftsleben ist zu wenig Geld da.«**

**Sprachprobleme** Die sozialen Probleme sind in den vergangenen Jahren nicht kleiner geworden. Unzählige Familien aus arabischen Ländern und aus der Ukraine mussten ihre Heimat verlassen und fliehen. Fast alle diese Frauen, Männer und Kinder sprechen, wenn überhaupt, unsere

Sprache nur sehr schlecht. Aber Integration funktioniert nur über Sprache, und wir dürfen die Menschen nicht einladen, zu uns zu kommen, um sie dann sich selbst zu überlassen. Das heißt, diese Kinder müssen früh in die Kitas und in die regulären Schulen gehen, um Deutsch zu lernen. Die kleineren Kinder brauchen dafür nur wenige Monate. Die älteren müssen nach der Schule soziale Einrichtungen wie unsere besuchen. In der Arche kümmern wir uns um Kinder aus mehr als 60 Nationen.

**Pandemiefolgen** Noch immer haben wir auch mit den Auswirkungen der Corona-Pandemie zu kämpfen. Unzählige Kinder haben weiterhin starke Bildungsdefizite, die wir beständig versuchen auszugleichen. Gerade die Kinder aus bildungsfernen Familien hatten in dieser Phase oft keinerlei Kontakte zu ihrer Schule, auch weil es ihnen an den notwendigen technischen Geräten fehlte.

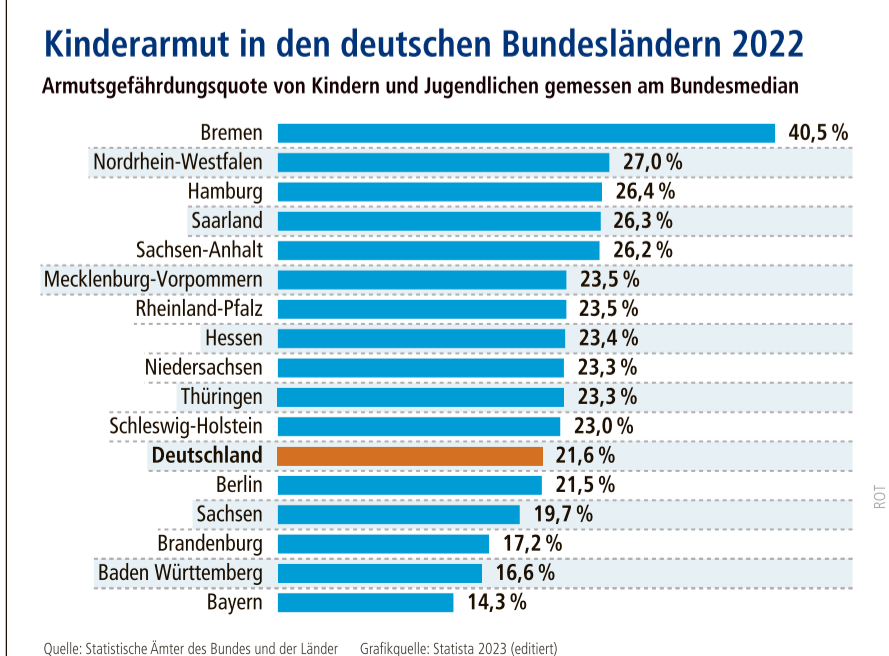
Wir in den Archiven, aber auch andere Nichtregierungsorganisationen, haben Kinder mit mobilen Endgeräten ausgestattet, damit sie mit ihren Schulen in Verbindung bleiben und mitarbeiten können. Besonders die Kinder der ersten drei Klassenstufen haben unter der Pandemie gelitten. Sie haben heute schwere Defizite beim Lesen und Schreiben und sind, wie wir es nennen, funktionale Analphabeten. Diese Kinder müssen heute noch stärker gefördert werden. Ein früherer finnischer Bildungsminister hat vor einigen Jahren zu mir gesagt: „Wir in Finnland behandeln jedes Kind wie eine Königin oder einen König.“ Das sollten wir in Deutschland auch tun. Denn wir brauchen alle Kinder mit ihren Talenten und Fähigkeiten. Ohne sie hat unser Land keine Zukunft.

Der Autor ist Pastor und Leiter des christlichen Kinder- und Jugendwerks „Die Arche“, das heute an 31 Standorten in Deutschland aktiv ist und außerdem ein Büro in Warschau (Polen) hat.

## EDITORIAL Zeit, Geld und Nerven

VON CHRISTIAN ZENTNER

Manchmal lohnt ein Blick zurück, zum Beispiel auf den Anfang dieses Jahrtausends. Es gab keinen Anspruch auf Kinderbetreuung, kein Elterngeld, kein Recht auf Teilzeit, heute sind das alles Selbstverständlichkeiten. Immer weniger junge Menschen gaben bei Bundestagswahlen ihre Stimme ab, der Tiefpunkt war 2009 erreicht, als nicht einmal 60 Prozent wählen gingen. Bei der jüngsten Bundestagswahl waren es über 71 Prozent. Mit der sogenannten „Generation Greta“ ist eine Jugend herangewachsen, die nach dem Vorbild der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg ihre Interessen selbstbewusst vertritt, manchem Erwachsenen sogar zu vehement. Obwohl sich für Kinder, Jugendliche und ihre Familien viel in die richtige Richtung bewegt hat, müssen sie ihren Raum immer wieder erkämpfen. Im Großen, wenn der Rechtsanspruch auf einen Kita-Platz schlicht an einem freien Platz scheitert, und im Kleinen, wenn sich Nachbarn beschweren, weil Kinder die Straße mit Kreide bemalen oder die Sandkiste im Innenhof auf Widerstand im Haus trifft. 75 Prozent der Eltern halten Deutschland nicht für kinderfreundlich, so das ernüchternde Ergebnis einer repräsentativen Umfrage, die vor einigen Monaten im Bundestag von der CDU/CSU-Fraktion in Auftrag gegeben wurde. Manchmal scheint die Gesellschaft zu vergessen, was kindliches Verhalten ausmacht. Das Lachen einer feucht-fröhlichen Gruppe Erwachsener im Restaurant oder Zug wird toleriert, der Wutanfall des Kindes erzeugt Kopf-schütteln, obwohl er doch schlicht altersentsprechend ist. Die Konsequenz: Familien ziehen sich zum Teil aus dem öffentlichen Raum zurück, empfinden sich als störend. Kinder sind anstrengend und sie dürfen es sein, es sind Kinder. Sie kosten Zeit, Geld und Nerven, die Eltern ebenso wie die Gesellschaft. So schwer es hin und wieder ist: beide müssen dies akzeptieren. In dieser Themenausgabe zur Ferienzeit will „Das Parlament“ die Situation von Kindern und Jugendlichen beleuchten und dies nicht nur in deren Interesse. Arche-Gründer Bernd Siggelkow bringt es in seinem ebenso persönlichen wie eindrücklichen Beitrag so auf den Punkt: In einem Land, das kaum Bodenschätze hat, sind Kinder die wichtigste und größte Ressource.



GASTKOMMENTARE

WÄHLEN MIT 16?

Längst überfällig

PRO



Anna Lehmann, »die tageszeitung«, Berlin

Bei der Wahl zum Europaparlament 2024 dürfen 16-Jährige in Deutschland zum ersten Mal wählen. In elf Bundesländern können sie das bereits auf kommunaler Ebene tun, in fünf Bundesländern auf Landesebene. Fehlt nur noch der Bundestag. Und hier ist die Absenkung des Wahlalters überfällig, zumal die Jugendlichen innerhalb der nächsten Legislatur sowieso volljährig würden. Jedes Gegenargument – zu jung, zu unbedarft – ist auf Landesebene empirisch bereits entkräftet. Niedersachsen hat das Wahlrecht ab 16 für kommunale Parlamente bereits 1996 eingeführt – weder ist in Bad Zwischenahn die Revolution aus-, noch in Göttingen die Demokratie eingebrochen. Allerdings führt ein abgesenktes Wahlalter weder zu nennenswert besserer Repräsentation noch zu einem deutlichen Anstieg der Wahlbeteiligung. Die 1,5 Millionen, die zu den mehr als 60 Millionen volljährigen Wählern hinzukämen, würden Wahlergebnisse nur minimal beeinflussen. Trotzdem gibt es einen wirklich wichtigen Grund, das Wählen ab 16 einzuführen: die Demokratie. Sie ist bedroht durch den hohen Anteil von Nichtwählerinnen und Nichtwählern. Aber auch durch die AfD, die das demokratische System samt der „Altparteien“ grundsätzlich in Frage stellt. Dagegenzuhalten, die Menschen zu informieren, sie mit Wissen zu ermächtigen, wäre Aufgabe von politischer Bildung. Die kommt aber bis zur zehnten Klasse viel zu kurz und fristet an Berufsschulen nur noch ein randständiges Dasein. Wählen ab 16 böte die Chance, politische Bildung wieder prominent im Schullalltag zu verankern. Aus den 16-Jährigen von heute werden die 60-Jährigen von morgen. Und die sollten von klein auf zu Demokratieprofis erzogen werden. Wählen gehört dazu.

Gewichtige Gründe

CONTRA



Tatjana Heid, »Frankfurter Allgemeine Zeitung«

In einer Demokratie ist das Wahlrecht – also die Möglichkeit, das Zusammenleben im eigenen Sinne mitzubestimmen – das vornehmste und zugleich wichtigste Recht. Entsprechend sorgfältig ist damit umzugehen. Nun fällt allerdings auf, dass gerade jene Parteien das Wahlalter für die Bundestagswahl senken wollen, die besonders gut bei Jugendlichen ankommen – und umgekehrt. Wer auf eher ältere Stammwähler blickt, sieht die Senkung des Wahlalters kritisch. So weit, so nachvollziehbar. Doch ist das Wahlrecht zu wertvoll, um es nach der üblichen parteitaktischen Logik zu behandeln. Aus neutraler Sicht sprechen zwei gewichtige Gründe gegen Wählen ab 16. Der erste ist die Entkopplung von Wahlalter und Volljährigkeit. Zwar hat politisches Desinteresse und Uninformiertheit wenig mit dem Alter zu tun, das verraten sinkende Wahlbeteiligungen. Doch warum sollte ein Jugendlicher über die Geschehnisse des Landes entscheiden, wenn ihm qua Gesetz noch nicht zugeordnet wird, die volle Verantwortung für sein eigenes Handeln zu übernehmen? Das ist schwer nachvollziehbar und müsste, konsequent gedacht, ein Umdenken in anderen Bereichen wie der Straf- und Jugendmündigkeit nach sich ziehen. Das aber wäre nicht im Sinne von Jugendlichen. Hinzu kommt: Sechzehnjährige berichten zwar von Gesprächen mit ihren Eltern über das Wählen – schulisch gesehen gibt es dieses einheitliche Bild nicht. Käme das Wahlrecht ab 16 also ohne flankierende Maßnahmen, würde das Jugendliche aus bildungsnahen Elternhäusern bevorzugen – und in letzter Konsequenz die soziale Ungleichheit vertiefen. Und das gehört zu den Dingen, die Deutschland wirklich nicht gebrauchen kann.

Kontakt: gastautor.das-parlament@bundestag.de

Frau Lahrkamp, erst zwei Jahre Pandemie, dann Wirtschaftskrise – wie gut geht es Kindern und Familien derzeit in Deutschland?

Viele sind in einer schwierigen Situation. Zwar haben wir in den vergangenen Jahren große Fortschritte bei der Kinder- und Familienförderung gemacht, etwa durch die Erhöhung des Kindergeldes oder die Einführung des Sofortzuschlags. Aber jetzt stehen wir vor neuen Herausforderungen und müssen die Familien wieder stark machen.

Mit welchen Problemen kämpfen sie?

Ich habe selbst erlebt, wie schwierig das war in der Pandemie: im Home Office arbeiten mit Baby auf dem Arm und drei weiteren kleinen Kindern zu Hause. Wie schlimm das auch für einige Kinder war, zeigt der Bericht der Arbeitsgruppe von Gesundheits- und Familienministerium. Danach sind die seelischen und körperlichen Belastungen von Heranwachsenden auch jetzt noch weit größer als vor der Pandemie. Viele haben mit Depressionen, Angststörungen oder Adipositas aufgrund des Bewegungsmangels zu tun. Und dann sind da natürlich die Bildungsrückstände nach den langen Schulschließungen. Wir müssen verhindern, dass die Kinder all das mit ins Erwachsenenleben schleppen.

Und wie?

Wir haben ja schon viel gemacht. Das Aktionsprogramm „Aufholen nach Corona“ mit Angeboten für Sport, Freizeit- und Ferienaktivitäten und zusätzlichen Förderangeboten für Kinder mit Lernrückständen war ein sehr gutes Programm. Das höre ich im Wahlkreis immer wieder. Jetzt haben wir das Programm für Bewegung, Kultur und Gesundheit. Aber das reicht alles noch nicht. Wir müssen das gesamte System rund um Kinder und Jugendliche stärken: Schulen, Kitas, den Bereich der Kindergesundheit, die Jugend- und Familienhilfe.

Schon der Kita-Ausbau scheitert daran, dass fast hunderttausend Erzieherinnen und Erzieher fehlen – Tendenz steigend. Wie sollen Strukturen wachsen, wenn überall Personal fehlt?

Das ist natürlich ein Problem. Wir wollen deshalb unter anderem die Ausbildung von Erziehenden verbessern und stärker fördern. Außerdem wollen wir mehr Möglichkeiten schaffen, sich berufsbegleitend ausbilden zu lassen, um dann als Quereinsteiger in Kitas und Schulen zu arbeiten. Priorität hat dabei der Kinderschutz: Wir brauchen nicht nur mehr, sondern auch mehr qualitativ gute Betreuung für unsere Kinder.

Jedes fünfte Kind in Deutschland ist arm oder von Armut gefährdet, obwohl der Staat mehr als hundert Milliarden Euro im Jahr für Familien ausgibt. Wie kann das sein?

Die wirtschaftliche Situation vieler Familien hat sich durch Pandemie und Inflation massiv verschlechtert. Und das viele Geld, das wir, wie Sie richtig anmerken, in Familien stecken, kommt oft nicht an. Den Kinderzuschlag für einkommensschwache Familien beantragen beispielsweise rund 65 Prozent der Anspruchsberechtigten nicht, weil sie ihn nicht kennen oder nicht wissen, dass er ihnen zusteht. Genauso ist es mit den Leistungen für Bildung und Teilhabe. Damit Kinder das Geld bekommen, das sie brauchen, wollen wir ab 1. Januar 2025 die familienpolitischen Leistungen in der Kindergrundsicherung bündeln und die Antragstellung vereinfachen.

Familienministerin Lisa Paus (Grüne) wollte ursprünglich zwölf Milliarden Euro jährlich dafür ausgeben. Im Haushalt sind ab 2025 aber nur zwei Milliarden Euro veranschlagt. Wie soll das reichen?

Wie viel die Kindergrundsicherung tatsächlich kosten wird, können wir erst wissen,

»Müssen Kinder stärker«

SARAH LAHRKAMP Die Kinderbeauftragte der SPD-Fraktion über Pandemiefolgen, arme Familien und das Wählen ab 16



©Photothek

wenn die abgestimmten Eckpunkte vorliegen. Für mich ist klar, dass Armutsbekämpfung immer Geld kostet. Denn es geht ja auch darum, Kindern Teilhabe zu ermöglichen. Sie sollen sich auch mal ein Eis kaufen oder im Fußballverein spielen können. Dafür ist es wichtig, dass das Geld am Ende auch wirklich bei ihnen ankommt.

Laut Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung bekommen die Menschen hierzulande weniger Kinder, als sie sich wünschen. Vor allem Frauen sorgen sich

um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Das Problem ist bekannt, wo bleibt die Lösung?

Noch immer ist es so, dass sich vor allem die Frauen um die Kinder kümmern und dafür im Job kürzer treten. Es ist ok, wenn sie das wollen, aber sie sollten in diesem System nicht gefangen sein. Deshalb haben wir uns im Koalitionsvertrag auf verschiedene Maßnahmen verständigt. So verlängern wir den elternzeitbedingten Kündigungsschutz und investieren als Bund in 90.000 weitere Kitaplätze. Ab 2026 führen

wir schrittweise einen Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung in der Grundschule ein. Wir wollen außerdem die Elterngeldbeträge anpassen und dynamisch gestalten. Die „Familienstartzeit“ soll es dem Partner oder der Partnerin der Frau ermöglichen, nach der Geburt zwei Wochen bezahlt frei zu nehmen.

Frankreich gilt als Land der kinderreichen Familien, in dem die Mütter meistens in Vollzeit arbeiten. Die Kinder werden dort ganztags betreut und Familien mit drei und mehr Kindern bekommen viel Unterstützung. Warum nehmen wir uns daran nicht ein Beispiel?

Wir müssen das Rad hierzulande nicht neu erfinden. Wie eine Familie lebt und wie viele Kinder jemand bekommt, ist Privatsache, das sollte der Staat nicht vorgeben. Unser Ziel ist es, jede Familie so gut wie möglich zu unterstützen.

Während der Pandemie wurden bei uns – auch anders als in Frankreich – Kitas und Schulen monatelang geschlossen, die Folgen haben Sie benannt. Was entgegen Sie denen, die sagen: Die Politik zielt vor allem auf die Älteren und hat die junge Generation zu wenig im Blick?

In der konkreten Situation der Pandemie galt es abzuwägen zwischen den Interessen der Kinder und der körperlichen Unversehrtheit. Insgesamt, denke ich, werden die Interessen von Kindern heute viel stärker berücksichtigt als früher. Zum Beispiel gibt es in den Kommunen immer mehr Jugendparlamente – eine tolle Möglichkeit, sich einzubringen und auszuprobieren. Auch in der Kinderkommission des Bundestages, der Kiko, tauschen wir uns regelmäßig mit Kindern und Jugendlichen aus.

Aber ihre Ideen und Wünsche können sie trotzdem nicht direkt in den politischen Prozess einbringen.

Das beklagen viele Kinder und Jugendliche in den Gesprächen mit uns. Deshalb finde ich es wichtig, dass wir noch mehr Beteiligungsmöglichkeiten schaffen. Eine sehr gute Möglichkeit wäre es, das Wahlalter endlich auch auf Bundesebene auf 16 Jahre absenken. In einigen Bundesländern ist das Wählen ab 16 längst Realität, auf Bundesebene fehlen uns für die Grundgesetzänderung die Stimmen der Unionsfraktion.

An ihr scheitert bisher auch die Verankerung der Kinderrechte im Grundgesetz. Kinder sind doch bereits Träger von Grundrechten, was soll das ändern?

Rechte können besser eingefordert und eingeklagt werden, wenn sie Verfassungsrang haben. Verankert würde nicht nur das Recht von Kindern auf mehr Mitbestimmung bei staatlichen Entscheidungen. Politik und Verwaltungen müssten in sämtlichen Bereichen und bei allen Entscheidungen die Auswirkungen auf Kinder berücksichtigen – ob beim Bau von Spielplätzen, der Planung von Straßen oder beim Klimaschutz.

Kritiker sehen damit die Elternrechte zugunsten des Staates eingeschränkt. Wie sehen Sie das als vierfache Mutter?

Wenn ich mit meiner Sechsjährigen auf dem Fahrrad unterwegs bin, habe ich selbst großes Interesse daran, dass bei Städteplanung und Straßenbau auch die Verkehrssicherheit von Kindern in den Blick genommen wird. Ich fühle mich daher als Mutter überhaupt nicht in meinen Kompetenzen beschritten, wenn staatliche Maßnahmen mit Blick auf Kinder besser abgewogen werden, im Gegenteil: Ich fühle mich gestärkt.

Das Gespräch führte Johanna Metz. ||

Sarah Lahrkamp (SPD) sitzt seit 2021 im Bundestag und ist dort Mitglied im Familienausschuss und in der Kinderkommission.

PARLAMENTARISCHES PROFIL

Der Familienmensch: Paul Lehrieder

Paul Lehrieder umgibt eine gewisse Leichtigkeit, als er in sein Büro eilt. Ein Gespräch über Politik für Kinder, über ihn als Vater, fällt dem Wahlkreisabgeordneten aus Würzburg nicht schwer: Abgesehen von einem vierjährigen Ausflug zwischen 2017 und 2021 in den Tourismusausschuss sitzt der Franke seit 2005 im Familienausschuss, zwischen 2013 und 2017 als Vorsitzender. Seit März 2022 ist er außerdem Mitglied in der Kinderkommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder. „Jeder in Kinder investierte Cent ist sein Geld wert“, sagt der CSU-Politiker. Das gelte auch für Schulen. „Ich bin zwar auch ein Freund der schwarzen Null, aber jetzt zum Beispiel bei den Sprach-Kitas zu sparen, verursacht in der Zukunft nur Mehrkosten.“ Auf einem Regal stehen drei Bilderrahmen mit Kinderfotos. „Wenn ich in Berlin bin, habe ich jeden Tag Kontakt mit meiner Frau und meinen Kindern“, sagt Familienmensch Lehrieder. Das lebt er auch im Büro. Sein Team lädt er an diesem Tag, wie in jeder Sitzungswoche, zum Mittagessen ein, weshalb er für das Gespräch nicht viel Zeit hat. „Die Mitarbeiter warten schon.“

„Wir haben in den vergangenen Jahren hinzugelert.“ Besonders seine Partei? Er lacht. „SPD und Union mussten gleichermaßen lernen.“

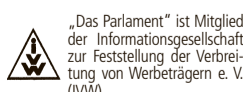
Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf testete die Familie Lehrieder von Beginn an. Beide Söhne, heute 16 und 18, gingen mit sechs Monaten zur Krippe – beide Eltern arbeiteten Vollzeit, er als Politiker, seine Frau als Vizeleiterin eines Gymnasiums.



»Ich bin ein Freund der Schwarzen Null, aber jetzt bei den Sprach-Kitas zu sparen, verursacht in der Zukunft nur Mehrkosten.«

Die Krippe lag sieben Kilometer entfernt. „Ich bin ein Freund der Ganztagsschulbetreuung, wenn sie gut gemacht wird“, sagt Lehrieder. Er erzählt von den Hürden, die es in den vergangenen Jahren zu nehmen gab, etwa beim Kinderschutz. „Noch vor ein paar Jahren wurde in kirchlichen Einrichtungen bei Verdacht auf sexuellen Missbrauch nach Kirchenrecht vorgegangen. Da hat sich einiges geändert, aber noch nicht genügend.“

2005 zog Lehrieder für die CSU in den Bundestag ein, wollte in den Innenausschuss. „Da ich aber jung und verheiratet war, steckte man mich in den Familienausschuss.“ Zu oft habe man das Ministerium der SPD überlassen, meint er, „dabei ist es sehr wichtig, damit erreicht man auch die Menschen“. Insgesamt sehe er schon, dass sich die Lobby für Kinder und Jugendliche in Deutschland vergrößert habe, dass die Politik sensibili-



„Das Parlament“ ist Mitglied der Informationsgesellschaft zur Feststellung der Verbreitung von Werbeträgern e.V. (IVW)



Wir vermeiden CO<sub>2</sub> durch den Versand mit der Deutschen Post

DasParlament

Herausgeber Deutscher Bundestag  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin

Mit der ständigen Beilage  
Aus Politik und Zeitgeschichte  
ISSN 0479-6111 x  
(verantwortlich: Bundeszentrale für politische Bildung)

Anschrift der Redaktion  
(außer Beilage)  
Platz der Republik 1, 11011 Berlin  
Telefon (0 30) 227-3 05 15  
Telefax (0 30) 227-3 65 24  
Internet:  
<http://www.das-parlament.de>  
E-Mail:  
[redaktion.das-parlament@bundestag.de](mailto:redaktion.das-parlament@bundestag.de)

Chefredakteur  
Christian Zentner (cz) v.i.S.d.P.

Stellvertretender Chefredakteur  
Alexander Heinrich (ah)

Verantwortliche Redakteure  
Dr. Stephan Balling (bal)  
Lisa Brüßler (lbr)  
Caroline Hasse (cha) (Volontärin)

Claudia Heine (che)  
Nina Jeglinski (njk)  
Claus Peter Kosfeld (pk)  
Johanna Metz (joh)  
Elena Müller (emu)  
Sören Christian Reimer (scr) Cvd  
Sandra Schmidt (sas)  
Michael Schmidt (mis)  
Denise Schwarz (des)  
Helmut Stoltenberg (sto)  
Alexander Weinlein (aw)

Fotos  
Stephan Roters

Redaktionsschluss  
21. Juli 2023

Druck und Layout  
Frankfurter Societäts-Druckerei  
GmbH & Co. KG  
Kurhessenstraße 4–6  
64546 Mörfelden-Walldorf

Leserservice/Abonnement  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Detschhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 32  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 32  
E-Mail: [fazit-com@cover-services.de](mailto:fazit-com@cover-services.de)

Anzeigenverkauf,  
Anzeigenverwaltung,  
Disposition  
Fazit Communication GmbH  
c/o Cover Service GmbH & Co. KG  
Postfach 1363  
82034 Detschhofen  
Telefon (0 89) 8 58 53-8 36  
Telefax (0 89) 8 58 53-6 28 36  
E-Mail: [fazit-com-anzeigen@cover-services.de](mailto:fazit-com-anzeigen@cover-services.de)



Recht auf Leben und Entwicklung, Bildung sowie Freizeit, Spiel und Erholung: Die UN-Kinderrechtskonvention hält Elementares fest. In der Praxis bleibt noch viel zu tun.

© picture-alliance/AA/Muhammed Said

# Der Meilenstein

**VEREINTE NATIONEN** Die Kinderrechtskonvention setzt völkerrechtlich verbindliche Standards

Der damalige Bundesjustizminister Klaus Kinkel (FDP) brachte im Frühjahr 1991 die Notwendigkeit der Kinderrechtskonvention auf eine eingängige Formel: „Kinder sind kleine Menschen, die große Rechte brauchen.“ Damals debattierte der Bundestag die Ratifizierung des „Übereinkommens über die Rechte des Kindes“, das die Generalversammlung der Vereinten Nationen im November 1989 beschlossen hatte. In dem Dokument betonte die internationale Gemeinschaft die ganz eigenen Bedürfnisse und Interessen der Kinder – und fixierte die eigentlich selbstverständlich erscheinenden Rechte der Heranwachsenden erstmals schriftlich und völkerrechtlich verbindlich. Das Instrument sollte die Staaten verpflichten, sich aktiv für das Recht der Kinder einzusetzen, und dutzende bereits vorhandene völkerrechtliche Dokumente harmonisieren. Vorausgegangen waren der Einigung zehn Jahre gemeinsamer Arbeit der UN-Mitgliedsstaaten.

Das war ein großer Schritt in einer Geschichte der Hinwendung zu den Belangen und Rechten von Kindern, die inzwischen 100 Jahre andauert, wie auch Sebastian Sedlmayr, Leiter der Stabsstelle Advocacy und Politik von Unicef Deutschland, dem Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen, betont. „Früher hatten Kinder keine Rechte, sollten einfach nur gehorchen.“ Die Konvention drehe die Perspektive um. „Die Erwachsenen stehen in der Verantwortung und sollen ein schützendes und förderndes Umfeld bieten, eine Welt, die den Kindern gerecht wird und in der sie ihre Kindheit genießen können.“

lich und geistig in Freiheit und Würde zu entwickeln“, heißt es darin unter anderem. Schon 1924 hatte der Völkerbund die Genfer Erklärung verabschiedet, ein historisches Dokument, das zum ersten Mal die Existenz von spezifischen Kinderrechten sowie die Verantwortung von Erwachsenen gegenüber Kindern anerkannte und bestätigte. Doch beide Erklärungen definierten nicht, wann die Kindheit beginnt und endet – damit sollte vor allem eine Positionierung zum Thema Abtreibung vermieden werden.

In Artikel 1 der Kinderrechtskonvention heißt es nun, dass ein Kind jeder Mensch ist, der das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet hat, soweit die Volljährigkeit nach dem auf das Kind anzuwendenden Recht nicht früher eintritt. Artikel 2 regelt das Diskriminierungsverbot. Die Vertragsstaaten sind danach verpflichtet, jedem ihrer Hoheitsgewalt unterstehenden Kind die in der Charta festgelegten Rechte ohne jede Diskriminierung unabhängig von der Rasse, der Hautfarbe, dem Geschlecht, der Sprache, der Religion, der politischen oder sonstigen Anschauung, der nationalen, ethnischen oder sozialen Herkunft, des Vermögens, einer Behinderung, der Geburt oder des sonstigen Status des Kindes, seiner Eltern oder seines Vormunds, zu gewährleisten. Laut Artikel 3

hat bei jeglichen Maßnahmen, die ein Kind betreffen, immer dessen Wohl im Vordergrund zu stehen.

**Zehn Grundrechte** Insgesamt beinhaltet die Kinderrechtskonvention zehn, also noch weitere sieben verbindlich geltende Grundrechte: Das Recht auf Bildung und Ausbildung, das Recht auf Freizeit, Spiel und Erholung, das Recht, sich zu informieren, sich mitzuteilen, gehört zu werden und sich zu versammeln, das Recht auf eine Privatsphäre und eine gewaltfreie Erziehung im Sinne der Gleichberechtigung und des Friedens, das Recht auf sofortige Hilfe in Katastrophen und Notlagen und auf Schutz vor Grausamkeit, Vernachlässigung, Ausnutzung und Verfolgung, das Recht auf eine Familie, elterliche Fürsorge und ein sicheres Zuhause und das Recht auf Betreuung bei Behinderung.

**»Es drohen aktuell Rückschritte bei der Verwirklichung der Kinderrechte.«**

Sebastian Sedlmayr (Unicef Deutschland)

und das Recht auf Betreuung bei Behinderung. Die UN-Kinderrechtskonvention wurde am 26. Januar 1990 zur Zeichnung aufgelegt. 61 Staaten haben sie am ersten Tag unterzeichnet, einen Monat nach der zwanzigsten Ratifikation trat sie dann am 2. September 1990 in Kraft. Die Kinderrechtskonvention ist inzwischen von 195 Staaten, darunter auch Somalia und der Südsudan, ratifiziert worden und ist damit die am breitesten unterzeichnete Konvention der Welt. Deutschland trat dem Überein-

kommen nach Ratifizierung am 5. April 1992 bei – allerdings mit Einschränkungen. Die damalige schwarz-gelbe Bundesregierung erklärte unter anderem einen Vorbehalt der Anwendung der Konvention im Asyl- und Ausländerrecht. Das hatte insbesondere für Kinder und Jugendliche in Asylverfahren direkte Konsequenzen. Diese Vorbehalte stießen bei der Opposition von SPD, Grünen und PDS – und teilweise innerhalb der Koalition – zwar auf Kritik, ratifiziert wurde das Abkommen aber einstimmig. Die Vorbehalte zog die Bundesrepublik im Juli 2010 zurück.

**Ohne die USA** Die große Ausnahme bei der Ratifizierung sind die Vereinigten Staaten. Das verwundert vor allem, weil die USA federführend an der Vorbereitung beteiligt gewesen sind. Während der Verhandlungen in den 1980er Jahren schlug die Regierung von Ronald Reagan sieben Artikel für die KRK vor, mehr als jedes andere Land. Es wird angenommen, dass die USA

unter anderem deshalb nicht unterschrieben haben, weil sie weiterhin junge Menschen unter 18 Jahren in der Armee einsetzen möchten. Ergänzt und konkretisiert wurde die Konvention im Laufe der Zeit mit drei Zusatzprotokollen. Am 25. Mai 2000 verabschiedete die UN-Generalversammlung die ersten beiden von ihnen. Das Fakultativprotokoll über Kinder in bewaffneten Konflikten, das aktuell von 173 Staaten ratifiziert worden ist, sieht unter anderem vor, dass niemand unter 18 Jahren an Kampfhandlungen teilnehmen darf, eine Zwangsrekrutierung von Kindern und Jugendlichen unter 18 Jahren ist ebenfalls untersagt. Das Fakultativprotokoll zum Verkauf von Kindern, Kinderprostitution und Kinderpornografie regelt strafrechtliche Mindestanforderungen in diesen Bereichen und ist bisher von 178 Staaten ratifiziert worden. Das dritte Fakultativprotokoll vom 19. Dezember 2011 soll ermöglichen, missachtete Kinderrechte im Einzelfall vom UN-Kin-

derrechtsausschuss prüfen zu lassen. Bisher haben 50 Staaten es ratifiziert.

**Rückschläge** In der praktischen Umsetzung der Kinderrechte bleibt indes noch viel zu tun. Auf dem KidsRight Index der KidsRight-Foundation schneiden insbesondere Länder in Subsahara-Afrika, aber auch Länder wie Afghanistan und Irak, über alle Dimensionen der Kinderrechte schlecht ab. Auch Unicef-Experte Sedlmayr sieht Handlungsbedarf. Gerade in den vergangenen Jahren habe es große Rückschläge gegeben. „Nie hat es so viele Kinder gegeben, die ihre Heimat verlassen und hungern mussten, nie so viele bewaffnete Konflikte.“ Es sei falsch sich hier Illusionen zu machen. „Es drohen aktuell Rückschritte bei der Verwirklichung der Kinderrechte. Aber das veränderte Gesamtverständnis ist eine gute Grundlage, auf der immer weiter aufgebaut werden kann.“

Lea Schulze

Die Autorin ist freie Journalistin.

## Die nächsten Schritte?

**GRUNDGESETZ** Noch keine Mehrheit für Kinderrechte und Wahlrecht ab 16 absehbar

Im Koalitionsvertrag von SPD, Bündnis 90/ Die Grünen und FDP ist die Sache klar: „Wir wollen die Kinderrechte ausdrücklich im Grundgesetz verankern und orientieren uns dabei maßgeblich an den Vorgaben der UN-Kinderrechtskonvention“, heißt es in dem im Dezember 2021 unterschriebenen Dokument. Forderungen nach der Verankerung von Kinderrechten im Grundgesetz gibt es schon lange. Auch der Kinderrechtsausschuss der Vereinten Nationen empfahl vergangenes Jahr eine entsprechende Anpassung der Verfassung. Geschehen ist in dieser Wahlperiode aber bisher nichts. Dass eine Änderung im Grundgesetz gut durchdacht sein will, ist klar. Auch müssen sich die drei Koalitionspartner auf eine gemeinsame Idee verständigen – schwierig genug –, diese müsste aber auch bei der Union verfangen. Denn ohne die größte Oppositionsfraktion wird eine Grundgesetzänderung nicht durch den Bundestag gehen – und ohne Unterstützung der Union auch nicht durch den Bundesrat.

**Gescheiterter Versuch** In der vergangenen Wahlperiode scheiterte ein solcher Versuch bereits. Die damalige große Koalition von CDU, CSU und SPD hatte sich nach längerem Ringen auf einen Gesetzentwurf (19/28138) verständigt. Grüne (19/10552), FDP (19/28440) und Linke (19/10622) hatten eigene Entwürfe eingebracht. Die AfD lehnte das Vorhaben grundsätzlich ab. Union

und SPD gingen mangels verfassungsändernder Mehrheit auf Grüne und FDP zu, um eine gemeinsame Lösung zu erarbeiten, dieses Gespräche scheiterten aber.

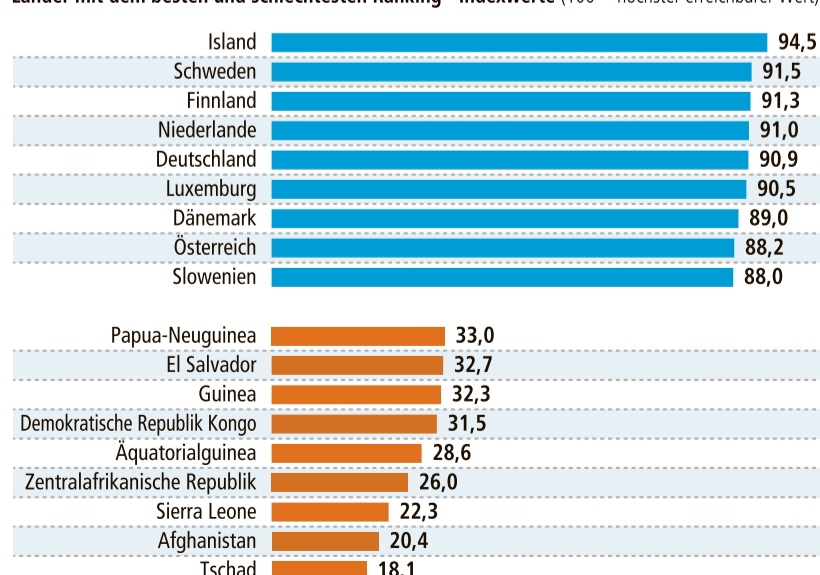
**Eltern – Kinder – Staat** Unstrittig zwischen den Befürwortern einer Verfassungsänderung ist, dass mit der Aufnahme im wichtigsten deutschen Rechtstext die Sichtbarkeit von Kinderrechten erhöht werden soll. Kritischer diskutiert wird, welche darüber hinausgehende Bedeutung die Aufnahme der Kinderrechte im Grundgesetz entfalten würde – gerade im Verhältnis von Eltern, Kindern und Staat. Artikel 6 Absatz 2 Grundgesetz normiert, dass „Pflege und Erziehung der Kinder“ das „natürliche Recht“ der Eltern und die „zuvörderst ihnen obliegende Pflicht“ seien. Dem Staat wird eine Wächterfunktion zugeschrieben. Eine zu starke Betonung der Kinderrechte, so fürchten manche, könne praktisch dazu führen, dass diese staatliche Wächterfunktion gestärkt und die Autonomie der Eltern geschwächt werde. Die Gegenseite argumentiert wiederum, dass die Betonung der Kinderrechte gerade die Rechte der Eltern stärken würde, könnten auch sie sich gegenüber dem Staat dann auf die Rechte der Kinder berufen. Entsprechend unterschiedlich fallen Formulierungsvorschläge aus. Die Bundesregierung hatte vergangene Wahlperiode etwa eine Ergänzung in Artikel 6 Absatz 2 vorge schlagen, nach der „die verfassungsmäßigen

Rechte der Kinder einschließlich ihres Rechts auf Entwicklung zu eigenverantwortlichen Persönlichkeiten“ zu achten und zu schützen seien, stellte aber auch klar: „Die Erstverantwortung der Eltern bleibt unberührt.“ Die Grünen schlugen hingegen seinerzeit unter anderem vor, in Artikel 6 Absatz 1 nicht nur „Ehe und Familie“, sondern „Kinder, Ehe und Familie“ unter den besonderen Schutze der staatlichen Ordnung zu stellen. Die Linken hatten einen eigenen Absatz formuliert, der unter anderem den Staat aufforderte, „Sorge für altersgerechte Lebensbedingungen“ zu tragen und Kinder und Jugendliche angemessen zu beteiligen. Sah der Regierungsvorschlag vor, dass das Wohl des Kindes „angemessen“ zu berücksichtigen sei, forderten die FDP beispielsweise, dass das Wohl des Kindes bei allem staatlichen Handeln, das es unmittelbar in seinen Rechten betrifft, „besonders“ berücksichtigt werden sollte.

**Wahlrecht** Ohne Union wird es auch beim Koalitionsvorhaben Wahlrecht ab 16 auf Bundesebene nicht gehen. Denn hierfür ist eine Änderung in Artikel 38 Absatz 2 Grundgesetz notwendig. Die Union hält aber von der Idee wenig. Anders sieht es künftig bei Europawahlen aus: Hier reichte die Koalitionsmehrheit, um vergangenes Jahr den entsprechenden Passus im Europawahlgesetz zu ändern. Bei der Europawahl 2024 dürfen 16-Jährige wählen. scr

### Kinderrechte weltweit im Jahr 2022

Länder mit dem besten und schlechtesten Ranking - Indexwerte (100 = höchster erreichbarer Wert)



Quelle: KidsRights Foundation, UNDP, UNICEF, OHCHR Grafikquelle: Statista 2023 (editiert)

**Elementare Prinzipien** Das Übereinkommen beruht auf vier elementaren Prinzipien: Kinder haben demnach ein Recht auf Leben und Entwicklung sowie auf Nicht-diskriminierung. Kindeswohl soll bei Entscheidungen Vorrang und Kinder und Jugendliche einen Anspruch auf Beteiligung haben. Im Detail führt die Kinderrechtskonvention in 54 Artikeln und inzwischen drei Zusatzprotokollen 41 Rechte speziell für Kinder auf.

Das Übereinkommen fußt auf früheren, nicht verbindlichen Erklärungen der internationalen Gemeinschaft. Bereits 30 Jahre zuvor, im November 1959, hatte die Generalversammlung der Vereinten Nationen die Erklärung der Rechte des Kindes verabschiedet, die erste große internationale Übereinkunft über die Grundprinzipien von Kinderrechten. „Kinder werden allgemein als menschliche Wesen anerkannt, die die Möglichkeit haben müssen, sich körperlich, psychisch, sozial, mora-

Was macht eine gute Mutter aus? Was einen guten Vater? Elternschaft unterliegt einem ständigen Wandel. Dabei dürfte der Eindruck nicht ganz falsch sein, dass dieser Wandel in den vergangenen Jahrzehnten besonders umfassend und dynamisch ist: Die Anforderungen an Eltern haben sich ebenso gravierend verändert wie ihre Selbstwahrnehmung, ihre Erziehungsmaximen und -ziele. Wurden Kinder früher auch als zukünftige Arbeitskräfte und als Garanten der Altersversorgung der Eltern gesehen, so erfahren sie heute weitaus mehr Zuwendung und Förderung als frühere Generationen. Möglich und nötig war das unter anderem, weil sich die Rahmenbedingungen für Familien grundlegend gewandelt haben: Mehr Frauen gehen arbeiten, Rollenbilder lösen sich auf, die Betreuungsinfrastruktur wurde ausgebaut. Einerseits wird die klassische Familie als eine in Auflösung befindliche Institution wahrgenommen. Andererseits ist sie als sicherer Zufluchtsort gegenüber einer kalten und menschenunfreundlichen Außenwelt so populär und lebendig wie eh und je, schreibt Autorin Nathalie Sabas („Zerrütete Beziehungen – Verletzte Kinderseelen“).

**Familienbericht** Der neunte Familienbericht der Bundesregierung (19/27200) aus dem Jahr 2019 spricht deshalb von dem Phänomen der „intensivierten Elternschaft“. Mutter und Vater zu sein ist, auch im Wettlauf um die Sicherung guter Startbedingungen und tragfähiger Zukunftschancen für die Kinder, zunehmend anspruchsvoll geworden. Eltern müssen sich mit steigenden Standards einerseits und steigenden Ansprüchen und Erwartungen an sich selbst andererseits auseinandersetzen. Sie erfahren damit, wie es im Bericht heißt, eine „Intensivierung, die sich an einem Anstieg der materiellen und vor allem immateriellen Investitionen von Eltern in die Erziehung, Bildung und Betreuung ihrer Kinder festmachen lässt.“ Mit anderen Worten: Mütter und Väter verbringen heute viel mehr Zeit mit ihren Kindern – und sie lassen sich das viel mehr kosten als früher. In Haushalten mit einem größeren Einkommen relativ gesehen mehr als bei Geringverdienern – aber der Trend gilt für alle. „Dennoch ist die Zufriedenheit von Eltern mit der Zeit gesunken“, heißt es in dem Bericht, der daraus schließt, dass die Ansprüche noch stärker gewachsen sind, als die Möglichkeiten, ihnen nachzukommen: „Auch der Befund, dass Eltern zunehmend das Gefühl haben, aus Zeitmangel ihre Kinder nicht so fördern zu können, wie sie es gern würden, spricht für eine zeitliche Intensivierung von Elternschaft.“

**Das Kind im Fokus** Das Ideal einer kindzentrierten Erziehung habe die Bedürfnisse der Kinder in den Vordergrund gerückt, deren angemessene Berücksichtigung aber nicht immer einfach sei, wie aus einer Repräsentativbefragung von Eltern unter 18-jähriger Kinder durch das Institut für Demoskopie Allensbach 2020 hervorgeht. Vier von fünf Eltern geben an, dass ihre Kinder das Wichtigste für sie seien. Aber sie geben auch zu Protokoll, dass Elternschaft viele Verhandlungen erforderlich mache: zwischen den Eltern, um eine partnerschaftliche Erziehung zu organisieren, und mit den Kindern, die als Gegenüber ernst genommen werden sollen. So gerieten Eltern mitunter in Zwiespalt, wenn es um die Durchsetzung ihrer Regeln und Anforderungen an das Verhalten der Kinder geht. „Im internationalen Vergleich von Erziehungseinstellungen dominiert in Deutschland eine eher permissive Haltung, die Autonomie und Vorstellungskraft der Kinder



## Intensiv-Eltern

**FAMILIE** Mehr Freiheit, weniger Autorität, mehr Zuneigung, weniger Strafen: Die Eltern-Kind-Beziehung im Wandel der Zeit

Die Anforderungen haben sich geändert: Eltern investieren mehr Zeit und Geld in ihre Kinder.

© picture-alliance/Westend61/Uwe Umstätter

in den Vordergrund rückt“, heißt es. Eltern in Deutschland setzen vor allem auf das gute Vorbild. Zwar würden mehrheitlich auch klare Regeln und Vorgaben befürwortet, aber zugleich werde versucht, immer weniger die Interessen der Kinder zu lenken. Auch Pflichten in der häuslichen Gemeinschaft würden den Kindern seltener zugemutet als noch 2001. Wie schon das „Generationenbarometer“ des Instituts für Demoskopie Allensbach 2009 zeigte, gibt es weniger Drill, mehr Debatten, die Kinder erfahren mehr Aufmerksamkeit und weniger Gewalt, mehr Freiheit, weniger Autorität, mehr liebevolle Zuneigung, weniger Strafen. Fleiß, Anpassungsbereitschaft und religiöse Orientierung hätten an Bedeutung verloren. „Stattdessen geht es darum, die Fähigkeiten des Kindes zu fördern“, sagte Geschäftsführerin Renate Köcher damals, „wichtig sei Eltern die Entfaltung der persönlichen Fähigkeiten, gute Bildung oder Durchsetzungsvermögen“ – bei Jungen wie Mädchen.

Als Indiz für eine Intensivierung von Elternschaft wird im Familienbericht auch das Phänomen der „Helikopter-Eltern“ gedeutet, das in einem gewissen Spannungsverhältnis zur gewünschten Erziehung zur Unabhängigkeit stehe: Es geht um Eltern, „die mitunter auch noch in vergleichsweise späten Entwicklungsphasen in ständiger Einsatzbereitschaft sind und ihre Kinder umschwirren, in deren Belange eingreifen“, wie es im Familienbericht heißt, „und ihnen Aufgaben abnehmen, die die Kinder altersgemäß durchaus selbst übernehmen könnten.“ Und auch sollten, wie Rüdiger Maas meint. Im Interview mit dem „Tagesspiegel“ sagte der Leiter des Instituts für Generationenforschung in Augsburg, Bock-Famulla kann das nicht nur mit Statistiken belegen, sondern auch anhand ihrer eigenen Person: „Vor 24 Jahren wurde ich noch als Rabenmutter beschimpft, weil ich wieder arbeiten wollte, bevor meine Tochter drei Jahre alt war.“

fen könnte, selbst die Suppe kalt pusten könnte. „Sie merken gar nicht, dass Kinder dadurch keine Erfolgserlebnisse mehr haben.“ Das führe dazu, dass Nachwuchskräfte nach kürzester Zeit in der Probezeit abbrächen: „Die haben keine Frustrationstoleranz entwickeln können, kein Durchhaltevermögen mehr. Viele Unternehmer seien deshalb verzweifelt.“

**Freizeitverhalten** Nicht zuletzt stellt ein verändertes Freizeit- und Mediennutzungsverhalten der Kinder Eltern vor Herausforderungen. Internet, Smartphone, Computerspiele, Social Media. Chats und anderes – viele haben zunehmend das Gefühl, nicht immer den Überblick zu haben, was die Kinder da tun. Der Eindruck, an Einfluss auf die Kinder zu verlieren, dürfte ebenso zutreffend sein wie die Vermutung der einstigen Familienministerin Ursula von Leyen (CDU) dass das auch daran liege, „dass die Kinder hier kompetenter, schneller, versierter als ihre Eltern sind.“

Michael Schmidt

## Kinder-Betreuung nach der Trennung

**ALTERNATIVEN** Es gibt nicht das eine Modell für alle

Es ist eine klare Ansage im 2021 von SPD, Grünen und FDP geschlossenen Koalitionsvertrag, der die Überschrift „Mehr Fortschritt wagen“ trägt. Zum Thema Trennungsfamilien heißt es dort, man wolle „die partnerschaftliche Betreuung der Kinder nach der Trennung fördern“ und „dabei insbesondere das Wechselmodell in den Mittelpunkt stellen“. Wechselmodell bei der Erziehung von Kindern in Trennungsfamilien – das hört sich modern an. Und ist es in vielen Fällen auch, nämlich dann, wenn es relativ friedlich zwischen den getrennten Eltern zugeht und Lösungen einvernehmlich erarbeitet werden können. Dann ist viel möglich: das regelmäßige Pendeln von Kindern zwischen beiden Elternteilen, das Nestmodell, bei dem das Kind an einem Ort wohnt und dort abwechselnd von den getrennten Eltern betreut wird. Wird aber viel gestritten, bleibt als Alternative in der Regel das Residenzmodell, bei dem sich hauptsächlich ein Elternteil kümmert, meist die Mutter. In der Regel wechselt das Kind dann jedes zweite Wochenende zum Vater und an der Hälfte der Ferien- und Feiertage. Das Residenzmodell sei in Deutschland vorherrschend, stellen die Soziologin Anja Steinbach (Universität Duisburg-Essen) und der Rechtswissenschaftler Tobias Helms (Philipps-Universität Marburg) fest. Sie leiten die interdisziplinäre Studie „Familienmodelle in Deutschland“ (FAMOD), deren jüngste Ergebnisse zu Jahresanfang publiziert wurden. Die Wissenschaftler kommen zu dem Schluss, dass es nicht bei der bisherigen Fokussierung auf das Residenzmodell bleiben sollte. Steinbach und Helms unterscheiden zwischen dem paritätischen Wechselmodell, das eine Fifty-fifty-Betreuung vorsieht und dem asymmetrischen Wechselmodell, bei dem ein Kind zu mindestens 30 Prozent bei einem Elternteil aufwächst. Ihre FAMOD-Studie sieht eine Präferenz für letztere Variante. Rechtliche Bedenken gegen die Praktikierung eines Wechselmodells bestünden nicht, schreiben die beiden Professoren. Und: „Den Kindern, die im Wechselmodell leben, geht es im Allgemeinen genauso gut oder ein wenig besser als den Kindern, die im Residenzmodell leben.“ Die Studie zu zerbrochenen Familien befasst sich auch mit der Zufriedenheit der Eltern, dem Elternwohl. Hier geht es vor allem um die Mütter, die beim Residenzmodell in der Regel die Hauptrolle spielen. Die Wissenschaftler bilanzieren, Mütter hätten mit dem Wechselmodell eine „höhere Lebenszufriedenheit, geringere Depressivität und nehmen weniger Stress wahr“. Und wohl weil es für Mütter mit dem Wechselmodell unter Umständen einfacher wird, wieder eine Erwerbsarbeit anzunehmen, heißt es weiter: Mütter mit „Wechselmodell haben ein höheres ökonomisches Wohlbefinden als Mütter mit Residenzmodell“.

»Häusliche Gewalt ist zwingend zu berücksichtigen.«

Koalitionsvertrag von SPD, Grünen und FDP

habe es sich „nicht in erster Linie um (hoch-)konfliktvolle Familien“ gehandelt, „weshalb es schwierig ist, Aussagen über diese Familien zu treffen“. Deutlicher noch wird der Merseburger Professor Heinz-Jürgen Voß, Inhaber der Professur für Sexualwissenschaft. Er hat für eine Dunkelfeldstudie im Auftrag des sächsischen Justizministeriums die Viktimisierung von Frauen unter anderem durch häusliche Gewalt erforscht. Und meint, dass Forderungen nach beiderseitigem Umgang mit gemeinsamen Kindern in und nach Gewaltbeziehungen zuweilen mit einer neuen Gefährdung des Kindeswohls einhergehen. Zuständige Gerichte sollten „mutiger sein, das Sorgerecht nicht zu teilen, sondern es dem von Gewalt betroffenen Elternteil zuzusprechen“.

Unversöhnlich wirkt der Streit zwischen den Lobbyistinnen und Lobbyisten aus den verschiedenen Lagern, wenn es um Sorge- und Umgangsrecht geht. Die Buchautorin Christina Mundlos („Mütter klagen an“) schreibt, vor Gericht würden Eltern seit einigen Jahren „immer öfter zur Einigung gezwungen und erpresst“. Väterrechtler nennen das Mundlos-Buch „eine Hetzschrift gegen Männer“. Die Datenlage zu häuslicher und sexualisierter Gewalt sei veraltet, gibt derweil das von der Grünen-Politiklerin Lisa Paus geführte Familienministerium zu – eine geschlechterübergreifende Dunkelfeldstudie in Kooperation mit dem Innenministerium ist angekündigt, Ergebnisse sollen 2025 vorliegen. Wechselmodell hier, der Blick auf die Opfer häuslicher Gewalt dort – die Regierung tut sich schwer, die Interessen auszugleichen und die Ziele des Koalitionsvertrags umzusetzen, obwohl Justizminister Marco Buschmann (FDP) schon im Frühjahr 2022 eine „Zeitenwende im Familienrecht“ angekündigt hatte. Zum Zeitplan heißt es vage: „Die Kindschafftsrechtsreform soll in dieser Legislaturperiode verabschiedet werden.“

Matthias Meisner

»Mütter mit Wechselmodell haben höheres ökonomisches Wohlbefinden.«

Studie „Familienmodelle in Deutschland“

Die Autorin ist freier Journalist.

## Kita, Hort, Tagesmutter – oder doch zuhause?

**BETREUUNG** Seit den 1970er Jahren hat sich viel getan und doch bleibt die Betreuung der Kinder von arbeitenden Müttern eine Herausforderung

Wenn Sandra Klein aus Konstanz morgens um 8 Uhr ihren zweitgeborenen Sohn in die Kita bringt, dann ist das für Milo (Namen geändert) nur eine von mehreren Stationen. Um 12 Uhr werden er und zwei weitere Kinder von einer Tagesmutter abgeholt, die Milo weiter betreut, bis Klein ihn um 15 Uhr mit nach Hause nimmt. Logistisch ein nicht unkomplizierter Vorgang. Doch die Familie war die letzten Jahre froh, dass sie zumindest einen Halbtags-Kitaplatz ergattern konnte. Die Kombination mit der Tagesmutter ermöglichte es Klein, in Teilzeit einer beruflichen Tätigkeit nachzugehen. Anderen Müttern aus Baden-Württemberg, dem Saarland und vielen weiteren Bundesländern war dies nicht vergönnt.

In Deutschland fehlen 2023 insgesamt rund 383.000 Kitaplätze, damit die Betreuungswünsche aller Eltern gedeckt werden können. Das geht aus dem aktuellen Ländermonitoring für frühkindliche Bildungssysteme der Bertelsmann Stiftung hervor. Besonders groß ist der Mangel in Westdeutschland mit 362.400 fehlenden Plätzen. Die östlichen Bundesländer stehen mit einer Lücke von 21.200 Plätzen wesentlich besser da. Befriedigend ist die Situation in keiner Region – besonders für Kinder unter drei Jahren.

Die Expertin für frühkindliche Bildung der Bertelsmann Stiftung, Kathrin Bock-Famulla, sagt: „Im Osten gibt es zwar mehr Plätze, dafür fällt der Betreuungsschlüssel dort meist schlechter aus. Somit sind die Rahmenbedingungen oft problematischer.“ So müsse sich in Mecklenburg-Vorpommern eine Vollzeitkraft ganztags um etwa sechs Kinder unter drei Jahren kümmern. In Baden-Württemberg, wo der Platzmangel eklatant ist, schreibt die Gesetzgebung einen Schlüssel von eins zu drei vor.

„Damit erfüllt Baden-Württemberg im Gegensatz zu vielen Ländern im Osten die wissenschaftliche Empfehlung“, sagt Kathrin Bock-Famulla. „Durch den Fakt, dass sich in einigen Ländern etwa doppelt so viel Personal um Krippenkinder kümmert wie in anderen, ergeben sich auch sehr unterschiedliche Bildungschancen“, bemängelt die Erziehungswissenschaftlerin. Denn je weniger Zeit eine Erzieherin oder ein Erzieher für ein Kind hat, desto schlechter für dessen Entwicklung. Das gilt insbesondere für Krippenkinder, die in den ersten Jahren wesentliche Lebensgrundlagen lernen müssen. „Eine individuelle Förderung ist bei einem Schlüssel von eins zu sechs kaum möglich“, sagt Bock-Famulla. Da ein Kind beispielsweise nur richtig sprechen lernen könne, wenn es mit einer



Die Zahl der Betreuungsmöglichkeiten wächst.

© picture-alliance/SVEN SIMON/Frank Hoermann

Person in den Dialog trete, das gleiche gelte für die emotionale Regulation. Im Vergleich zu früher hat sich die Betreuungssituation in West wie Ost insgesamt deutlich verbessert. Bock-Famulla kann das nicht nur mit Statistiken belegen, sondern auch anhand ihrer eigenen Person: „Vor 24 Jahren wurde ich noch als Rabenmutter beschimpft, weil ich wieder arbeiten wollte, bevor meine Tochter drei Jahre alt war.“

In einer niedersächsischen Kleinstadt sei sie zunächst an der Suche nach einem Kitaplatz gescheitert, bis sie mit anderen Eltern einen Modell-Versuch für eine erste Krippe startete. Heute gebe es dergleichen Kulturkämpfe nicht mehr. Auch in westdeutschen Kleinstädten sei es weitgehend akzeptiert, ein ein- oder zweijähriges Kind in einer Einrichtung betreuen zu lassen. Nicht besser sei eine gesellschaftliche Situation, in der El-

tern abgewertet werden, wenn sie ihr Kind nicht bereits mit dem ersten Geburtstag in eine Kita geben, sagt Bock-Famulla. Einerseits sollten Eltern immer die Wahlfreiheit haben, findet die Erziehungswissenschaftlerin. Andererseits müsse man individuell abwägen, was das Beste für das Kind sei. „Wenn ein Kind den ganzen Tag in einer Einrichtung ist, in der die Erzieher keine Zeit haben, um es individuell zu fördern, kann das schädlich sein. Aber es ist pädagogisch auch wenig sinnvoll, wenn ein ein- oder zweijähriges Kind außer zur Mutter keine anderen sozialen Kontakte hat“, sagt Bock-Famulla. Kinder müssten mit Gleichaltrigen spielen können – und das mehr als einmal die Woche.

Eine alternative zur Kita ist die Tagespflege. Viele Mütter und Väter entschieden sich für diese Betreuungsform, da sie das etwas familiärem Umfeld schätzten. Studien, inwiefern sich diese Betreuungsform von der normalen Kita unterscheidet, gibt es laut Bock-Famulla keine. Ein Nachteil sei, dass die Betreuung bei Krankheit der Tagesmutter oder -väter öfter ausfalle. Insgesamt fordern Experten, dass sich die Qualifikation der Tagespfleger- und Pflegerinnen mehr an der Erzieherausbildung orientieren solle. Je nach Bundesland werden derzeit weniger strenge Regularien angewandt.

Im Vergleich zu Frankreich oder Skandinavien fällt es deutschen Eltern wesentlich schwerer die Kindererziehung mit einer Vollzeitbeschäftigung zu vereinbaren. Nach wie vor sind es die Mütter, die kürzer treten. Knapp 70 Prozent aller deutschen Mütter arbeiten in Teilzeit. In Frankreich sind es weniger als 40 Prozent. Andererseits wird dort – zumindest offiziell – nur 35 Wochenstunden gearbeitet. Beim Gleichstellungsindex der Europäischen Union belegt Deutschland Platz 11, hinter den westlichen und nördlichen Nachbarn.

Hauptproblem ist der Personalmangel. Um den Betreuungsbedarf zu erfüllen, müssen laut der Studie der Bertelsmann Stiftung in Westdeutschland weitere 93.700 Fachkräfte eingestellt werden und im Osten 4.900. Mit einem verbesserten Betreuungsschlüssel wären es auch in Ostdeutschland wesentlich mehr. Auch die Betreuungskosten sind je nach Bundesland unterschiedlich. Während der Kitabusuch in Berlin und anderen östlichen Ländern beitragsfrei ist, zahlen Eltern je nach Einkommen in manchen westlichen Bundesländern bis zu 400 Euro. Saara von Alten

Die Autorin ist Journalistin beim Tagesspiegel.

# Die Fehler liegen im System

**BILDUNGSGERECHTIGKEIT** Lehrermangel und Unterrichtsausfall treffen vor allem Haupt- und Realschulen

Als Lehrerin Lisa Graf auf ihre neue Klasse trifft, schlägt ihr Unverständnis entgegen. „Haben Sie Scheiße gebaut oder warum sind Sie hier?“, fragt eine Schülerin sie. Dass Graf, die studierte Gymnasiallehrerin ist, freiwillig als Vertretungslehrerin an eine sogenannte Brennpunktschule wechselt, versteht ihre Klasse nicht.

Die Deutschlehrerin hat verschiedene Facetten des Schulsystems kennengelernt und ihre Erfahrungen in einem Buch verarbeitet. In „Abgehängt – von Schule, Klassen und anderen Ungerechtigkeiten“ schreibt sie über ihre Zeit an einem Gymnasium, wo Eltern Schulfeste organisieren. Und von sogenannten Brennpunktschulen, in denen sie das Geld für Schulausflüge teilweise aus eigener Tasche gezahlt und ihre Schützlinge morgens angerufen hat, damit diese zum Unterricht erscheinen.

Wer über den „gymnasialen Tellerrand“ blicke, sehe, dass Kinder in sozialen Brennpunkten viel weniger Chancen und Möglichkeiten hätten, sagt Graf, die selbst eine schwierige Kindheit und Jugend hatte und sich der Schülerschaft an der Brennpunktschule dadurch oft näher fühlte als der auf dem Gymnasium. Sie habe viele Kinder und Jugendliche getroffen, die alle dasselbe Potential hätten. Doch während die einen sich „durch häusliche Unterstützung“ entfalten könnten, seien die anderen von der Gesellschaft abgehängt und vom Bildungssystem benachteiligt, schreibt Graf.

**Schule als Hoffnungsträger** Welche Chancen ein Kind im Bildungssystem hat, hängt in Deutschland überdurchschnittlich stark von der sozialen Herkunft ab. Während laut Hochschulbildungsreport fast 80 Prozent der Akademikerkinder später studieren, beginnen nur 27 Prozent der Schülerinnen und Schüler aus Nichtakademikerfamilien ein Studium.

Der Grundstein für diese unterschiedlichen Bildungslaufbahnen wird früh gelegt. Bereits zu Beginn der Grundschulzeit würden zum Beispiel erhebliche Unterschiede beim Wortschatz bestehen, sagt Bildungsexperte Marcel Helbig vom Leibniz Institut für Bildungsverläufe in Bamberg. An die Schule werde dann oft die Hoffnung geknüpft, diese Unterschiede auszugleichen, sagt Helbig weiter. Eine Erwartung, die nicht erfüllt werde. Studien zeigen, dass der Schulbesuch die Ungleichheiten zwar nicht verstärkt, aber auch nicht behebt. Wer mit

Defiziten in die Schule starte, verlasse sie in der Regel auch so, sagt Helbig. Für diesen Umstand sind verschiedene Faktoren verantwortlich. Einer davon ist, dass sich das Bildungssystem sehr stark auf die elterliche Unterstützung verlässt. In vielen Bundesländern werden Kinder derzeit nur den halben Tag beschult. Der Großteil der Hausaufgaben und Vorbereitungen auf den Unterricht findet Zuhause statt. Wer dort aufgrund von Sprachbarrieren, Armut oder Vernachlässigung wenig bis keine Unterstützung erhält, ist benachteiligt.

**Recht auf Bildung** Dabei darf das Bildungssystem eigentlich niemanden in seinem Recht auf Bildung diskriminieren. Das hat das Bundesverfassungsgericht im November 2022 im Zuge seines Urteils zu den Corona-Schulschließungen entschieden. Es

»Kein anderes Land trennt seine Schüler so früh wie Deutschland.«

Marcel Helbig  
Leibniz Institut für  
Bildungsverläufe

gebe in Deutschland ein Recht auf Bildung, das gewisse Mindeststandards ebenso wie chancengleiche Teilhabe gewährleisten müsse, heißt es in dem Urteil. Was genau darunter falle, habe das Gericht offen gelassen, erklärt Michael Wrase, Bildungsrechtler an der Universität Hildesheim. „Man darf keine Revolution aus Karlsruhe erwarten“, sagt Wrase. Die Richter stellten klar, dass sich aus dem Urteil zum Beispiel kein Anspruch auf ein neues Schulsystem herleitet. Dabei kritisieren Experten und Lehrkräfte, dass genau dieses dreigliedrige Schulsystem gemeinsam mit der kurzen Grundschulzeit Hauptfaktoren für Chancengleichheit und -ungerechtigkeit seien. Bildungsexperte Helbig mahnt: „Kein anderes Land trennt seine Schüler so früh wie Deutschland“. Bis auf in Berlin und Brandenburg endet die Grundschulzeit in allen Bundesländern nach der vierten Klasse. Wenig Zeit, um Defizite auszugleichen. Internationale Studien zeigen laut Helbig, dass Kinder davon profitieren, wenn sie mit Leistungsstärkeren in einer Klasse sind. Doch statt alle über einen längeren Zeitraum gemeinsam zu fördern, setzt Deutschland auf Trennung.

Das Argument, dass ein gegliedertes Schulsystem die Kinder in ihren Bedürfnissen besser fördere, hält Helbig für ein „vorschobenes Argument der Eliten“. Denn letztlich würden davon nur Gymnasien profitieren. Andere Schulformen hingegen hätten „eine schlechtere Lehrkräfteabdeckung, es fehlt an Kindern, die andere mitziehen können und es gibt mehr Problem bei Sprache und Gewalt an diesen Schulen“.

So trifft beispielsweise der Lehrermangel vor allem Haupt- und Realschulen. In Sachsen-



Ungleiche Chancen: In Deutschland hängt der Bildungserfolg von Schülerinnen und Schülern sehr stark vom Elternhaus ab.

© picture-alliance/ZB/Patrick Pleul

Anhalt, wo die Unterrichtsversorgung im Dezember 2022 bei nur 93,5 Prozent lag, fiel an diesen Schulformen besonders viel Unterricht aus. Für Helbig sehen viele „aktuell noch nicht, dass das ein riesengroßes strukturelles Problem ist, worunter gerade die sozial Benachteiligten leiden“. Er vermutet, dass diese Entwicklung sich weiter verschärfen dürfte. Dass die benachteiligten Gruppen am meisten vom Personalmangel betroffen seien, sei jedenfalls das Gegenteil von Bildungsgerechtigkeit.

**Personal mangel** Auch Lehrerin Graf kennt das Problem mit zu wenig oder überlastetem Lehrpersonal: „Ohne ausreichend Personal und zwar aus unterschiedlichen Berufsgruppen, nicht nur Lehrkräfte, kann ei-

ne Schule nicht vernünftig funktionieren“, sagt sie. Sie selbst sei für Fächer wie Hauswirtschaft eingeschrieben.

Der Fachkräftemangel – beim Lehrpersonal, aber auch bei Sozialkräften – spielt eine wichtige Rolle bei der Frage, wie Deutschland für mehr Bildungsgerechtigkeit sorgen kann. Kleinere Klassen, multiprofessionelle Teams und Sozialarbeit an allen Schulen klingen gut, seien aber bei der derzeitigen Personallage schwierig umzusetzen, sagt Bildungswissenschaftler Helbig. Mögliche Lösungskonzepte müssten für ihn daher den Fokus auf digitale Angebote oder eine bessere Ausbildung von Quer- und Seiteneinsteigern setzen. Gensere muss laut Helbig bei jedem Lösungsansatz gelten, dort zu fördern, „wo Hilfe am

meisten gebraucht wird“, also an Schulen in prekärer Lage.

**Startchancenprogramm** Auf gezielte Förderung setzt auch die Bundesregierung mit ihrem neuesten Fördervorhaben: das Startchancenprogramm. mit dem sie bundesweit 4.000 Brennpunktschulen – 60 Prozent davon Grundschulen – fördern möchte. In Grunde eine gute Idee findet Helbig. Schließlich wisse die Forschung schon lange, dass eine frühe Förderung die größten Effekte habe. Ziel muss es laut Lehrerin Graf sein, Brennpunktschulen mit ausreichend Personal auszustatten, um so die Leistungsdefizite der Schülerschaft auszugleichen. Bei der Frage, ob das Programm allerdings flächendeckend Veränderungen mit sich

bringen werde, zeigen sich die Experten skeptisch. Bildungsrechtler Wrase, der das Bildungsministerium beim Startchancenprogramm beraten hat, kritisiert, dass ein Teil der Gelder für bauliche Maßnahmen genutzt werden solle. Ähnliche Programme hätten bereits gezeigt, dass solche Vorhaben nur sehr schwierig und langsam in die Tat umgesetzt werden könnte. Auch die Streitigkeiten zwischen Bund und Ländern über die Verteilung der Gelder sei ein Problem. Bislang stellen die Länder sich quer bei der Vorstellung des Bundes, die Förderung ausschließlich nach Bedarf zu verteilen. „Am Ende werden Bundesländer, die große Probleme haben wie Nordrhein-Westfalen oder Bremen zu wenig Geld erhalten“, befürchtet auch Helbig. Denise Schwarz

## Suche nach der Schule der Zukunft

**MODELLVERSUCH** Keine Hausaufgaben, keine Ferien, keine Lehrbücher

Es ist schwül und sonnig an diesem Montagmorgen. Perfektes Wetter zum Start der sechswöchigen Sommerferien in Sachsen. Aber während die meisten endlich auschlafen können oder ihre Badesachen fürs Freibad packen, beginnt an der Universitätsschule in Dresden ein normaler Schultag. Lediglich ein paar Schülerinnen und Schüler fehlen – sie haben Urlaub genommen.

Rund 40 Tage frei verfügbaren Urlaub im Schuljahr anstelle von Ferien haben die Kinder und Jugendlichen, die an der Universitätsschule lernen. Und das ist nur eine der vielen Besonderheiten, denn die Schule ist ein Schulversuch. Unter wissenschaftlicher Beobachtung der Technischen Universität Dresden (TU) werden dort innovative Formen des Lernens, Lehrens und Zusammenlebens erprobt. „Der Anspruch ist, dass alle Kinder gefördert werden, um sich individuell zu entwickeln. Die Schule muss den Raum dafür schaffen“, sagt Schulleiterin Maxi Heß. Die große Frage hinter dem Pilotprojekt: Wie kann die Schule der Zukunft aussehen?

Eigenverantwortlich und selbstbestimmt sollen die Kinder und Jugendlichen an der Universitätsschule lernen. Um das zu unterstützen, gibt es keine Lehrbücher und keine Hausaufgaben. Auch gibt es keine festen Klassen, sondern jahrgangsübergreifende Lerngruppen und anstelle von Unterrichtsfächern fachübergreifende Projekte. Jeden Freitag gehen die älteren Kinder ins Praktikum und die jüngeren lernen außerhalb des Schulgebäudes, zum Beispiel im Schulgarten. Bis zur neunten Klasse werden keine Noten vergeben, die bekommen die Jugendlichen erst, um ihren Schulabschluss machen zu können. Natürlich sei es auch an der Universitätsschule wichtig, dass Wissen vermittelt und bestimmte Kompetenzen verinnerlicht

werden, sagt Anke Langner, Professorin der Erziehungswissenschaften an der TU, die das Pilotprojekt wissenschaftlich begleitet. Lerninhalte müssten jedoch nicht zwingend hintereinander unterrichtet werden, wie es Lehrbücher suggerieren. So würde normalerweise zuerst die Addition und anschließend die Subtraktion gelehrt. Es gäbe aber Kinder, die es andersherum verständlicher finden, sagt Langner.

Um das individuelle Lernen zu ermöglichen, wurde der Lehrplan für die Universitätsschule in kleine Teile, sogenannte Lernbausteine gegliedert. Zu diesen Bausteinen finden die Kinder verschiedene Materialien vor, die sie eigenständig bearbeiten. Je älter die Schülerinnen und Schüler werden, desto häufiger stehen die Inhalte in digitaler Form zur Verfügung. „Am Ende ist es nicht wichtig, dass die Kinder Definitionen auswendig können, sondern dass sie leistungsfähig und arbeitsfähig sind, wenn sie aus der Schule gehen“, betont Heß. Unterstützt werden die Kinder von ausgebildeten Lehr-

kräften, die Lernbegleiter genannt werden. Sie erklären Hintergründe und beantworten Fragen.

Viele Schülerinnen und Schüler schätzen die Universitätsschule und sind entspannter als an „normalen Schulen“. So auch Amy aus der achten Klasse. „In meiner alten Schule gab es viel Druck, ich hatte Angst etwas zu vergessen und die Lehrer waren viel strenger“, sagt sie. Doch die Eigenverantwortung birgt auch Herausforderungen, findet Luisa, ebenfalls in der achten Klasse: „Manchmal hat man das Gefühl, nicht so viel zu lernen, da es keine Wiederholungen gibt. Wenn ein Baustein abgelegt ist, ist er fertig.“

Auf 15 Jahre, also bis 2034, ist das Modellprojekt vorerst angelegt. Die Universitätsschule – ein riesiges Reallabor. Anders als bei anderen wissenschaftlichen Experimenten, dürfe dieser Versuch jedoch nicht scheitern, sagt Langner. Schließlich gehe es um die individuelle Entwicklung von Kindern und Jugendlichen. Carolin Hasse



Schülerinnen der Universitätsschule arbeiten an Mikroskopen.

© picture alliance/dpa | S. Kahnert

## Ein Ziel – 16 Landesgesetze

**INKLUSION** Trotz Kritik der UN setzt Deutschland weiterhin auf Förderschulen

Projektarbeit statt Frontalunterricht, individualisierte Lernförderung und gemeinsame Klassen für Kinder mit und ohne Beeinträchtigung. Damit die Studierenden von Kerstin Merz-Atalik praktisch erfahren, wie selbstverständlich ein inklusiver Schulalltag ablaufen kann, fährt die Professorin der Pädagogischen Hochschule Ludwigsburg einmal im Semester auf Exkursion nach Norditalien. Dort verfolgen die Schulen im deutschsprachigen Raum seit über zwanzig Jahren einen inklusiven Ansatz. Jedes Kind – egal ob mit oder ohne Beeinträchtigung – besucht die achtjährige Grund- und Mittelschule, berichtet sie. Durch diesen Ansatz entspricht die Region den Vorgaben der UN-Behindertenrechtskonvention.

**Gleiche Teilhabe** Diese verpflichtet Staaten, Menschen mit Behinderung gleiche Teilhabe an der Gesellschaft zu ermöglichen. Mit Blick auf den Bildungsbereich bedeutet dies unter anderem, dass niemand „aufgrund von Behinderung vom allgemeinen Bildungssystem ausgeschlossen werden“ darf.

Auch Deutschland hat die Konvention im März 2019 ratifiziert und sich diesem Ziel verschrieben. Dennoch sieht der Schulalltag hierzulande oftmals noch anders aus, als ihn die Studierenden von Merz-Atalik in Norditalien kennenlernen. Trotz Ermahnung durch den zuständigen UN-Fachausschuss gibt es in Deutschland ein separates Schulsystem. Ein großer Teil der rund 570.000 Schülerinnen und Schüler mit Förderbedarf (Stand 2021) wird immer noch auf Sonder- oder Förderschulen beschult. Lediglich 44 Prozent dieser Eleven besuchen eine Regelschule. „Dass wir in Deutschland diese Kinder nicht nur separieren, sondern zusätzlich nach den unterschiedlichen Förderschwerpunkten unterteilen, stößt bei den Kollegen aus Italien

auf Unverständnis“, sagt Merz-Atalik. Für die Jugendlichen hat der Besuch der Sonderschule weitreichende Konsequenzen. Sie sind nicht nur vom Rest der Gesellschaft isoliert, sondern können auch keinen anerkannten Schulabschluss machen, sind dadurch weniger qualifiziert und haben somit Schwierigkeiten, auf dem ersten Arbeitsmarkt Fuß zu fassen.

**Ländersache** Laut Merz-Atalik bremsen unter anderem die föderalen Strukturen die Inklusionsbestrebungen Deutschlands. Jedes Bundesland hat ein eigenes Schulgesetz und entscheidet selbst, wie es die Anforderungen der Konvention umsetzt – mit sehr unterschiedlichen Ergebnissen. Dies zeigt eine Studie des Bildungsexperten Klaus Klemm für die Bertelsmann-Stiftung. Während einige Bundesländer wie Bremen, Hamburg oder Berlin den Anteil der Schülerinnen und Schüler, die eine Sonderschule besuchen, gemessen an der Gesamtschülerschaft stark reduziert haben, ist die sogenannte Exklusionsquote in anderen Bundesländern sogar gestiegen. So lag sie in Baden-Württemberg für das Schuljahr 2020/2021 bei 5,03 Prozent; 2008/09 waren es noch 4,5 Prozent.

**Individuelle Förderung** Dass der inklusive Ansatz flächendeckend nur schleppend umgesetzt werde, habe vor allem mit dem hiesigen Schulsystem zu tun, sagt Merz-Atalik. Während die Mehrheit der Länder wie Italien schon jahrelang auf das Konzept Gemeinschaftsschule setzen und dadurch eine gewisse Erfahrung haben, hete-

roge Lerngruppen zu unterrichten, hält Deutschland an den Prinzipien der frühen Trennung und des dreigliedrigen Schulsystems fest. Dies lasse wenig Raum für individuelle Bedürfnisse: „Jedes Schulsystem ist nur so gut, wie es auf die individuellen Anforderungen des Einzelnen eingehen kann“, kritisiert Merz-Atalik. In Schweden würden beispielsweise auch Kinder mit schwerer Mehrfachbehinderung auf eine Gemeinschaftsschule gehen. Dort habe jede Schülerin und jeder Schüler Anspruch auf einen individuellen Lernplan, der ihren oder seinen Anforderungen entspreche.

**Das deutsche Schulsystem lässt wenig Raum für individuelle Bedürfnisse.**

**Lernniveaus** Auch in Norditalien wird gemeinsam gelernt. Während die einen mit einem Maßband den Umfang eines Gegenstands ablesen, machen die anderen sich an die Volumenberechnung. So könne jeder auf seinem Niveau zum Lerngegenstand beitragen, berichtet Merz-Atalik. Um inklusiven Unterricht zu ermöglichen, brauche es vor allem eines: ausreichend geschultes Personal. Jede Schule müsse eine „Grundversorgung“ mit sonder- oder inklusionspädagogischen Fachkräften haben, um den inklusiven Ansatz umsetzen zu können, fordert Merz-Atalik. Auf rund 600 Millionen Euro wird allein der Mehrbedarf an Lehrpersonal für inklusiven Unterricht an Regelschulen geschätzt, heißt es in einer Bertelsmann-Studie aus dem Jahr 2012. Experten zufolge sei dies langfristig jedoch immer noch günstiger als weiterhin ein aufwendiges Parallelsystem aus Regel- und Sonderschulen zu finanzieren. des

# Im Abseits

**WOHNUNGSLOSIGKEIT** Rund 37.000 junge Menschen leben in Deutschland auf der Straße. Ein Netz der Jugendhilfe soll sie auffangen – doch immer wieder rutschen Menschen durch das System

Wenn Miriam an ihre ersten Tage als Obdachlose zurückdenkt, dann fühlt sie vor allem eines: Angst. Nüchternlang irrte die damals 15-Jährige durch die Straßen einer deutschen Großstadt, spürte ein ständiges Gefühl von Bedrohung und Unsicherheit in sich. Nur tagsüber traute sie sich zu schlafen und versteckte sich dafür an vermeintlich sicheren Orten in Parks, Hinterhäusern oder Kellern.

Das Leben auf der Straße sei hart, erzählt Miriam, die ihren richtigen Namen nicht in der Zeitung lesen möchte, rund 20 Jahre später am Telefon. Wer dort lebe, müsse – vor allem als junges Mädchen – wahnsinnig auf sich aufpassen und gewisse Regeln befolgen: Immer die Schuhe beim Schlafen anlassen. Niemals den Schlafsack ganz schließen. Alle wertvollen Gegenstände direkt am Körper tragen.

Heute haben schätzungsweise 37.000 junge Menschen unter 27 Jahren in Deutschland ihren Lebensmittelpunkt auf der Straße. Zu diesem Ergebnis kommt eine Erhebung des Deutschen Jugendinstituts (DJI) aus dem Jahr 2017. Die jungen Menschen sind demnach entweder wohnungslos, das heißt, sie haben keinen eigenen Wohnraum und übernachten etwa bei Bekannten, oder obdachlos und schlafen auf der Straße oder in Notunterkünften. Der größte Teil von ihnen ist zwischen 18 und 24 Jahren alt. Experten gehen davon aus, dass die tatsächliche Zahl erheblich höher sein dürfte. So sieht es auch Claudia Daigler, Erziehungswissenschaftlerin an der Hochschule Esslingen. Insbesondere junge Menschen würden eher selten auf der Straße schlafen, sondern sich andere Schlafmöglichkeiten suchen. Sie kämen bei Freunden, entfernten Bekannten oder Fremden unter. Diese Arrangements sind laut Daigler aber besonders für junge Frauen gefährlich, wenn Gegenleistungen für den Schlafplatz gefordert werden. „Das kann bis zur Unterschleppprostitution gehen“, sagt Daigler.

**Flucht aus dem Elternhaus** Laut DJI-Studie sind familiäre Probleme vor allem für Minderjährige der Hauptgrund für ihre Wohnungs- und Obdachlosigkeit. Bei Miriam war es so. Sie ist in einem kleinen Dorf aufgewachsen, erzählt sie in klarem Hochdeutsch. Den Akzent ihrer Heimatregion hat sie lange abgelegt. Ihre Mutter war alkoholkrank, eine konstante Vaterfigur gab es nicht. Vernachlässigung und Gewalt prägten ihre Kindheit. Mit 15 ergriff Miriam nach einem Streit mit der Mutter die Flucht und gelangte schließlich in eine weit entfernte Großstadt. „Zurückgehen war nie eine Option“, sagt sie, „denn das hätte ich nicht überlebt“. Die Angst, zurück ins Elternhaus zu müssen, war auf der Straße ihr ständiger Begleiter, erinnert sie sich.

Auch bei den Klienten von Pädagogin Ines Fornaçon ist das Elternhaus oftmals direkter oder indirekter Auslöser für deren Notlagen.

Fornaçon leitet die Berliner Geschäftsstelle der „Off Road Kids“ in der S-Bahn-Station Bellevue. Die Stiftung kümmert sich um junge Menschen, die von Wohnungslosigkeit bedroht oder betroffen sind. Immer wieder hallt das Rattern der Züge durch die Büros, während Fornaçon von den Gründen für Wohnungslosigkeit berichtet. Vielfältig seien diese. Sie spricht von Eltern, die ihre Kinder rausschmeißen; von jungen Menschen, die die psychischen Probleme ihrer Eltern nicht mehr aushalten; von einer Flucht vor der drohenden Zwangsverheiratung und von Geldsorgen der Eltern. Insgesamt ist die Zahl der jungen Menschen, die bei den „Off Road Kids“ Hilfe suchen, seit der Pandemie massiv angestiegen. Im März 2023 waren bundesweit mehr als 600 junge Menschen zu einer Erstberatung dort – ein neuer Höchstwert. Dabei seien alle Bevölkerungsschichten vertreten, sagt Fornaçon. Besonders die Zahl der Auszubildenden, die bei den „Off Road Kids“ Hilfe suchen, ist stark gestiegen. Erst letzens habe sie einen Klienten betreut, dessen Mutter ihn während seiner Ausbildung vor die Tür gesetzt habe, weil ihr durch seinen Verdienst eine Kürzung ihrer Bezüge drohte. Durch den immer angespannteren Wohnungsmarkt in Großstädten könnten sich viele junge Menschen keine eigene Wohnung mehr leisten.

Früher haben Fornaçon und ihr fünfköpfiges Team die jungen Menschen direkt auf der Straße ausgesucht und angesprochen. Mittlerweile haben sie diese aufsuchende Sozialarbeit eingestellt und arbeiten nur noch mit Terminen. Durch vermehrte Polizeipräsenz seien ihre Klienten an den gängigen Orten nicht mehr auffindbar geworden, berichtet sie. Daher haben die „Off Road Kids“ vor einigen Jahren die Website „sofahopper.de“ ins Leben gerufen. Für Fornaçon bedeutet Streetwork, „dort zu sein, wo die Jugendlichen sich sind heute das Internet. Mehr als 4.600 Hilfeanfragen sind im vergangenen Jahr über die virtuelle Streetwork-Station eingegangen. In der Regel kommt es danach zu einem Erstgespräch, bei dem die wichtigsten Dinge organisiert werden: ein Schlafplatz, Essen und eine Krankenversicherung. Für Fornaçon und ihr Team bedeutet dies viel Recherche und Telefonieren. Im Notfall hat Fornaçon auch schon mal ein Hostelbett gebucht: „Hier geht niemand ohne einen Schlafplatz für die Nacht raus.“

Um die jungen Menschen langfristig von der Straße weg zu bekommen, begleiten Organisationen wie die „Off Road Kids“ junge Wohnungslose bei Behördengängen. „Alleine würde ein junger Mensch das gar nicht schaffen“, sagt Fornaçon. Zu bürokratisch sei der Vorgang, zu oft würden Ämter die Zuständigkeit von sich weisen. Dabei ist in der Theorie die Kinder- und Jugendhilfe in Deutschland klar geregelt. Ziel der Jugendhilfe ist es, Kinder und Jugendliche in ihrer Entwicklung zu fördern und jungen Erwachsenen in besonders schwierigen Situationen zu helfen. Dazu zählt unter anderem, Kinder, die nicht bei ihren Eltern



Wie hier in Berlin bleibt vielen – auch jungen – obdachlosen Menschen nicht anderes übrig, als die Nächte im Freien zu verbringen.

© picture-alliance/dpa/Paul Zinken

wohnen können, in stationären Einrichtungen wie Wohngruppen oder Pflegefamilien unterzubringen, und die jungen Menschen entsprechend zu betreuen.

Im Gegensatz zur Sozialhilfe verfolgt die Jugendhilfe auch erzieherische Ziele und kann bei Bedarf bis zum 27. Lebensjahr greifen. Dennoch gleiche es „einem Sechser im Lotto“, einen über 18-Jährigen bei Maßnahmen der Jugendhilfe unterzubekommen, sagt Fornaçon. Obwohl die Zuständigkeit für die Jugendhilfe klar bei den Jugendämtern liege, würden immer wieder Betroffene zu den Sozialämtern geschickt werden, die sich wiederum auch nicht zuständig fühlen und zurück ans Jugendamt verweisen würden.

**Care Leaver** Auch Sozialarbeiterin Truc Quynh Vo kritisiert, dass in der Realität die Unterstützung, die ein junger wohnungsloser Mensch in Deutschland erhält, stark vom Zufall wie zum Beispiel einer engagierten Sachbearbeiterin abhängt. Vo ist für „Careleaver e.V.“ tätig. Der Verein setzt sich für die sogenannten Care Leaver ein. Der Begriff bezeichnet junge Menschen, die einen Teil ihres Lebens in Einrichtungen wie Wohngruppen oder Pflegefamilien verbracht haben. Dadurch, dass bei vielen mit dem 18. Lebensjahr die Unterstützung endet, ist diese Gruppe besonders von Wohnungslosigkeit betroffen.

Obwohl gesetzlich geregelt ist, dass Care Leaver durch eine Reform des Kinder- und Jugendstärkungsgesetz mit der „Coming Back“-Option die Möglichkeit haben, auch

nach dem 18. Geburtstag bei Bedarf in die Jugendhilfe zurückzukehren, sieht die Realität anders aus. Viele Ämter haben laut Vo auch zwei Jahre nach der Reform keine Handhabe, wie sie die zusätzlichen Ansprüche umsetzen können. Auch fehle es an personellen und finanziellen Ressourcen: „Längere Hilfen bedeutet natürlich auch, dass mehr Geld dafür da sein muss“, fordert sie.

**Geschlossene Unterbringung** Auch Miriam ist Care Leaverin. Im Gegensatz zu den Klienten von Fornaçon und Vo hat sie allerdings den Kontakt zur Jugendhilfe und Sozialarbeit lange vermieden. Stark traumatisiert durch die gewaltvollen Erfahrungen im Elternhaus waren für Miriam alle Erwachsenen „tendenziell gefährlich und denen war nicht zu trauen“, sagt sie. Dass sie dennoch an die Jugendhilfe geraten ist, war Zufall. Rund ein halbes Jahr, nachdem sie auf der Straße gelandet war, hatten Straßensozialarbeiter die stark unter Drogen stehende Miriam aufgesammelt. Schließlich entschied ein Richter, die Jugendliche wegen „starker Gefahr der Eigengefährdung“ geschlossen unterzubringen. Einen Psychologen hat sie weder vor noch nach der Entscheidung gesprochen. Die geschlossene Unterbringung wird heute kaum mehr angewendet, auch wenn einzelne Bundesländer wie Hamburg derzeit planen, neue Zentren zu bauen. Im Gegensatz zu stationären Unterbringungsformen der Jugendhilfe wie Wohngruppen oder Pflegefamilien bedarf es für die geschlossene Unterbringung, die mit strengen Regeln und

Freiheitsentzug einhergeht, einen richterlichen Beschluss. Belastbare Zahlen dazu, wie viele junge Menschen sich aktuell in einer geschlossenen Unterbringung befinden, gibt es laut Familienministerium nicht. Laut einer Sprecherin des Familienministeriums dient eine solche Maßnahme der „bedürfnisgerechte[n] Unterbringung, Versorgung und Betreuung von Jugendlichen“. Kinder und Jugendliche bräuchten einen sicheren und geschützten Ort, um „gänzlich neue Handlungs- und Überlebensstrategien“ zu erlernen.

Im Gegensatz zum Ministerium sieht Miriam in diesem System keinerlei Nutzen: „Das ist eine absolut hilflose Reaktion eines Systems, das wahnsinnig überlastet ist und sich nicht anders zu helfen weiß.“ Ihr Alltag in der Einrichtung war bestimmt von einem Stufenplan, sagt sie. Wer sich an die Regeln hielt, stieg eine Stufe nach oben und bekam mehr Rechte. „Es zeigt nur, wie sehr sich Menschen anpassen können, um etwas zu erreichen.“ Sie konnte sich damals nicht anpassen. Die meiste Zeit habe sie in ihrem Zimmer verbringen müssen. Beschult wurde sie – trotz Schulpflicht – nicht. „Ich wollte dort nicht sein, habe nicht kooperiert und galt als 16-Jährige als nicht tragbar.“ Miriam räumt ein, dass sie damals auch nicht kommunikationsbereit gewesen sei. Doch es sei die Aufgabe der Fachkräfte gewesen, „Mittel und Wege zu finden, mit mir zu kommunizieren“.

Auch Truc Quynh Vo von „Careleaver e.V.“ kritisiert, dass manche Träger von Jugendhilfeeinrichtungen zu wenig aushielten. Sobald ein Jugendlicher Probleme verursache, heiße es schnell, „die Person ist nicht tragbar“. Dabei werde oft vergessen, dass die Jugendhilfe sehr hohe Ansprüche an die jungen Menschen stelle, kritisiert Vo. Zu den „ganz normalen Schwierigkeiten wie Schule“ komme hinzu, dass Menschen in Pflegeeinrichtungen teilweise eine hohe emotionale Belastung stemmen und viel früher selbstständig sein müssten als andere junge Menschen.

Miriam denkt nicht gern an dieses Kapitel ihres Lebens zurück. Rund ein halbes Jahr hat sie in der geschlossenen Unterbringung verbracht, bevor sie während eines Arztbesuches „stiften gegangen ist“ – zurück auf die Straße: „Die Straße war das Vertrauteste, was ich kannte“, sagt sie. Bei ihrer Flucht hatte sie nur ihren zerfledderten grünen Kinderausweis, einen Kapuzenpulli und ein Buch bei sich. Lesen habe ihr während der Zeit auf der Straße gegen die Angst geholfen. Bis zum 18. Lebensjahr ist Miriam auf der Straße geblieben. Ihre Tage bestanden aus Schnorren und Straßenmusik. „Ich hatte damals nur einen Gedanken: Ich muss volljährig werden. Dann kann ich selbst entscheiden, wo ich bin und was ich bin.“

**Eigene Lobby** Dass Straßenjugendliche selbst entscheiden können, was sie brauchen und dies auch aktiv einfordern, ist eines der Hauptanliegen von „Momo – the voice of disconnected youth“. Vor einigen

Jahren haben ehemalige Straßenjugendliche die Initiative gegründet, die neben den offiziellen Anlaufstellen existiert. Momo bedeutet für die Straßenjugendlichen ein Begegnen auf Augenhöhe in einem geschützten Rahmen, wo sie unter sich sein können. Im Gegensatz zu Ämtern, erklärt Angeliקה Hipke, sei die Hilfe bei Momo nicht an Bedingungen geknüpft. Hipke ist die einzige hauptamtliche Mitarbeiterin der Momos in Berlin. Weitere Büros gibt es in Essen und Hamburg. Benannt hat die Initiative sich nach der Titelfigur von Michael Endes gleichnamigen Roman über ein Mädchen, das allein am Rande einer Großstadt in den Ruinen eines alten Amphitheatres lebt. Die Momos, die sich als Stimme einer entkoppelten Jugend bezeichnen, sind nicht nur Auffangnetz für Betroffene, sondern auch eine Lobby für Straßenjugendliche. „Wir wollen das, was uns passiert ist, nach außen tragen“, sagt Hipke. Sie hat selbst keine guten Erfahrungen mit der Jugendhilfe gemacht. Dennoch betont sie, dass die Jugendhilfe als Schutzschirm für Kinder und Jugendliche eine wichtige Aufgabe erfülle und viele gute Ansätze beinhalte. Nur müssten diese in der Realität besser umgesetzt werden. Damit dies geschehe, geben die Momos ihre Forderungen durch Gespräche und Stellungnahmen direkt an die Politik weiter, unter anderem bei der Reform des Kinder- und Jugendstärkungsgesetzes.

**Housing First** Für Miriam ist der 18. Geburtstag der Wendepunkt. Nach drei Jahren auf der Straße bekommt sie mit einem frisch ausgetesteten Personalausweis und „viel Glück“ ein WG-Zimmer. Das Geld für die erste Monatsmiete hat sie sich auf der Straße erschnorrt. Mit einem Dach über dem Kopf bekommt sie auch allmählich ihr Leben in den Griff. Sie beginnt einen Job bei einer Gastrotte, findet einen Ausbildungs-

schluss nach. In vielen anderen Ländern wird eine sogenannte „housing first“-Strategie genutzt, um Menschen langfristig aus der Obdachlosigkeit zu bekommen. Der Gedanke dahinter ist, dass Menschen zunächst ein Dach über dem Kopf brauchen, um sich zurück in ein reguliertes Leben zu kämpfen. Auch für junge Menschen könnte diese Strategie ein Ansatz sein, findet die Esslinger Erziehungswissenschaftlerin Daigler. In Deutschland gebe es dazu erste, wenige Projekte, bei denen die jungen Menschen Wohnraum bekommen und nur ganz wenig betreut werden. Ein niedrigschwelliges Angebot, auf das Miriam sich vielleicht eingelassen hätte.

Mittlerweile arbeitet sie als Sozialarbeiterin und hilft jungen Menschen in ähnlicher Lage. Sie bezeichnet sich selbst als Expertein aus Erfahrung. Ein Blick, den sie unbedingt behalten möchte. Denn dass sich ihre Geschichte so oder so ähnlich noch heute wiederholt, das weiß sie aus eigener Erfahrung mit ihren Klientinnen und Klienten.

Denise Schwarz |

»Zurückgehen war nie eine Option, denn das hätte ich nicht überlebt«

Miriam

»Streetwork bedeutet, dort zu sein, wo die Jugendlichen sich aufhalten.«

Ines Fornaçon („Off Road Kids“)



Früher auf der Straße, heute im Internet: Pädagogin Ines Fornaçon (r.) von den „Off Road Kids“ hilft jungen Wohnungslosen in Berlin.

© Off Road Kids/Mario Hausmann

**K**inder haben in der Gesundheitspolitik keine allzu große Lobby, sie wachsen im besten Fall behütet auf, durchlaufen regelmäßig die üblichen Vorsorgeuntersuchungen und sind meist ziemlich gesund. Wenn sie nicht gesund sind, müssen sie und ihre Eltern mit dem zurecht kommen, was das Gesundheitssystem in Deutschland zu bieten hat. Auf den ersten Blick hat das Gesundheitssystem einiges zu bieten für kranke Kinder: spezialisierte Ärzte und Therapeuten, Pflegekräfte und moderne Krankenhäuser, eine differenzierte Apparatemedizin, ein breites Spektrum an Pharmazieprodukten, medizinische Hilfsmittel, Reha-Einrichtungen und Mutter-Kind-Kuren, finanziert von der Gesetzlichen oder Privaten Krankenversicherung (GKV/PKV) oder der Pflegeversicherung.

Auf den zweiten Blick fallen Kinder allerdings öfter durch die vorgegebenen Raster, weil zum einen Erwachsene (Männer) die medizinischen Therapiestandards prägen, was insbesondere bei der Verordnung von Medikamenten problematisch sein kann, und die aufwendige Versorgung kranker Kinder in der Vergütung von Ärzten und Krankenhäusern lange nicht angemessen berücksichtigt wurde. Die Folge: Kinderstationen in Krankenhäusern rechnen sich nicht, Kinderärzte waren gezwungen, ihre Budgets zu kippen.

**Infektionswelle** „Wir haben die Ökonomisierung übertrieben“, räumte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach (SPD) zu Jahresbeginn 2023 ein, während Eltern und Kinder versuchten, sich einer ungewöhnlich heftigen Winter-Infektionswelle zu erwehren, die neben den ausklingenden Corona-Fällen und der üblichen Grippe-Saison auch viele Infektionen mit dem respiratorischen Synzytial-Virus (RSV) mit sich brachte. Als auch noch gewöhnliche Arzneimittel für Kinder knapp wurden, Fiebersäfte und Antibiotika, Zäpfchen und Elektrolytelösungen, waren Kinderärzte überrascht und Eltern schockiert.

Seither hat die Bundesregierung einen Schwenk vollzogen: weg von ökonomischen Vorgaben in der Gesundheitspolitik, hin zu einer bedarfsgerechten Versorgung. Von den inzwischen beschlossenen Neuregelungen profitieren zuvorderst Kinder. So bekommen Krankenhäuser mit pädiatrischen und Geburtshilfestationen in den Jahren 2023 und 2024 zusätzliche Mittel in Millionenhöhe.

Neu eingeführt wurde eine tagesstationäre Behandlung ohne Übernachtung im Krankenhaus, was den Eltern kleiner Kinder entgegenkommt. Erwogen wird eine teilweise Abkehr von den Fallpauschalen (DRG) in Krankenhäusern, die zumindest in der Pädiatrie als nicht sinnvoll eingeschätzt werden. Zudem werden Arzneimittel für Kinder künftig besser bezahlt, Engpässe sollen so vermieden werden.

**Kinderärzte** Auch bei den niedergelassenen Kinderärzten hat Lauterbach nach etlichen Hilferufen eine Kehrtwende vollzogen. Kinder- und Jugendärzte wurden zum 1. April 2023 aus dem Honorarbudget genommen, ebenso ausgewählte Leistungen der Kinder- und Jugendpsychiatrie. Ärzte bekommen nun ihre Honorare leistungsgerecht ausgezahlt und müssen nicht umsonst arbeiten oder die Arbeit einstellen, wenn das Budget erschöpft ist. Lauterbach verspricht sich davon ein Signal an junge Ärzte, sich für die Pädiatrie zu entscheiden, am besten in strukturschwachen Regionen. Dass diese Initiative ihre Berechtigung hat, macht die Bundesärztekammer (BÄK) an-

# Kinder ohne Lobby

**GESUNDHEIT** Die pädiatrische Versorgung soll künftig besser werden



Die medizinische Versorgung insbesondere kleiner Kinder ist fachlich komplex, aufwendig und teuer. Jetzt soll mehr Geld ins System.

© picture-alliance/dpa Themendienst/Christin Klose

hand von Zahlen deutlich. Zwar steigt seit Jahren die Anzahl der Ärzte in Deutschland leicht an, nach Ansicht der BÄK reicht das aber nicht, um den künftigen Bedarf zu decken. So wollen junge Ärzte oft nur Teilzeit arbeiten, Überstunden vermeiden und scheuen vor den finanziellen Risiken einer eigenen Praxis zurück. Ob Eltern mit dem Versorgungsangebot zufrieden sind, hängt oft von der Region ab, in der sie leben. In ländlichen Gebieten sind Kinderärzte rar und geraten schnell an ihre Kapazitätsgrenze, zumal es auch an Arzthelferinnen mangelt. Landärzte werden gesucht, junge Mediziner zieht es aber eher in die Stadt. Derzeit werden in den nächsten Jahren viele der rund 421.000 berufstätigen Ärzte in den Ruhestand gehen. So sind 28 Pro-

zent der Fachärzte bereits 60 Jahre alt oder älter, neun Prozent sind älter als 65, wie aus der Ärztestatistik der BÄK von Ende 2022 hervorgeht. Der Berufsverband der Kinder- und Jugendärzte (BVKJ) geht davon aus, dass rund ein Viertel der Kinderärzte bis 2025 aus dem Beruf ausscheiden wird.

**Hohe Arbeitsbelastung** Nach einer Umfrage des Deutschen Kinderhilfswerks von 2018 waren rund ein Drittel der befragten Eltern der Ansicht, dass es in der Nähe ihres Wohnortes keine ausreichende Versorgung mit Kinder- und Jugendärzten gibt. Guckt man sich in einschlägigen Internetforen um, werden Kinderärzte mit freien Kapazitäten in ganz unterschiedlichen Re-

gionen des Landes oft als seltenes Glück gepriesen. Kinderärzte beklagen, dass in den vergangenen Jahren die ohnehin hohe Arbeitsbelastung nochmals gestiegen ist. Das hat etwas mit den zahlreichen Vorsorgeterminen (U) für Kinder und Jugendliche zu tun sowie mit der Tendenz vieler Eltern, auch bei harmlosen Infekten oder leichtem Fieber sofort eine ärztliche Beratung in Anspruch zu nehmen.

Lauterbach verspricht, künftig solle die medizinische Behandlung der Kinder im Vordergrund stehen. Dies sei man den Kindern schuldig, weil sie „die Leidtragenden der Pandemie“ gewesen seien. Tatsächlich ging in der Pandemie nach Erkenntnissen der Virologen von Kindern eine vergleichsweise geringe Gefahr für die Allgemeinheit

aus, von den Restriktionen waren sie aber ebenso betroffen wie Erwachsene. Viele Kinder und Jugendliche haben im Lockdown problematische physische und psychische Auffälligkeiten entwickelt, von der Gewichtszunahme über Spielsucht bis hin zu Angststörungen und Depressionen (siehe Interview unten). Psychiater berichten von vermehrten Therapieanfragen, die Wartezeiten sind oft lang. Eine interministerielle Arbeitsgruppe (IMA) hat in ihrem Abschlussbericht (20/5650) unlängst die gesundheitlichen Auswirkungen der Corona-Pandemie benannt und kommt zu dem Schluss, es müsse verhindert werden, „dass sich psychische und körperliche Belastungen und Erkrankungen manifestieren und damit die Bildungs- und Teilhabechancen

eines Teils der jungen Generation dauerhaft beeinträchtigt werden“. In dem Bericht werden Studien zitiert, wonach in der Pandemie eine „erhöhte psychische Belastung von Kindern und Jugendlichen“ festzustellen war und es deutliche Hinweise gebe auf „anhaltenden psychosomatischen Stress“. Nach Angaben des Statistischen Bundesamtes waren 2021 psychische Erkrankungen und Verhaltensstörungen die häufigste Ursache für stationäre Krankenhausbehandlungen von älteren Kindern und Jugendlichen. Der häufigste Behandlungsgrund waren Depressionen.

**Psychische Krisen** Die Psychologin und Spezialistin für Kinder- und Jugendgesundheit an der Universität Hamburg-Eppendorf, Ulrike Ravens-Sieberer, die an der IMA mitgewirkt hat, kritisierte in der „Zeit“, Schulen und Kitas hätten in der Regel keinen Kontakt zum Gesundheitssektor, also etwa zu Krankenhäusern oder Psychotherapiepraxen. Das führe immer wieder dazu, dass psychische Krisen von Kindern zu spät beachtet würden, weil sich niemand zuständig fühle. Lehrer müssten psychologisch weitergebildet werden, Schulen bräuchten einen schulpsychologischen Dienst.

Das Gesundheitssystem leidet aber nicht nur an einem Mangel in bestimmten Sektoren, die Kinder betreffen, sondern auch an einer nicht ausreichend differenzierten Diagnostik und Therapie. „Kinder sind keine kleinen Erwachsenen“, lautet eine Standardweisheit in der Medizin. Gleichwohl werden nach Angaben des Bundesinstituts für Arzneimittel und Medizinprodukte (BfArM) viele Medikamente, die bei Kindern eingesetzt werden, nicht ausreichend an Kindern geprüft. Die wirksame und sichere Dosierung sei oft nicht bekannt. Kinder werden dennoch mit den Mitteln behandelt (Off-Label-Use). Ohne Off-Label-Use würden nach Angaben der Arzneimittelkommission der deutschen Ärzteschaft Kinder nicht nach dem Stand der Wissenschaft versorgt. Seit 2007 ist nach Angaben des BfArM die EU-„Kinderverordnung“ in Kraft mit dem Ziel, die Arzneimittelsicherheit zu verbessern. Neben der Dosierung muss auch die Darreichungsform für Kinder jeweils geeignet sein.

**Gendermedizin** Als im Winter 2022/23 Kinderarztpraxen und Kinderkliniken am Limit arbeiteten, wies der BVKJ die „Entlastungsvorschläge“ Lauterbachs mit Hinweis auf die Besonderheiten bei der Versorgung von Kindern scharf zurück. Es sei „absurd und gefährlich“, Pflegekräfte ohne Erfahrung auf Kinderstationen abzukommandieren, die sich dann im Akkord um kranke Frühgeborene, Säuglinge, Kleinkinder und Jugendliche kümmern müssten.

Der Verband der Kinderärzte kritisierte die Einführung der sogenannten generalistischen Pflegeausbildung. Damit werde die spezialisierte Kinderkrankenpflege systematisch ausgehöhlt. Von Notfallmedizinerin ist bekannt, dass sie von der Angst begleitet werden, in einem Kindernotfall helfen zu müssen, das könnte sie schnell überfordern. Der Kinderarzt und Gendermediziner Bernhard Stier, der Lehrbücher über Jugendmedizin geschrieben hat, weist darauf hin, dass sich medizinisch nicht nur Erwachsene von Kindern unterscheiden und Frauen von Männern, sondern auch Kleinkinder von Jugendlichen und Jungen von Mädchen, und das nicht nur bezüglich der Geschlechtsmerkmale. Unterschiede gibt es beispielsweise beim Stoffwechsel. Stier plädiert für mehr Genderforschung, mehr Fortbildung und im Ergebnis mehr Kompetenz. *Claus Peter Kosfeld*

## »Wir haben unseren Kindern sehr viel abverlangt«

**CORONA** Die Psychologin Walper befürchtet langfristige Folgen der Pandemie und fordert ein Umdenken, um Kinder besser einzubinden

**Frau Walper, wie gravierend sind die gesundheitlichen Auswirkungen für Kinder und Jugendliche in der Coronakrise gewesen?**

Die Auswirkungen waren beträchtlich. Wir haben vor allem in der psychischen Gesundheit einen deutlichen Anstieg der Belastungen gesehen bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Auch die Eltern sind teilweise in die Knie gegangen. Auf der physiologischen Seite, bei der Bewegung von Kindern und bei den Ernährungsgewohnheiten, hat die Pandemie ebenfalls unglückliche Spuren hinterlassen. Wir haben gehofft, dass sich relativ schnell alles wieder einrenkt, aber manche Probleme halten sich lange, wie auch die Ergebnisse der COPSYS-Studie zur psychischen Gesundheit von Kindern und Jugendlichen zeigen.

**Was sticht an Problemen heraus?**

Viele Probleme haben direkt mit dem Lockdown zu tun. Bei der psychischen Gesundheit sind es Gefühle von Einsamkeit, zunehmende Depressivität und Verlust an Lebensfreude. Wir sehen vermehrt Angststörungen, wobei die Ängste sich nicht nur um die Infektionsrisiken ranken. Viele Kinder haben heute Berührungängste gegenüber anderen Menschen, sie trauen sich nicht in belebte Räume hinein. Es gibt auch mehr Kinder, die sich ritzen, also selbst verletzen als Ausdruck innerer Spannungen. Hinzu kommen Identitätszweifel.



Psychologin Sabine Walper

Manche Kinder haben sich quasi in das Internet verkrochen und Spielsucht entwickelt und finden den Weg nicht leicht wieder heraus. Das ist ein ganz breites Spektrum an Problemen.

**Wie sind kleine Kinder mit der Krise zurechtgekommen?**

Es gibt mehr Daten über Jugendliche, weil die selbst Auskunft geben können, bei den Jüngeren sind wir oft auf Eltern angewiesen. Gerade bei jüngeren Kindern berichten die Eltern, dass die Einsamkeit stark zugenommen hat, zumal Kinder schon im Kita-Alter allein klarkommen mussten, weil Eltern sich nicht kümmern konnten, wie es sonst die Kita getan hätte. Besonders

betroffen waren Kinder, deren Kita oder Gruppe für längere Zeit ganz geschlossen war.

**Experten sagen, dass die langen Schulschließungen ein Fehler waren, wie würden Sie das einschätzen?**

Das würde ich auch so sagen. Den Kindern ist viel verloren gegangen an Lernzeiten, und wir wissen nicht, wie das wieder aufgeholt werden soll. Die jüngste Bildungsstudie über Kinder zum Ende der Grundschulzeit zeigt, wie hoch der Anteil derer ist, die nicht einmal die Minimalstandards erfüllen. Das ist eine gewaltige Hypothek für die Kinder und die Gesellschaft.

**Gibt es so etwas wie ein Corona-Trauma, das längerfristig wirkt?**

Wenn Kinder gravierende Bilder vor Augen haben, etwa von sterbenden Angehörigen, kann das zu einer längerfristigen Belastung führen. Das Problem ist aber eher die schleichende Veränderung des sozialen Miteinanders, die für Kinder sehr belastend war und ihnen noch länger zu schaffen macht. Die COPSYS-Studie zeigt einen starken Anstieg der Belastung bei den sogenannten Peer-Beziehungen, also bei der sozialen Gesundheit. Viele Kinder und Jugendliche haben berichtet, dass sie mit ihren Freunden nicht mehr so gut klarkommen. So etwas wird im jungen Alter eingeübt. In der Kita lernen Kinder zu teilen, zu kooperieren oder sich zurückzuhalten. In

der Grundschule lernen Kinder, mit Leistungsvergleichen umzugehen. Alles das ist weggefallen.

**Für viele Kinder sind Wegmarken wie Geburtstage oder Abschlussfeiern ausgefallen, welche Rolle spielt das?**

Diese Übergangsrituale sind bedeutsame Marker in der Biografie. Jeder hat zu Hause ein Bild von der Einschulung mit Schultüte. Das war plötzlich nicht mehr möglich, die Einschulung fand vor dem Bildschirm statt. Da haben wir unseren Kindern sehr viel abverlangt, einen großen Verzicht. Uns war allen nicht klar, wie gravierend die Folgen sein würden.

**Haben manche Kinder von dem Lockdown womöglich auch profitiert?**

Die Befunde zeigen, dass manche Kinder und Jugendlichen in der frühen Phase der Pandemie erst einmal entlastet waren. Vor allem jene Kinder sind vorübergehend weniger belastet gewesen, die vorher in der Schule negative Erfahrungen gemacht haben, sei es im Leistungsbereich oder mit Gleichaltrigen, also Kinder, die ausgegrenzt oder gemobbt wurden. Für die fiel ja erstmal ein Stressor weg. Auf der anderen Seite gab es keine Chance für korrigierende Erfahrungen, etwa durch eine Lehrperson oder MitschülerInnen, die einen Streit unter Kindern oder Jugendlichen erfolgreich schlichten oder die Schwächeren schützen. Die schlimmen Kommunikationsformen

in Internet hatte auch keiner mehr im Blick.

**Die Pandemie ist vorbei, sind die Probleme damit auch vorbei?**

Nein. Wir haben immer noch einen erhöhten Versorgungsbedarf in der Psychotherapie von Kindern und Jugendlichen. Sportvereine und mehr noch andere Organisationen der Kinder- und Jugendarbeit schließen nur mühsam an die alten Mitgliederzahlen an. Aus der Kinder- und Jugendarbeit höre ich, dass eine ganze Generation an möglichen Gruppenleitern wegfällt, weil sie selbst nie Gruppenmitglied waren. Wir werden genau hinschauen müssen, inwieweit sich der neue Lebensstil verfestigt.

**Welche Lehren sollten wir ziehen?**

Wir haben früh gesehen, dass die von Kindern ausgehenden Infektionsrisiken gering waren, Kinder und Kitas waren keine Auslöser für ein verstärktes Infektionsgeschehen. Aus diesen Erfahrungen hätten wir früher den Schluss ziehen können, dass Kitas und Schulen offen bleiben sollten.

**Wäre es sinnvoll gewesen, Kinder oder Jugendliche vor einem Lockdown in die Entscheidungsfindung einzubinden?**

Unbedingt. Die Schülersprecher haben teilweise gute Ideen gehabt, Infektionsrisiken zu minimieren, aber so, dass nicht alles lahmgelegt wird. Es wäre möglich, in den

Schulen Gremien zu bilden, die Vorschläge machen. Gute Lösungen finden meist diejenigen, die vor Ort die Bedingungen kennen, da sind Kinder ihre eigenen Experten. Der Lockdown war die einfachste Lösung, aber die Folgekosten, die wir uns damit eingehandelt haben, sind viel zu hoch.

**Manche Experten regen einen direkten Draht zwischen Schulen sowie Ärzten und Psychologen an. Wie sinnvoll wäre das aus Ihrer Sicht?**

Die Schule ist der große Treffpunkt für alle. Das ist der Ort, wo wir am besten Prävention, Gesundheitsangebote und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe anbringen können. Daher haben wir schon lange vor der Pandemie angeregt, Gesundheitsfachkräfte in Schulen einzubinden. Das Wissen über gute Ernährung und gesundheitsschädliches Verhalten könnte so vermittelt werden. Ich bin eine Anhängerin von multiprofessionellen Teams in Bildungseinrichtungen.

**Welche Schulnote würden Sie geben für die Pandemiebewältigung im Sinne der Kinder?**

Im Sinne der Kinder maximal ausreichend.

Die Fragen stellte Claus Peter Kosfeld.

Prof. Dr. Sabine Walper ist Psychologin und Vorstandsvorsitzende des Deutschen Jugendinstituts.

# »Das, was mich antreibt«

**ENGAGEMENT** Klimaschutz, gesellschaftlicher Zusammenhalt, faire Löhne: Fünf junge Menschen erzählen, wie sie sich stark machen und warum

## German Dream-Wertebotschafterin

**YASEMIN KAMISLI (22), FRANKFURT:** „Seit zwei Jahren gehe ich bereits regelmäßig in Schulen, um mit Jugendlichen Wertedialoge zu führen. Ich frage immer zuerst: „Was sind eure wichtigsten Werte?“ Anschließend diskutieren wir über alles, was die jungen Leute beschäftigt: Rassismus, Diskriminierung, Gleichberechtigung. Aus diesen Gesprächen gehe ich jedes Mal begeistert raus. Und auch erstaunt, was so junge Menschen schon für Vorschläge haben für die Zukunft dieses Landes. Gesellschaftspolitisches Engagement ist mir sehr wichtig. Neben meiner journalistischen Arbeit ist das etwas, was mich antreibt und erfüllt. Zu German Dream bin ich gekommen, weil ich die Gründerin Düzen Tekkal interviewt habe. Das Anliegen der kurdisch-stämmigen Journalistin und Menschenrechtlerin ist es, Werte wie Toleranz, Demokratie und Freiheit mit Leben zu füllen und zu zeigen: In Deutschland hat jeder eine Chance, aber man muss die Gesellschaft auch aktiv mitgestalten.“



Yasemin Kamisli

Viele der Wertebotschafter und Wertebotschafterinnen haben einen Migrationshintergrund. Auch ich: Mein Vater ist türkisch, meine Mutter deutsch. So bringe eine zusätzliche Perspektive in die Gespräche mit ein. Zudem hilft es, dass ich selbst noch jung bin. Dadurch bin ich näher dran und kann anderen helfen, die sich mit Themen in der Schule zum Beispiel alleine gelassen fühlen. Manchmal wissen Jugendliche einfach nicht, wohin sie sich wenden können, wenn sie zum Beispiel Diskriminierung erfahren – auch wenn es durchaus Hilfsangebote gibt. Cool ist, dass ich auch meine journalistischen Fertigkeiten in mein Ehrenamt einbringen kann. Zum Beispiel drehe ich ab und zu Videos für German Dream, zuletzt über die Wahlen in der Türkei. Ich mache dort gerade ein Praktikum bei einer Nichtregierungsorganisation, während ich parallel meine Bachelorarbeit über die Repräsentation von Minderheiten in den Medien schreibe. Das Thema wird mich sicher weiter begleiten. Genauso wie die Darstellung von Jugendlichen: Man könnte manchmal den Eindruck bekommen, junge Leute hängen nur am Handy und interessieren sich nicht für Politik. Ich werde jedes Mal vom Gegenteil überzeugt, wenn ich als Wertebotschafterin an einer Schule bin.“

## Fridays For Future-Aktivist

**SIMON HOBA (17), DRESDEN:** „Als Corona kam, war ich gerade in England zum Austausch. Verwundert habe ich von dort aus beobachtet, wie die Pandemie mit vereinten Kräften bekämpft wurde, während bei der Klimakrise immer weniger passiert. Als ich nach Deutschland zurückkam, habe ich eine E-Mail an Fridays For Future geschrieben und gefragt, wie ich mich einbringen kann.“



Simon Hoba

Mit etwa 50 Leuten sind wir eine große und sehr aktive Ortsgruppe. Ich mache viel im Bereich Presse und Social Media, spreche mit Journalisten, poste auf Twitter und Instagram. Neulich waren wir in der Lausitz und haben da ein Video im Siegfried-und-Roy-Stil gedreht, in dem Leute mit Plakaten hinter einem goldenen Zaubertuch auftauchten. Das haben hunderte Leute angeschaut. Natürlich gibt es dann auch Anfeindungen in den Kommentaren, vor allem von rechter Seite. Aber andererseits ist Social Media wirklich eine großartige Chance, viele Leute zu erreichen – auch solche, die sonst vielleicht gar nicht wüssten, wofür wir stehen. Mir ist es sehr wichtig, dass wir nicht nur eine kleine Teilgruppe ansprechen, sondern wirklich die Masse auf die Straße bringen. Klimaschutz ist kein linkes oder junges Thema, Klimaschutz ist für alle wichtig. Je mehr Leute wir dafür mobilisieren, desto mehr Druck können wir auf die Politik ausüben, geltende Verträge einzuhalten. Für mich war der globale Klimastreik am 3. März ein Wahnsinneserlebnis. Ich habe dort mit Leuten gesprochen, die zum ersten Mal auf einer Demo waren und die gesagt haben: Wir haben wenig mit Politik am Hut, aber wir merken, dass hier was richtig falsch läuft. Ich habe aber auch mit Leuten geredet, die seit 2019 auf jede Demo gehen, die immer weiter machen. Dieses gemeinsame Engagement hat mich enorm begeistert. Beeindruckend waren auch Gespräche mit Politikerinnen und Politikern, die ehrlich zugegeben haben, noch nicht genug zu tun, und ernsthaft an einem Austausch interessiert waren. Ich habe gerade mein Abitur gemacht und will jetzt in Berlin Volkswirtschaftslehre studieren. Perspektivisch hätte ich auf jeden Fall Lust, selbst in die Politik zu gehen, um im Bereich Klima etwas zu bewirken.“

## FSJlerin bei Schüler Helfen Leben

**KIRA HORN (19), NEUMÜNSTER:** „Jugendliche für Jugendliche – darum geht es bei der Organisation Schüler Helfen Leben (SHL), die mit Projekten Jugendengagement vor allem in Südosteuropa, inzwischen aber auch in der Ukraine fördert. Kennenlernen habe ich SHL, als ich als Mitglied der Schülervertretung an meiner Schule den Sozialen Tag organisiert habe. Das ist ein jährlicher Aktionstag: Schülerinnen und Schüler können an diesem Tag in einem Unternehmen arbeiten. Das Geld, das sie dabei verdienen, spenden sie, und davon werden die Projekte im Ausland finanziert. Ein junger Mann, der gerade sein Freiwilliges Soziales Jahr (FSJ) machte, hat mich zu einem SHL-Seminar eingeladen. Ich habe mich sofort wohl gefühlt: Da waren so viele coole engagierte junge Leute und ich hatte gleich das Gefühl, eine Stimme zu haben, die gehört wird. Tja, und so bin ich nach der Schule selbst als FSJlerin bei Schüler Helfen Leben gelandet. Gleich zu Beginn meines FSJs durfte ich nach Moldau reisen, wo wir seit Ausbruch des Ukrainekriegs Nothilfe für Flüchtlinge leisten. Damit gerade die Kinder nicht dauerhaft in Notunterkünften leben müssen, hat Schüler Helfen Leben gemeinsam mit Partnern leerstehende Häuser renoviert. Auf einer Rundreise zusammen mit anderen FSJlern durch Serbien, Bosnien, Kosovo und Nordmazedonien habe ich auch unsere anderen Projekte vor Ort kennengelernt, Jugendzentren zum Beispiel und Jugendmagazine – ein krasses Highlight. Die Leute waren so nett, obwohl sie es oft schwerer haben, sich gesellschaftlich einzubringen. Es gibt dort viel weniger Förderung und Strukturen als hier in Deutschland. Zu sehen, wofür wir das alles machen, war auf jeden Fall sehr motivierend. Im Moment bin ich mit dem Sozialer-Tag-Mobil bundesweit unterwegs: Meine zwei Kolleginnen und ich besuchen Schulen, stellen unsere Arbeit vor und



Kira Horn

geben Workshops, etwa zum Thema Klimaschutz. Das Beste daran ist, wenn ich merke, dass wir Kinder zum Nachdenken anregen können, dass sie etwas mitnehmen aus dem Workshop. Nach meinem FSJ will ich Soziologie und Politikwissenschaften studieren. Bei Schüler Helfen Leben werde mich auf jeden Fall weiter engagieren.“

## Jüngster Bürgermeister

**HANNES LANGER (23), RIEPE:** „Im Rahmen einer Klassenfahrt habe ich 2015 den SPD-Abgeordneten aus unserem Wahlkreis im Bundestag besucht. Anschließend habe ich ihm geschrieben, dass ich Interesse hätte, mich zu engagieren. Ich bekam einen langen Antwortbrief – mit Beitrittsformular. So landete ich in der Partei: Ich wurde in meiner ostfrisischen Heimatgemeinde Juso-Vorsitzender und in den Gemeinderat entsandt als beratendes Mitglied. Da habe ich gelernt, wie Kommunalpolitik funktioniert. Und fand das spannend. Denn da geht es ja wirklich um das, was direkt vor der Haustür passiert: Soll die Schule trotz sinkender Schülerzahlen bleiben? Wo kommt ein Spielplatz hin? Nach dem Abi habe ich eine Ausbildung als Verwaltungsfachangestellter gemacht und dabei ich noch mal ganz andere Einblicke in die Kommunalpolitik bekommen. 2021 habe ich dann für den Gemeinderat kandidiert und schließlich das Amt des Ortsbürgermeisters übernommen. Damit bin ich aktuell wohl Deutschlands jüngster Bürgermeister, für 2.200 Leute zuständig und im Prinzip für alles Ansprechpartner – von Feuerwehr und Schützenverein bis zu Beschwerden von Leuten, deren Nachbarn die Hecke zu weit hat über den Zaun wachsen lassen.“



Hannes Langer

Natürlich erfahre ich auch Kritik. Wenn ich mich für einen Jugendplatz einsetze, passt das nicht jedem. Da kommen auch mal böse E-Mails. Vor Kurzem hat der NDR über mich berichtet. Darunter standen auch Kommentare wie „Der sieht aus wie 50, nicht wie 23!“ Man muss schon einiges aushalten. Aber zum Glück habe ich in acht Jahren Parteiarbeit ein dickes Fell entwickelt. Was mich freut: Wenn ich jetzt durch Riepe fahre, kommen die Leute auf mich zu, wollen mit mir über ihre Ideen sprechen. Viele freuen sich, dass jetzt ein junger Mensch im Amt ist und frischen Wind reinbringt. Vor Kurzem habe ich ein Online-Tool vorgeschlagen, um Vorschläge für Straßennamen im geplanten Neubaugebiet einzusammeln. Das kam sehr gut an: Familien haben diskutiert, der Enkel hat seiner Oma geholfen, ihren Vorschlag digital einzureichen. Mir ist wichtig, dass man nicht nur kritisiert, sondern versucht, gemeinsam zu Entscheidungen zu kommen.“

## DGB-Jugend-Gewerkschafter

**BASTIAN KÄSBAUER (23), REGENSBURG:** „Okay, das hört sich erst mal nicht verkehrt an, habe ich gedacht, als sich damals die Jugend- und Auszubildendenvertretung vorgestellt und das Konzept Gewerkschaft erklärt hat. Das war 2016, und ich hatte gerade meine Ausbildung zum Fertigungsmechaniker bei BMW angefangen. So bin ich selbst Mitglied geworden. Als Vertrauensperson, zu der mich meine Ausbildungsgruppe gewählt hat, habe ich mich viel mit anderen ausgetauscht und gesehen, was gut läuft und was schlecht. Später wurde ich auch im Ortsjugendausschuss der IG Metall aktiv und kam zum DGB, der ja der Dachverband aller Gewerkschaften ist. Die DGB Jugend ist mehr als eine betriebliche



Bastian Käsbauer

Interessensvertretung. Wir haben politische Ziele und wir positionieren uns zu Fragen, die wir wichtig finden. Zum Beispiel die Vier-Tage-Woche. Dafür brennen an der Basis gerade viele junge Leute. In den Medien heißt es oft, dass die Jugend weniger Bock auf Arbeit hat. Aber das stimmt so nicht. Die Realität ist doch vielmehr, dass in Deutschland der Aufstieg durch Bildung oft schlecht funktioniert. Auch die Reallöhne stagnieren schon ziemlich lange. Die Karriere im Unternehmen hat so für viele Leute an Bedeutung verloren. Egal, wie sehr sie sich in ihrem Job anstrengen, sie wissen nicht, ob sie sich irgendwann ein Haus leisten können, oder ob ihre Rente sicher ist. Und das alles, während die Produktivität durch die Decke geht! Ich bin überzeugt: Wenn man die Leute an dem, was sie da erwirtschaften, teilhaben lassen will, dann braucht es eine Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich. Meine Wahrnehmung ist, dass viele junge Leute zwar Problemlagen erkennen und ein krasses Ungerechtigkeitsgefühl haben. Aber sie resignieren schnell, sie denken, es verändert sich eh nichts. Am 1. Mai haben wir in unserer Jugendrede auf der Demo versucht, klarzumachen, dass das eine selbsterfüllende Prophezeiung ist: Wenn alle den Kopf in den Sand stecken, verändert sich natürlich wirklich nichts. Es braucht schon Leute, die Handlungsspielräume wahrnehmen und zu nutzen wissen.“

Die Gespräche aufgezeichnet hat Julia Karnahl. Sie ist Redakteurin bei der Agentur jungvorweg. ||

## Jung, politisiert – und engagiert?

**PARTIZIPATION** Lange haftete der Jugend der Ruf an, unpolitisch zu sein. Das hat die „Generation Greta“ geändert – doch Nachwuchssorgen der Parteien bleiben

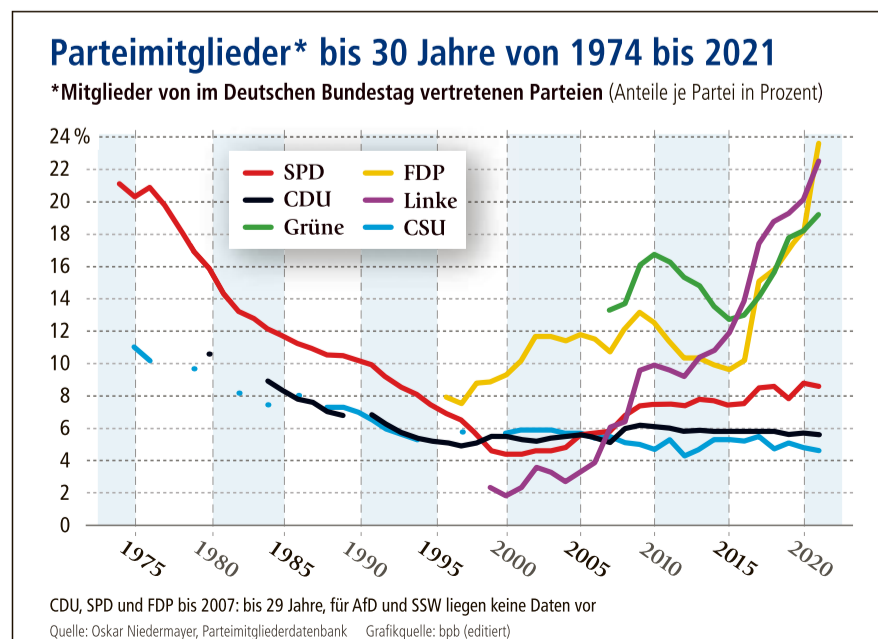
Jugend und Politik – ein schwieriges Verhältnis: Junge Menschen engagierten sich nur wenig, seien zunehmend politik- und parteienverdrissen, so ein Vorwurf, der ihnen gerade von den Älteren in Politik und Wissenschaft bis vor gar nicht langer Zeit immer wieder entgegengehalten wurde. Eine geringere Wahlbeteiligung und rückläufige Mitgliedschaften in Verbänden, Gewerkschaften und Parteien schienen das Desinteresse zu belegen: Tatsächlich war die Wahlbeteiligung der 21- bis 25-Jährigen, ausgehend von einem Spitzenwert von fast 90 Prozent bei der Bundestagswahl 1972, sukzessive gesunken und hatte 2009 mit nicht einmal 60 Prozent einen Tiefpunkt erreicht. Auch bei den Volksparteien schrumpfte die Zahl der jungen Mitglieder: Gehörte Mitte der 1970er-Jahre noch ein Fünftel der SPD-Mitglieder zu den Jüngeren, sank ihr Anteil auf nur gut vier Prozent Anfang der 2000er Jahre. Bei CDU und CSU halbierte sich der Anteil der jüngeren Mitglieder zwischen 1975 und 2004. Umfragen zum politischen Interesse bestätigten den Trend: Die Shell-Jugendstudie, die bereits seit 1953 alle vier Jahre Sichtweisen, Werte und Erwartungen von Jugendlichen erkundet, verzeichnete 2002 einen historischen Tiefstand: Nur 34 Prozent

der befragten 12- bis 25-Jährigen bezeichneten sich selbst als „politisch interessiert“. 2006 prognostizierte die Studie gar eine zunehmend entpolitisierte „Generation Z“, zu der Menschen gezählt werden, die zwischen 1995 und 2010 geboren wurden. **»Generation Greta«** Seit den ersten Großdemonstrationen von Fridays For Future ist dieses Bild jedoch der „Generation Greta“ gewichen – einer Jugend, die – gleich der schwedischen Klimaaktivistin Greta Thunberg – ihre Interessen auf der Straße und in den Medien lautstark vertritt. Diese Wahrnehmung stützt auch die zuletzt 2019 erschienene Shell-Jugendstudie: 41 Prozent der Befragten bezeichneten sich als „politisch interessiert“. Bei der Bundestagswahl 2021 stieg auch die Wahlbeteiligung der jüngeren Generationen deutlich: Die der 21- bis 24-Jährigen so etwa von 67 auf 71,2 Prozent. Und: Laut einer 2022 erschienenen Studie der Bundeskanzler-Helmuth-Schmidt-Stiftung zum politischen Informationsverhalten und Engagement junger Menschen informiert sich fast jeder Dritte unter 25 Jahren täglich zu politischen Themen, nahezu die Hälfte der jungen Menschen immerhin wöchentlich. Eine Trendwende, die Fachleute wie den Jugend- und Bildungsforscher Klaus Hur-

relmann nicht verwundert: Es bestehe ein Zusammenhang zwischen beruflichen Perspektiven und dem politischen Interesse, erklärt der Professor an der Hertie School in Berlin, seit gut 20 Jahren Autor der Shell-Studie. „Sind die beruflichen Ausichten düster, konzentrieren sich Jugendliche auf ihr eigenes Fortkommen.“ Seien die Perspektiven dagegen gut, wie in den vergangenen Jahren, sei „der Blick frei auf Probleme des sozialen und politischen Gemeinwesens“, so Hurrelmann. Angesichts des Fachkräftemangels und der somit hervorragenden Chancen von jungen Men-

schen auf dem Arbeitsmarkt könne grundsätzlich weiter mit einem hohen politischen Interesse gerechnet werden. Ein „interessantes Phänomen“ sei zudem, dass zuletzt auch Parteien wieder von der Entwicklung profitieren konnten, meint der Soziologe. Während junge Menschen eher nicht-institutionelle Beteiligungsformen zu wählen schienen, also statt eines dauerhaften ein punktuell Engagement wie die Teilnahme an einer Demo, einer Unterschriftensammlung oder einem Online-Protest, seien als Reaktion auf die Wahl von Donald Trump und den Brexit 2016 wieder mehr junge Menschen in Parteien eingetreten. Gerade FDP, Die Linke und die Grünen hätten so mehr neue Mitglieder dazugewonnen. **Wahlkampfeffekt** Die Mobilisierung durch den Bundestagswahlkampf 2021 hat ihre Zahl sogar auf ein Allzeithoch steigen lassen: Erstmalig sind die Jüngeren bei den Liberalen mit 23,6 Prozent, bei den Linken mit 22,5 Prozent sogar überrepräsentiert, zeigen Analysen des Parteienforschers Oskar Niedermayer. Anders sei die Situation bei den „klassischen Volksparteien“: „Während sich die Grünen und die FDP mit Themen wie Klimaschutz und Digitalisierung profilieren

konnten, wirkten die SPD und die Union im Vergleich dazu eher konturlos“, sagt Klaus Hurrelmann. Doch Nachwuchssorgen bleiben wohl künftig allen Parteien erhalten. Die geweckten Erwartungen müssten im politischen Alltag erfüllt werden, mahnt der Jugendforscher. Sonst drohe Enttäuschung. Das Vertrauen in die Problemlösungsfähigkeit der Parteien sei ohnehin nicht groß. In der Coronakrise fühlten sich Junge von der Politik vernachlässigt und nicht gehört. Den Realitätsstest scheinen die Regierungsparteien aktuell nicht gut zu bestehen: Umfragen zeigten, dass FDP und Grüne in der Gunst der jungen Zielgruppe zuletzt deutlich abgesackt seien, so Hurrelmann. Die SPD sei zwar nicht so stark, doch sie könne wiederum kaum Profit daraus schlagen, dass sie mit mehr jungen Abgeordneten im Bundestag vertreten ist als je zuvor. Es herrsche „Katerstimmung“, diagnostiziert Hurrelmann. Sorgen macht dem Soziologen auch eine andere Stimmung, die sich in Jugend-Befragungen ablesen lässt: verstärkte Angst- und Ohnmachtsgefühle angesichts multipler, als existenzbedrohend empfundenen Krisen. Denn: Wer sich blockiert und handlungsunfähig fühle, so Hurrelmann, neige eher nicht dazu, politisch aktiv zu werden. Sandra Schmid ||







Festes Schuhwerk, weite Röcke: Ein Gruppe Wandervogel-Mädchen 1913 beim gemeinsamen Musizieren im Wald.

© picture-alliance/ullstein bild / Conrad Huenrich

# Skepsis und Sehnsucht

**RÜCKBLICK** Vom Wandervogel bis zu Fridays for Future: die Geschichte der Jugendbewegungen im Zeitraffer

Junge Menschen erwarten, dass ihre Fragen ernst genommen werden. Sie sind unbequem und begehren auf. Das galt für das späte 19. und für das 20. Jahrhundert, es gilt auch für das 21. Jahrhundert. Manche ihrer gegenwärtigen Ängste und Hoffnungen spiegeln Herausforderungen wider, die schon um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert aktuell waren. Mit anderen Worten und in einer historischen Langzeitperspektive gesehen: Skepsis gegenüber der Wertorientierung an einem ungebremsten „Höher, schneller, weiter“ verband sich bereits vor mehr als 100 Jahren mit dem Wunsch, in Einklang mit Natur und Umwelt zu leben. Beides stand um 1900 im Mittelpunkt vielfältiger Reformbestrebungen, ohne die der Aufbruch einstiger Jugendbewegter im Wandervogel nicht denkbar ist.

Wer zurückblickt, mag an eigene Jugenderfahrungen denken oder geneigt sein, Jugendbewegungen des 21. Jahrhunderts mit denen vergangener Epochen in Beziehung zu setzen, sie zu vergleichen. Die Umstände, unter denen Jugendliche aufwachsen und aufwachsen, unterscheiden sich jedoch in vielfältiger Weise. Sie sind altersgruppenspezifisch, an soziale Verhältnisse und beispielsweise auch an unterschiedliche Bedingungen des Aufwachsens von Mädchen und Jungen gebunden.

**Um 1900** Um die Wende vom 19. zum 20. Jahrhundert setzte sich die Auffassung durch, Jugend sei nicht nur ein Übergangsstadium zwischen Kindheit und Erwachsensein, sondern eine eigenständige Lebensphase. Es gelte, Heranwachsende zu schützen und ihnen Entfaltungsspielräume einzuräumen. Gleichzeitig richtete sich der Blick auch auf prekäre und ungesunde Lebensverhältnisse vieler Mädchen und Jungen in den Städten und ihre Gefährdungen, beispielsweise durch Nikotin- und Alkoholkonsum. Die Jugendbewegten Anfänge um 1900 fügten sich in ein breites Spektrum kulturkritischer und lebensreformierender Initiativen ein. Ihre Initiatoren und Mitstreiter warben mit Stichworten wie „Licht, Luft und Sonne“ für Breitensport, Freibäder, das Wandern in freier Natur, gesunde Ernährung und anderes mehr. Im Wandervogel fanden vor allem höhere Schülerinnen und Schüler, also aus bürgerlichen Verhältnissen stammende Heranwachsende Möglichkeiten, sich der Kon-

trolle sowie Drill- und Gehorsams-erziehung in Elternhaus und Schule zu entziehen. In kleinen Gemeinschaften Gleichaltriger unternahm sie Ausflüge, übernachteten bei Bauern in Scheunen und wählten sich einfache Unterkünfte in ländlicher Umgebung für regelmäßige Treffen, bei denen sie am offenen Feuer sangen und tanzten. Jugendbewegte junge Männer trugen unter anderem Schillerkragen, die Mädchen weite Röcke und Mädchen wie Jungen feste Wanderschuhe. Sie widersprachen gesellschaftlichen Konventionen, ertreten Kritik, fanden aber auch Anerkennung. Zeitgleich schlossen sich auch proletarische Jugendliche zusammen. Von Beginn an lebten sie in einem gewissen Zwiespalt zwischen dem Wunsch, nach eigenen Vorstellungen und dem Wissen, dass sie Teil eines sozialen Milieus und dessen Organisationen waren. Sie waren Jugendliche und zugleich Lehrlinge oder Arbeiter, die im Kampf um die Verbesserung ihrer Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbeding-

**Manche gegenwärtigen Ängste und Hoffnungen waren schon um 1900 aktuell.**

ohne Kontrolle Erwachsener ihre freie Zeit zu verbringen, und dem Wissen, dass sie Teil eines sozialen Milieus und dessen Organisationen waren. Sie waren Jugendliche und zugleich Lehrlinge oder Arbeiter, die im Kampf um die Verbesserung ihrer Ausbildungs-, Arbeits- und Lebensbeding-

ungen auf die Unterstützung von Partei und Gewerkschaften angewiesen waren. Besonders die Tatsache, dass Mädchen und Jungen gemeinsam unterwegs waren, nährte den Verdacht, sie könnten moralisch gefährdet sein.

**Weimarer Republik** In den Jahren zwischen 1918 und 1933 gab es einerseits hoffnungsvolle Initiativen auf dem Gebiet der Jugendwohlfahrt und Jugendpflege, andererseits warfen die Folgen des Ersten Weltkriegs, politische und wirtschaftliche Krisenscheinungen einen tiefen Schatten auf das Leben und die Perspektiven Heranwachsender. Die Jugendbewegungslandschaft der Weimarer Republik umfasste eine schier unüberschaubare Zahl von Gruppen, Abspaltungen und Neugründungen. Manche Gruppierungen waren mehr, andere weniger an Selbstbestimmung orientiert, sondern ausgesprochen hierarchisch gegliedert. Auch weltanschaulich war das Feld unübersichtlich, nicht selten erschwerten politische Richtungswechsel eine Einordnung in „links“ und „rechts“. Zur im weiteren Sinne „bewegten“ Jugend der 1920er Jahre sind überdies lockere Zusammenschlüsse Heranwachsender zu zählen, die in subkulturellen großstädtischen Milieus angesiedelt waren. Sie trafen sich

auf der Straße oder auf Jahrmärkten, besuchten, sofern es für sie finanziell möglich war, Kinos und Tanzveranstaltungen, rauchten und tranken Alkohol. Sie machten aber auch Ausflüge in die Natur. Ihre Selbstinszenierungen umfassten ein breiteres Spektrum kreativer Ausdrucksmöglichkeiten. Beispielsweise trugen sie Cowboyhemden oder Lederhosen mit Hosenträgern und signalisierten auf diese Weise ihr Autonomieverständnis. „Wilde Cliques“ provozierten und galten als bedrohlich für Sicherheit und Ordnung.

**Nachkriegszeit** Das Spektrum jugendbewegter Haltungen und Verhaltensweisen zwischen 1933 und 1945 ist ausgesprochen breit. So gab es nonkonformes Verhalten, Widerständigkeit im engeren Sinne und andererseits unauffällige Anpassung sowie schließlich auch – zumindest zeitweise – überzeugtes aktives Mitmachen im Dienste des NS-Regimes. Nach 1945 wurden im Westen jugendpflegerische und pädagogische Positionen der 1920er Jahre wieder aufgenommen; sozial- und bil-

dungspolitisch kam Bewegung in die Gesellschaft. Erziehungsgrundsätze mit langer Tradition wie Gehorsam und Härte gerieten allmählich ins Wanken. Westeuropäische und US-amerikanische Einflüsse gewannen große Bedeutung. Teenager orientierten sich an neuen Vorbildern in Musik und Mode.

**Rock'n Roll** spielte bei den Halbstarckenkrawallen der 1950er Jahre eine zentrale Rolle. Deutschlandkonzerte von Bill Haley etwa mündeten 1958 in Saalschlachten zwischen Jugendlichen und der Polizei. Forderungen nach hartem Durchgreifen wurden laut. Beteiligt waren meist männliche Jugendliche im Alter von 14 bis 25 Jahren, junge Arbeiter und Handwerkslehrlinge, kaum Gymnasiasten. Es brach sich eine breite Unzufriedenheit gegen eine autoritäre, aber nicht mehr glaubwürdige Vätergeneration Bahn, die als Generationenkonflikt gedeutet wurde. Seit dieser Zeit spätestens setzte sich die Auffassung durch, dass Protest und Jugend zusammengehörten.

Ungeachtet ideologischer Verhärtung politischer Positionen in Ost und West in den Jahren des Kalten Krieges entwickelte sich nicht zuletzt über die Rezeption westlicher Rock- und Pop-Musik in der DDR jugendlicher Protest gegen den kommunistischen staatlichen Machtanspruch und den Erziehungsanspruch der Freien Deutschen Jugend, der FDJ. Jugendliche, die sich ideologisch verordneten Vereinnahmungen entziehen wollten, trafen sich in ihrer Freizeit beispielsweise in „Meuten“. Diesen Begriff entlehnten sie von nonkonformen Gruppen der NS-Zeit, den „Leipziger Meuten“, welche durch Kleidung und musikalische Vorlieben jenseits des offiziell Erwünschten selbstbestimmte Freiräume für sich reklamierten hatten.

**Umbruch „1968“** wurde bekanntlich zu einem vielbeachteten Generationenlabel, an den Studentenprotesten der 1960er Jahre war jedoch lediglich ein kleiner Teil jugendlicher und junger Erwachsener in den damaligen Umbruchjahren aktiv beteiligt. Kritische Fragen an die NS-Vergangenheit ihrer Eltern haben zwar viele von ihnen gestellt, sie waren jedoch keine Aktivist:innen, wie wir heute sagen würden. Kaum in Erinnerung geblieben ist die Lehrlings- und die Schülerbewegung, das Aufbegehren der „Kinder, die nach der Revolte kamen“. Ein Beispiel: Ende der 1960er, Anfang der 1970er Jahre

wurde in Innenstädten mit „Rote-Punkt-Aktionen“, die viel Zustimmung fanden, gegen Fahrgelderhöhungen im öffentlichen Nahverkehr demonstriert. An der Spitze der Bewegung standen Schülerinnen und Schüler sowie junge Auszubildende.

**Jugendkulturen heute** In Jugendbewegungen schlossen und schlossen sich Heranwachsende und junge Erwachsene zusammen, um sich untereinander auszutauschen, die Freizeit – und ein Lebensgefühl – miteinander zu teilen und/oder ihren Wünschen, Hoffnungen und Forderungen Ausdruck zu geben. Seit geraumer Zeit wird zumeist von Jugendkulturen gesprochen. Auf diese treffen zumeist ähnliche Beschreibungsmerkmale zu wie auf die meisten neuen sozialen Bewegungen, zum Beispiel der Friedens-, der Anti-Atomkraft- und Dritte-Welt-Bewegung: Die Mitglieder finden sich in ihnen locker, unverbindlich, temporär und ohne feste organisatorische Strukturen zusammen.

Für gegenwärtige Beobachtungen gilt es, zwischen globalisierungskritischen Akteuren und spezifischen Anliegen der Fridays for Future zu unterscheiden. Koalitionen letzterer mit ersteren ergeben sich wohl zumeist, wenn der Rahmen passt, also Einiges zusammenkommt: etwa schwindendes Vertrauen in die Politik, spürbare Folgen von Klimaveränderungen oder Auswirkungen von Kriegen auf Energie- und Lebensmittelpreise. Manche Aktionsformen wie Menschenketten oder Sitzblockaden haben eine lange Tradition, neu sind hingegen Social-Media-Vernetzungen, die ältere Protestbewegungen noch nicht kannten.

**Kaum wahrgenommen** Zahlreiche Jugendliche schlossen und schlossen sich keiner Bewegung oder jugendkulturellen Szene an. Viele wurden und werden kaum angemessen wahrgenommen, weil sie nicht öffentlich auf sich aufmerksam machen und machen. Es heißt, in der Diskussion um Jugendfragen „vergewisserten“ sich Gesellschaften „der Probleme ihrer eigenen Zukunft, des Fortbestandes ihrer eigenen Werte und Verhaltensweisen, ihrer Hoffnungen und Wünsche“. Eine der zentralen zivilgesellschaftlich demokratischen Aufgaben dürfte sein, ernst zu nehmen, was Jugendliche in ihren unterschiedlichen Lebenslagen bewegt, und auf ihre Zukunftsfragen überzeugende Antworten zu finden.

Barbara Stambolis ■  
Die Autorin ist Professorin in Neuerer und Neuester Geschichte mit kultur- und sozialgeschichtlichen Forschungsschwerpunkten.



Demonstranten im Mai dieses Jahres bei einer „Fridays for Future“-Kundgebung in Dresden

© picture-alliance/dpa/Sebastian Kahnet

Seit Wochen wehen wieder die Regenbogenfahnen überall im Land; vor Bahnhöfen und Rathäusern oder sie hängen in den Schaufenstern von Geschäften. Unternehmen werben allerorten mit ihrer offenen Einstellung und drucken den Regenbogen, das Zeichen der LSBTIQ-Community (Begriffsdefinition siehe Stichwortkasten), auf Produktetiketten oder Werbelakate.

Und auch auf Deutschlands Straßen wurde es bunt: Hunderttausende Menschen feierten in den vergangenen zwei Monaten überall im Land den Christopher Street Day, eine bunte Parade für Offenheit und Toleranz gegenüber der LSBTIQ-Community. Auch der Bundestag zeigt Flagge, im bereits zweiten Jahr wehte die bunt gestreifte Fahne anlässlich der Parade über und vor dem Reichstagsgebäude.

Doch die Lebenswirklichkeit von homo-, trans- oder intersexuellen Menschen ist oft eine andere, als die bunten, fröhlichen Feierlichkeiten einmal im Jahr suggerieren. Die Gesellschaft zeigt sich zwar offen, doch oft genug begegnet sie all jenen, die nicht der Hetero-Norm entsprechen, noch immer mit Ablehnung und Benachteiligung.

Besonders Kinder und Jugendliche leiden stark unter Diskriminierung und Mobbing, wenn sie sich zum Beispiel als schwul oder lesbisch outen – in ihrem familiären Umfeld, aber auch in der Schule und der Gesellschaft. Der Verein „Coming out“ unterstützt junge Menschen in dem Prozess, offen zu ihrer sexuellen Orientierung zu stehen. Laut Angaben des Vereins haben junge LSBTIQ eine vier- bis siebenmal höhere Suizidrate und leiden öfter an Depressionen, Essstörungen und selbstverletzendem Verhalten als ihre Altersgenossen.

**Homophobie an Schulen** Eine Umfrage des NDR unter den 16 Landesschülervertretungen in Deutschland und der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) aus dem vergangenen Jahr zeigte, dass an den Schulen in Deutschland noch immer zu wenig für die Akzeptanz queerer Schülerinnen und Schüler getan wird: „Queerfeindlichkeit, Homophobie, Transphobie und Diskriminierung sind in der Schule leider immer noch Alltag“, sagte dazu Julius van der Burg von der „Landesschüler\*innenvertretung NRW“. Gerade in den unteren Klassenstufen sei das Thema stark tabuisiert und ein Coming-out ohne negative Konsequenzen oft nicht möglich.

Die GEW kritisierte, dass selbst im Sexualkunde-Unterricht queere Themen zu wenig vorkämen. „An den Schulen liegt immer noch der Fokus auf gegengeschlechtlicher heterosexueller Liebe, oftmals gebunden an traditionelle Rollenklischees“, sagte Janina Glaeser aus dem GEW-Hauptvorstand im Zuge der Umfrage.

Doch während die eine Seite mehr Offenheit im Umgang und eine Reform des Sexualkundeunterrichts an Schulen fordert, wollen andere Kräfte genau das Gegenteil. In den USA wird die Debatte über Sexualerziehung in der Schule bereits seit Jahren hitzig geführt; oft befeuert von extrem konservativen, christlichen Gruppen. Und sie schlägt sich sogar in der Gesetzgebung nieder: Im März 2022 hat Ron DeSantis, Gouverneur des US-Bundesstaates Florida und aktuell auch Präsidentschaftskandidat der Republikaner für die Wahl 2024, das als „Don't say gay“ („Sag nicht ‚schwul‘“) bekannte Verbot des Unterrichts über sexuelle Orientierung und Geschlechtsidentität von der Grundschule bis zur Klasse 12 ausgeweitet.

Unterstützt des Gesetzes argumentieren, dass es jeder Familie freigestellt sein müsse, über das Thema zu Hause zu sprechen und damit die Kontrolle darüber zu behalten,



Farbe bekennen für eine offene Gesellschaft: Jugendliche beim evangelischen Kirchentag in Nürnberg © picture-alliance/epd-bild/T. Wegner

# Lieb' doch, wen du willst?

## SEXUELLE ORIENTIERUNG LSBTIQ-Jugendliche leiden häufig unter Diskriminierung und Mobbing

was ihre Kinder erfahren. Diese hätten sie nicht, wenn in der Schule über die verschiedenen Formen der sexuellen Orientierung informiert werde. Kritikerinnen und Kritiker wiederum befürchten Zensur, eine weitere Marginalisierung der Minderheit und negative Folgen für die rund 114.000 queeren Jugendlichen, die nach Angaben des „Time Magazine“ in Florida leben.

**Hochumstrittene Thesen** Auch in Deutschland wird seit einigen Jahren von seiten rechtspopulistischer und christlich-konservativer Vereine in diese Richtung argumentiert. So fand im Jahr 2015 die „Demo für alle“ statt und es wurde eine Petition gestartet, um die „Abwertung und Gefährdung“ der traditionellen Familie und der Ehe zwischen Mann und Frau aufzuhalten. Kinder und Jugendliche würden durch die Thematisierung von sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Unterricht „umerzogen“ und „frühsexualisiert“. Der Begriff der „Frühsexualisierung“ taucht seitdem vermehrt auf und wird auch von Politikerinnen und Politikern benutzt.

Die Webseite „genderdings.de“ des Berliner Dissens-Instituts für Bildung und Forschung definiert die Theorie der „Frühsexualisierung“ so: „Damit ist gemeint, Kinder und Jugendliche würden durch die Beschäftigung mit Sexualität, sexueller und geschlechtlicher Vielfalt im Schulunterricht überfordert. Sie würden in ihrer sexuellen und geschlechtlichen Identität verunsichert und sogar homosexuell gemacht.“ Diese letzte Annahme ist so falsch wie beispielsweise die lang vertretene These, Homosexualität sei eine „Krankheit“ die man mittels Elektroschock-Therapie heilen könne. Auch Teile der AfD fürchten, dass Sexualkundeunterricht, der über alle Formen der sexuellen Orientierung aufklärt, zu einer „Umerziehung“ führt. In ihrer „Magdeburger Erklärung“ forderten Landtagsabgeordnete der Partei 2016 deshalb eine Eingrenzung des Unterrichts: „Eingedenk der hohen Bedeutung der Familie [...] wenden wir uns [...] entschieden gegen alle Versuche, andere Formen des Zusammenlebens und Sexualverhaltens gleichwertig neben Ehe und Familie zu stellen.“ *Elena Müller*

### > STICHWORT

**LSBTIQ+, queer und cisgender**

> **LSBTIQ+** Unter dem Akronym versammeln sich lesbische, schwule, bisexuelle, trans, inter und queere Menschen. Es gibt unterschiedliche Kombinationen, die auch vom jeweiligen Sprachraum abhängig sind. Häufig werden zudem Sternchen (\*) oder Pluszeichen (+) verwendet, um möglichst alle Menschen in die Bezeichnung einzuschließen.

> **Nicht heteronorm** Als „queer“ bezeichnen sich alle Menschen, deren sexuelle Orientierung nicht heterosexuell ist sowie Menschen mit Geschlechtsidentitäten, die nichtbinär oder nicht-cisgender sind.

> **Biologisches Geschlecht** Cisgender Menschen sind all jene, die in dem Geschlecht leben, das nach ihrer Geburt verkündet wurde.

# »Sexting ist per se nichts Verwerfliches«

MEDIEN Pädagogin Bode über Freiheit und Verbote

*Frau Bode, wenn Jugendliche Nachrichten auf dem Handy verschicken, sogenannte Sexting, das kann per se nichts Gutes sein, oder?*

Es ist als erstes ganz wichtig, den Begriff Sexting genau zu definieren. Denn im gesellschaftlichen Diskurs werden Begriffe oft vermischt. Wenn von Sexting gesprochen wird, wird der Begriff oft unendifferenziert genutzt und mit Begriffen wie Cybergrooming oder Sextortion vermischt. Hinter Sexting, also dem freiwilligen und privaten Versenden von erotischem Material, kann auf jeden Fall auch etwas Gutes stecken. Ich würde mich bei der Definition gerne an die der Wissenschaftlerin Nicola Döring anlehnen. Sie beschreibt Sexting als den privaten und einvernehmlichen Austausch von selbstproduziertem erotischem Material - vor allem Bildern und Videos - sogenannten Sexts, zwischen zwei Personen über digitale Medien. Wichtig dabei ist, dass der Inhalt der Sexts privat ist, einvernehmlich und freiwillig selbst produziert wurde; zudem impliziert er nicht unbedingt Nacktheit. Im Bereich von Jugendlichen ist Sexting rechtlich erlaubt, wenn beide Personen mindestens 14 Jahre und noch nicht 18 Jahre alt sind. Es ist also erst einmal eine Ausdrucksform von Sexualität, also per se nichts Verwerfliches. Sexting kann für Jugendliche einen Beitrag zur Entwicklung der eigenen Sexualität und zur Identitätsbildung leisten.

*Aber doch hängt dem Sexting irgendwas ein schmutziger, gar gefährlicher Ruf an...*

Da liegt daran, dass wir es oft nur thematisieren, wenn es „schieffgegangen“ ist. Also wenn Sexts unter Jugendlichen unerlaubt weitergeleitet wurden, zum Beispiel in den Klassenchat, und es infolgedessen zu massiven negativen Auswirkungen für die betroffene Person kommt. Außerdem ist es ein Problem, wenn wir aus einer adultistischen Perspektive über das Thema sprechen. Wenn also Erwachsene eine Meinung zu etwas haben und es vielleicht verurteilen, obwohl sie sich nicht wirklich damit auskennen. Damit suggeriere ich den Jugendlichen unter Umständen, dass es grundsätzlich nicht in Ordnung ist, was sie tun. Aber Kinder und Jugendliche haben ein Recht auf digitale Teilhabe, auch im sexuellen Bereich. Doch sie haben auch ein Recht auf die nötige Medienkompetenz, um sie vor Missbrauch bestmöglich zu schützen - durch ihre eigene Kompetenz und die der Erwachsenen um sie herum.

*Was braucht es für diese Medienkompetenz?*

Man muss genau besprechen: Was ist eigentlich Sext, was ist nicht ok, wie ist die gesetzliche Regelung? Es geht darum, zu differenzieren und gemeinsam Grenzen zu setzen. Gleichzeitig muss man Kinder und Jugendliche im Sinne der Kinderrechte befähigen, selbst die richtigen Entscheidungen treffen zu können. Und wenn es zu einem Missbrauch kommt, dann müssen sie genug Vertrauen in die sie umgebenden Erwachsenen haben, um davon zu erzählen, damit sie Unterstützung bekommen. Sexting sollte als ein Teil der Jugendphase gesehen werden. Als zeitgemäße, wenn auch risikoreiche Antwort auf Entwicklungsaufgaben in der Pubertät. Selbstdarstellung, Flirten, Anerkennung in der Peer Group; all das spielt eine Rolle. Sich nur auf den Schutzaspekt zu konzentrieren, indem alles verboten wird, führt dazu, dass die Kinder und Jugendlichen keine Kompetenz in der Risikoeinschätzung lernen.

*Man kann Jugendliche also bestmöglich befähigen, die richtigen Entscheidungen zu treffen. Und doch kann man den Missbrauch nicht verhindern. Sei es das Weiterleiten von Bildern im Klassenchat oder Übergriffe durch erwachsene Straftäter.*

Das stimmt. Dann ist es wichtig, dass erwachsene Ansprechperson etabliert sind, denen die Jugendlichen vertrauen. Und es ist sehr wichtig, das Victim Blaming zu vermeiden, also nicht zu vermitteln: „Du bist ja selbst schuld, dass das die Runde gemacht hat, warum machst du auch solche Fotos von dir.“ Man muss der jungen Person zur Seite zu stehen und vermitteln, dass das Schlimme nicht ist, dass die Fotos angefertigt worden sind, sondern dass sie unrechtmäßig weitergeleitet wurden.

*Was ist mit dem Missbrauch durch Sexualstraftäter? Ist die Teilhabe der Jugendlichen nicht ein Einfallstor für schwere Straftaten?*

So schwer das ist: Missbrauch wird sich kaum ganz verhindern lassen, das ist ja auch in anderen Bereichen der digitalen Welt so. Die einzige Antwort darauf wäre, die absolute Abstinenz zu fordern. Es ist gut, dass das Sexualstrafrecht dahingehend angepasst wurde, um Täter besser zur Rechenschaft ziehen zu können. Und es ist absolut schlimm, dass es diese Taten gibt, ich möchte das nicht relativieren. Aber ich kritisiere, dass Kindern und Jugendlichen, um so etwas zu verhindern, ihr Recht auf digitale Teilhabe abgesprochen wird. Da bleibt natürlich eine kaum aufzulösende Spannung: Inwiefern sorgen wir für den Schutz von Kindern und Jugendlichen, ohne ihre Möglichkeiten im digitalen Kontext einzuschränken und wo müssen wir bei den technischen Schutzmaßnahmen und der Kompetenzförderung nachbessern.

*Was wünschen Sie sich bei diesem Thema vom Gesetzgeber?*

Ich bin der Meinung, das Strafrecht müsste dahingehend angepasst werden, dass weniger schwerwiegende Fälle unter Jugendlichen individuell wegen Geringfügigkeit eingestellt werden können. Momentan fallen Jugendliche auch dann in den Strafrechtsbereich, wenn sie Bilder von Minderjährigen auf dem Handy haben, aber selbst nicht die Schuld daran tragen. Wenn etwa eine Person in einem Messengerdienst ein Bild verschickt und das automatisch heruntergeladen wird, dann habe ich das auf dem Handy, obwohl ich das gar nicht wollte und mache mich wegen des Besitzes von kinderpornografischem Material strafbar. Es sollte mehr Spielraum geben, das zu bewerten. Außerdem sollte es zu einer einheitlichen gesetzlichen Wertung von sexuellem Verhalten Jugendlicher in digitalen und analogen Lebenswelten kommen.

Das Gespräch führte Elena Müller.

### ZUR PERSON

**Larissa Bode, Jahrgang 1996, ist Kinder- und Jugendschutzreferentin bei der AG Kinder- und Jugendschutz Hamburg e.V. Dort ist ihr Schwerpunkt die Prävention digitaler und analoger Gewalt.**

© ag-hamburg

## Die neue Straße ist das Netz

**STREETWORK** Die digitale Lebenswelt gewinnt immer mehr an Bedeutung, doch die Jugendarbeit entwickelt sich nicht im gleichen Tempo mit

Wenn Sozialarbeiterin Maria Richter im Dresdener Süden mit dem Bus der Mobilien Jugendarbeit Prohls unterwegs ist, ist es immer im Gepäck: ihr Dienst-Smartphone. „Digital und analog läuft bei uns parallel - während einer den Bus fährt, postet ein anderer auf unseren Social Media-Accounts, wo wir unterwegs und ansprechbar sind“, erzählt Richter. Die Streetworkerin und ihre beiden Kollegen (Foto) sind im Rahmen des Projekts der Mobilien Jugendarbeit Dresden-Süd unterwegs, um in den Stadtteilen Gesprächs- und Beratungsangebote zu machen. Gleichzeitig möchten sie auch da Präsenz zeigen, wo Jugendliche einen Großteil ihres Alltags verbringen: online. „Wir haben unsere Profile in sozialen Netzwerken wie Instagram in den letzten Jahren stark ausgebaut, weil wir an dieser Lebenswelt nah dran sein wollen und darin viel Potenzial liegt, junge Menschen zu erreichen“, erklärt Richter.

Jugendliche zwischen 16 und 18 Jahren sind durchschnittlich 67,8 Stunden pro Woche online, also knapp zehn Stunden am Tag - das hat die letzte Postbank Jugend-Digitalstudie ergeben. 2019, vor Ausbruch der Pandemie, lag der Wert noch bei 58 Stunden. Weitet man den Blick, kommen laut der ARD/ZDF-Onlinestudie aus dem Jahr 2022 auch die 14- bis 29-Jährigen auf fast

sieben Stunden (413 Minuten) tägliche Nutzungsdauer. In der Altersgruppe liegt bei den Social Media Apps Instagram mit 74 Prozent weit vor Snapchat (47 Prozent), TikTok (44 Prozent) und Facebook (42 Prozent).

**Verzahnung** „Wenn wir unterwegs sind, geben wir oft auf unsere Profile hin und geben mit, dass man uns kontaktieren kann, wenn ein Thema aufkommt“, sagt Richter. Häufig gehe es im Netz um einen Erstkontakt, dem die drei Streetworker relativ bald ein persönliches Gespräch als Angebot folgen lassen. Ausführliche Beratung finde über soziale Medien und Messenger nicht statt - auch aus Datenschutzgründen. Bei den Anfragen gebe es eine große Bandbreite, erzählt Richter: von Fragen zur Jobsuche, Beantragung von Leistungen wie Bürgergeld über Ideen für die Veränderung des Stadtteils bis zu aufenthaltsrechtlichen Fragen, Suchthemen oder persönlichen Belastungen.

„Digital Streetwork würde ich es in unserem Fall nicht nennen - es ist mehr ein Kanal, über den man uns kontaktieren kann und Informationen bekommt oder sich beteiligen kann, zum Beispiel über Umfragen“, sagt Richter. Als die Energiekrise ein großes Thema war, habe das Team darüber



Das Team der Mobilien Jugendarbeit Prohls © Konstanin Haraszek

Hinweise bekommen, was junge Menschen umtreibt und worauf in Beratungen vertriebt hingewiesen werden könne - ob Tipps für den Alltag oder konkrete Angebote von Beratungsstellen. Gerne wären die Dresdener Streetworker noch mehr in sozialen Netzwerken unterwegs, zum Beispiel auf TikTok - nur ist das

eine Frage der Ressourcen. Zu dritt teilen sie sich zwei Vollzeitstellen: „Das Digitale ist noch zusätzlich dazu gekommen, wir haben aber nicht mehr Stellen oder Mittel bekommen“, erklärt Richter die Gründe. Auch beim Erstellen von Content wären sie gern aktiver. Die Stadtteile seien durch Segregation geprägt und es gebe viele zugezogene oder eingewanderte Menschen. „Da ist in jedem Fall ein größerer Bedarf da, als wir abdecken können“, sagt sie.

**Digital Streetwork** Das stellt auch das Modellprojekt „Digital Streetwork“ des Bayerischen Jugendrings fest: Für die sieben bayerischen Regierungsbezirke wurden 2021 - anfänglich als Unterstützung in der Corona-Pandemie gedacht - 14 Digital Streetworker angestellt, die das Internet als die „neue Straße“ verstehen: Sie versuchen analoge Streetwork-Formate dorthin zu übersetzen, beraten junge Menschen aus Bayern direkt in den sozialen Netzwerken oder Messenger-Diensten und testen immer wieder neue Plattformen aus. „Viele Jugendliche haben keinen Anschluss mehr an die etablierten Hilfesysteme. Das hat sich durch die Pandemie noch verstärkt, geht aber natürlich auch mit der zunehmenden Digitalisierung und der Verdrängung junger Menschen aus öffentlichen Orten einher“, erklärt Pro-

jektleiter Jonas Lutz. Sein Ziel ist, dass das Modellprojekt auch im Jahr 2024 fortgesetzt wird: „Wir könnten doppelt so viele Streetworker beschäftigen und es hätten immer noch alle genug zu tun“, betont er. Die Idee der Jugendsozialarbeit, die im Internet aufsucht, kommt aus Skandinavien und wurde in Deutschland zum Beispiel in der digitalen Extremismusprävention aufgegriffen. In Bayern arbeiten die digitalen Streetworker jedoch komplett themenoffen: „Die Themen reichen von einfach nur mit jemandem reden wollen über familiäre Probleme, Einsamkeit bis hin zu häuslicher Gewalt oder der Suche nach einem Therapieplatz“, erzählt Streetworker Eike Müller, der für den Raum Unterfranken zuständig ist. Häufig habe er mit Anfragen rund um das Thema psychische Gesundheit zu tun. Sein Arbeitsalltag ist davon geprägt, zu schauen, wo genau er unterstützen kann oder welche Stellen es vor Ort gibt, an die sich jemand wenden kann. Mit seinen Profilen ist er momentan vor allem auf Jodel, Discord und TikTok aktiv, sein Kollege deckt andere Plattformen ab. Überall gleichzeitig ansprechbar zu sein, geht nicht, denn auf jeder Plattform wird anders kommuniziert. „Es soll so einfach wie möglich sein, Hilfe in Anspruch zu nehmen“, erklärt Müller die Grundidee. Dabei mache er immer nur

Angebote und schreibe Leute nicht direkt an. Über die Homepage des Projekts können die Jugendlichen die Streetworker verifizieren. Nach persönlichen Daten werde nur gefragt, wenn es für die Beratung nötig sei - jeder kann anonym bleiben. Praktisch sieht das oft so aus, dass Müller Kommentare unter Beiträgen hinterlässt die ungefähr so lauten: „Wenn du darüber reden willst, kannst du mich gern anschreiben“. Das werde rege in Anspruch genommen: „Bis April haben unsere Streetworker über 6.000 Kontakte mit jungen Menschen gehabt, über 2.500 Beratungsgespräche geführt und in 300 Fällen ist es gelungen, junge Menschen an das Hilfesystem zu vermitteln“, erzählt Projektleiter Lutz. Dass digital Streetwork als Ergänzung verstanden wird, ist beiden wichtig: Es brauche immer Unterstützungsmöglichkeiten vor Ort. Eike Müller geht davon aus, dass sich sein Arbeitsfeld weiter etablieren wird. Immer wieder bekomme er das Feedback, dass es solch ein Angebot auch in anderen Bundesländern brauche. „Digital Streetwork ist etwas, das eine gewisse Überregionalität braucht - anders als die Jugendhilfe, die sehr lokal geregelt ist“, erläutert Lutz. Egal wo: Was überall nötig ist, ist eine Jugendarbeit, die - on- und offline - Hand in Hand arbeitet. *Lisa Brübler*

# Mythos Gen Z

**ARBEITSMARKT** Wie die Job-Wünsche der Jahrtausendkinder die aktuelle Arbeitswelt verändern



Die Generation Z gilt als qualifiziert und flexibel, legt aber auch hohe Maßstäbe an ihre Arbeitgeber an.

© picture-alliance/Westend61/Giorgio Fochesato

Sie wollen die Unternehmenskultur und die dazugehörigen Werte mitgestalten und sie nicht nur vorgegeben bekommen. „Wir wollen nicht von den Entscheidungen anderer abhängig sein, sondern mit am Tisch sitzen“, schreibt Ronja Ebeling und formuliert damit, was ihrer Generation im Job wichtig ist. Die 26-jährige Journalistin und Unternehmensberaterin hat mehrere Bücher über die sogenannte Generation Z verfasst, also jene Menschen, die zwischen 1995 und 2010 geboren sind und derzeit in den Arbeitsmarkt kommen. Einen Markt, der sich komplett von dem vor 30, 20 oder 15 Jahren unterscheidet. „Wir haben einen Arbeitnehmermarkt, die Unternehmen sind heute diejenigen, die sich auf die Suche nach Fachkräften machen müssen“, schreibt Ebeling.

Diese Erkenntnis ist auch in zahlreichen Studien über die 14- bis 30-Jährigen nachzulesen. Aufgrund der Tatsache, dass Vertreter der Babyboomer-Generation derzeit massenhaft in Rente gehen und laut Studie des Instituts für Arbeitsmarkt und Berufsforschung (IAB) bis 2035 sieben Millionen Erwerbstätige fehlen, fordern die Jungen mehr als die Generationen vor ihnen.

Während sich ältere Arbeitnehmer in der Vergangenheit nur selten trauten, mehr Flexibilität bei Arbeitszeit und Gehalt zu fordern, machen die Vertreter der Generati-

on Z bereits im Vorstellungsgespräch deutlich, wie sie sich ihren Arbeitsplatz vorstellen: eine Viertagewoche bei vollem Lohnausgleich, die Möglichkeit zu Homeoffice und Sabbatical sowie Mitsprache am Arbeitsplatz und eine aktive Ansprache durch die Vorgesetzten.

**Besseres Coaching** Mit dieser Haltung ernten die Jungen bei ihren älteren Kollegen und vor allem bei Arbeitgebern nicht nur Zuspriechung. Die Managementberaterin und Rechtsanwältin Susanne Nickel gab die Stimmen ihrer Kunden in einem Kommentar wieder, der im Handelsblatt unter dem Titel „Generation Z floppt in der Arbeitswelt“ erschien. Nickel rät Unternehmen zu einem neuen Umgang mit den jungen Mitarbeitern, hierbei kann Coaching als Führungsinstrument sehr hilfreich sein.

Wichtig sei dabei, die verschiedenen Generationen zusammenzubringen. „Den Jüngeren muss vermittelt werden, dass Durchhaltevermögen unerlässlich ist. So werden im Beruf Erfahrungen gesammelt und der einzelne Mitarbeiter kann auch mitgestalten. Das ist nicht nur für die Arbeit wichtig, sondern auch fürs Leben“, sagt Susanne Nickel. Dazu braucht es ihrer Meinung nach „emotionalisierende Erlebnisse“ im Berufsalltag, denn Erkenntnisse alleine reichen für Veränderungen nicht aus. Dafür müssten die Vorgesetzten sorgen, was für

viele neu sei, nicht nur für die Chefs, sondern auch für die älteren Mitarbeiter. Firmen sollten nicht allein den Fokus auf die Wünsche der jungen Arbeitnehmer richten, sondern den erfahrenen Kollegen mehr Wertschätzung entgegen bringen. Ältere Bewerber sollten auch eine Chance bei der Rekrutierung erhalten sowie die Möglichkeit, sich weiter zu entwickeln, fordert Nickel.

Welche Anforderungen an eine Zusammenarbeit der verschiedenen Generationen gestellt werden, das beobachtet Sebastian John, Referent für Fachkräfte und Zukunft der Arbeit bei der IHK für München und Oberbayern. „Verbindlichkeit und Feedback sind bei der Gen Z unverzichtbar“, sagt John. Von Vorgesetzten werde erwartet, dass sie den Arbeitsprozess des jungen Mitarbeiters kontinuierlich begleiten, von allen anderen Kollegen werde eine Zusammenarbeit auf Augenhöhe verlangt. Wenn das in seinem Unternehmen nicht gelinge, der sehe sich mit dem Ausscheiden der Jungen konfrontiert. „Die Verbindlichkeit, einer Firma treu zu bleiben, ist bei der Gen Z sehr viel geringer als bei älteren Arbeitnehmern“, sagt John. Doch Jammern nütze nichts. Die Firmen seien gezwungen, sich auf die neue Situation einzustellen, und das sei mittlerweile bereits sichtbar. Auch im Bereich der IHK für München und Oberbayern, einer Region mit traditionell geringer Arbeitslosigkeit, hohem Gehaltsniveau dank großer Unternehmen, starkem Mittelstand und zahlreichen Hochschulen, gehörten verkürzte Öffnungszeiten wegen Personalmangel in Geschäften, Restaurants, bei Ärzten und Dienstleistern längst

zum Alltag. „Wer dauerhaft keine Mitarbeiter findet, dem droht, seine Firma für immer schließen zu müssen“, sagt John. Um mehr Menschen in den Arbeitsmarkt zu bringen und noch mehr Betriebschließungen zu verhindern, wird in der Politik nun über die Einführung der Viertagewoche diskutiert. Einige Betriebe haben sie bereits eingeführt. Die Idee, flexibler zu arbeiten, hat nicht nur bei der Generation Z viele Anhänger, sondern kommt auch bei den übrigen Arbeitnehmern immer besser an, seitdem während der Corona-Pandemie Homeoffice und neue Arbeitszeitmodelle ausprobiert wurden und sich zeigte, dass viele Unternehmen auch funktionieren, wenn die Belegschaft nicht geschlossen von 8:00 bis 18:00 Uhr vor Ort am Schreibtisch sitzt, sondern die Angestellten flexibel arbeiten. Auch Menschen jenseits der 35 wünschen sich eine „gute Arbeitsatmosphäre“, „gute Vorgesetzte“ und eine „gute Balance von Arbeit und Freizeit“. Das sind die wesentlichen Erkenntnisse verschiedener Studien.

„Kein Ponyhof“ Doch die Kritik an der Generation Z reißt nicht ab. Anfang des Jahres hatte Andrea Nahles, Chef der Bundesagentur für Arbeit, zum Thema Fachkräftemangel das „massive demografische Problem in Deutschland“ angesprochen. Dadurch werde sich der Arbeitsmarkt

stark verändern. Fragen der Work-Life-Balance müssten neu ausgehandelt werden, wie in der Generation der heute 50-Jährigen die Verteilung der Arbeit zwischen Frau und Mann in Familien neu ausgehandelt worden sei. „Aushandeln heißt aber auch, an die jüngere Generation gerichtet: Arbeit ist kein Ponyhof.“ Kaum waren diese Worte in der Welt, folgte ein Sturm der Entrüstung. Vor allem die Kritisierten hielten der früheren SPD-Arbeitsministerin vor, dass die Arbeitsbiografie vieler Eltern eher abstoßend als ein Vorbild sei. Es sei nicht erstrebenswert, alles dem Beruf unterzuordnen, die Familie, so denn vorhanden, nach getaner Arbeit nur wenige Stunden zu sehen, zeitaufwendiges Pendeln zwischen Arbeitsplatz und Zuhause zu akzeptieren und nur am Wochenende wirklich Freizeit zu haben. Arbeit als der bestimmende Faktor im Leben scheint ausgedient zu haben. Auch Thomas de Maizière (CDU), früherer Innen- und Verteidigungsminister und heute Präsident des Evangelischen Kirchentags, hat die Generation der 14- bis 30-Jährigen für ihre Anspruchshaltung kritisiert. Die Jungen dächten zu viel an Freizeit und zu wenig an die Gesellschaft. Es entstehe keine soziale Gesellschaft, wenn Menschen im Alter von Mitte 20 drei, vier Tage pro Woche arbeiteten. Der 69-Jährige sprach sich deshalb gegen eine Viertagewoche aus. Gegenüber anderen Staaten

würde Deutschland mit so einem Modell „nach unten durchgereicht, was Wohlstand und Innovationsniveau angeht“, so de Maizière. Beim Ifo-Institut macht man eine schlichte ökonomische Gleichung auf: Weniger Arbeit bedeute weniger wirtschaftlicher Wohlstand. Der Arbeitsmarkt sei in den vergangenen Jahren „viel flexibler geworden, Teilzeitarbeit und Homeoffice boomten, und die meisten Arbeitgeber bieten eine Vielzahl von Arbeitszeitmodellen an“, schreibt Clemens Fuest, der Präsident des Ifo-Instituts. Fakt sei, dass bereits heute viele ihre Arbeitszeit reduzierten und den damit verbundenen Einkommensverlust akzeptierten. Eine Vier-Tage-Woche bei vollem Lohnausgleich sei „ökonomisch heikel“. Die Arbeitszeit bei gleichem Monatslohn um ein Fünftel zu kürzen, würde einer Lohnerhöhung von 25 Prozent entsprechen. Das Ifo-Institut rät der Politik und den Tarifpartnern dazu, Anreize für Erwerbstätigkeit zu stärken. Dazu gehöre unter anderem, Teilzeitarbeit weniger und Vollzeitarbeit mehr zu fördern, die Kinderbetreuung weiter auszubauen, Abgaben auf Arbeitslöhne zu senken und Arbeitskräfteknappheit durch höhere Löhne zu verringern. Damit liegen das Ifo-Institut und Unternehmensberaterin Ebeling gar nicht so weit auseinander. „In Zeiten des Fachkräftemangels müssen sich Unternehmen fragen, auf wessen Bedürfnisse sie am besten eingehen und wie sie die Zielgruppe der Jungen an potentiellen Mitarbeiter\*innen am besten erreichen“, schreibt Ronja Ebeling in ihrem aktuellen Buch. *Nina Jeglinski*

»Den Jüngeren vermitteln, dass Durchhaltevermögen unerlässlich ist.«

Susanne Nickel, Beraterin

»Verbindlichkeit und Feedback sind bei der Gen Z unverzichtbar.«

Sebastian John, IHK München und Oberbayern

## Zu viele verlassen die Schule ohne Abschluss

**BILDUNG** Experten fordern von Schulen bessere Vorbereitung auf das Berufsleben

Das Schuljahr ist zu Ende – und für viele Jugendliche endet damit ihre Schulzeit. Auch in diesem Jahr wird sich ein Trend fortsetzen, der sich seit langem verfestigt: Zehntausende Schulabgänger verlassen die Schule ohne Abschluss.

Anfang Juli hat das Statistische Bundesamt die jüngsten Zahlen veröffentlicht. Demnach verließen im Jahr 2021 rund 47.500 Schülerinnen und Schüler die allgemeinbildenden Schulen ohne Abschluss. Das entspricht einem Anteil von 6,2 Prozent. Ein Jahr zuvor hatte der Anteil bei sechs Prozent gelegen. 2019 waren es gar 6,8 Prozent, ein Rekordwert.

**Hohes Risiko** Dabei haben Menschen ohne Abschluss ein höheres Risiko, in prekären Beschäftigungsverhältnissen zu landen. In einer aktuellen Studie warnt die Bertelsmann-Stiftung davor, dass die jetzigen Abgänger ohne Abschluss als „Nachwuchs“ zu den bereits rund 1,7 Millionen jungen Erwachsenen unter 30 Jahren stoßen werden, die keinen Abschluss haben. „Am deutschen Arbeitsmarkt ist eine abgeschlossene Berufsausbildung von großer Bedeutung“, sagt Professor Ludger Wößmann vom Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Ludwig-Maximilians-Universität München und Leiter des ifo-Zentrums

für Bildungsökonomik. Das lasse sich sehr deutlich an den aktuellen Arbeitslosenquoten ablesen: Während die Quote bei Menschen mit Berufsausbildung bei drei Prozent liege, betrage sie bei Menschen ohne Berufsausbildung rund 20 Prozent. „Viele junge Menschen, die ohne beruflichen Bildungsabschluss bleiben, werden also keine dauerhaft sichere Arbeit haben“, so Wößmann.

In einer aktuellen Untersuchung für die Vereinigung der Bayerischen Wirtschaft hat Wößmann zusammen mit Kollegen des Aktionsrats Bildung dargelegt, wie die berufliche Souveränität der Bevölkerung gestärkt werden könnte. Dabei ist aufgefallen, dass die Berufsorientierung von Jugendlichen in Deutschland sehr stark an Berufsfeldern der Vergangenheit ausgerichtet ist, die Gefahr laufen, in Zukunft automatisiert zu werden. Diese Ausrichtung ist unter Jugendlichen mit benachteiligtem sozioökonomischem Hintergrund besonders stark ausgeprägt, was eine weiter steigende Ungleichheit erwarten

lässt. Das enge Berufswahlspektrum spiegelt sich seit Jahren auch in den neu abgeschlossenen Ausbildungsverträgen wider. Regelmäßig entfallen rund drei Viertel aller neuen

Verträge auf die 25 meistgewählten Berufe. Zu den beliebtesten Ausbildungsplätzen bei Frauen zählen nach wie vor Bürokauffrau und medizinische Fachangestellte. Junge Männer interessieren sich bevorzugt für eine Ausbildung zum Automechaniker oder Verkäufer. Wößmann plädiert dafür, Kinder und Jugendliche umfassend über die Breite und Vielfalt der Berufswahlmöglichkeiten zu informieren.

Das sei eine wichtige Aufgabe der Schulen. Dazu müssten entsprechende fachbezogene und fächerübergreifende Unterrichtsinhalte in die Lehrpläne aufgenommen beziehungsweise deutlich gestärkt werden. Bestehenden „Genderstereotypen“, die bei der Berufswahl immer noch eine große Rolle spielen, müsse „aktiv entgegengetreten werden“, schreibt der Aktionsrat Bildung. Unterstützung erhält er für diese Idee von Professor Friedrich Hu-

»Die Berufsorientierung ist an veralteten Berufsfeldern ausgerichtet.«

Studie des Aktionsrats Bildung

## Tories und Labour an der Macht



„Erdbeben“  
Wahlen und Parteien in Großbritannien von Thatcher bis Johnson  
Von Prof. Dr. Roland Sturm  
2023, 156 S., brosch., 39,- €  
ISBN 978-3-7560-0461-4  
E-Book 978-3-7489-3955-9  
(Parteien und Wahlen, Bd. 30)

Warum ist Großbritannien das Land der Erdbeben? Der Band betrachtet erstmals (auch im englischsprachigen Raum gibt es eine solche Publikation nicht) die britische Wahlgeschichte seit 1945 mit besonderem Schwerpunkt auf die Wahlen von Thatcher bis Johnson. Dies ist keine Ereignisgeschichte, sondern bezieht die aktuellen Ergebnisse der systematischen Wahlforschung mit ein. So sind überraschende Einblicke in Wahlkämpfe, Wahlverhalten und den sozialen Wandel möglich, die bisher einen stabilen Zweiparteienwechsel an der Regierung ermöglicht haben.

Nomos  
eLibrary nomos-elibrary.de

Portofreie Buch-Bestellungen unter nomos-shop.de  
Alle Preise inkl. Mehrwertsteuer

Nomos

**AUFGEKEHRT**

**Remscheid statt Rimini**

**F**rüher, als man noch Postkarten schrieb, hieß es auf diesen meist sehr banal: „Wetter gut, Essen gut, Stimmung gut, bis bald!“ Doch das hat sich geändert. Postkarten gibt es zwar noch, aber mal ehrlich, schickt die noch jemand ab? Meistens gibt's im Sommer eine Whatsapp-Nachricht samt Selfie von Oma Bärbel, Onkel André oder diversen Neffen und Nichten im Familienchat aus mehr oder weniger exotischen Locations, man wünscht sich gegenseitig eine schöne Zeit und gut ist. Oder man twittert halt, wie es jüngst Bundesgesundheits- und besorgtheitsminister Karl Lauterbach aus Italien tat, wo mal wieder eine Hitzewelle regiert. Er befand: Es ist zu heiß, weil Klimawandel, das was für die südlichen Urlaubsländer – „eine Ära geht zu Ende“. Heißt: Der Teutonengrill, ob in Italien, Spanien oder Griechenland, ist zu aufgeheizt. Man wird nicht mehr braun, man wird knusprig. In Italien zeigte man sich von Lauterbachs Einlassungen irritiert, die Tourismusministerin verwies auf die anhaltende Beliebtheit des Landes insbesondere bei deutschen Touristen. Doch was, wenn der urlaubende Untergangsprophet recht hat? Müssen wir etwa Urlaub in Deutschland machen? Ost statt Gardasee? Remscheid statt Rimini? Oder gleich zu Hause bleiben und die Naherholung versuchen? Fürs Klima wär's prima. Doch zumindest in Berlin wird das schwierig. An örtlichen Freibädern wird inzwischen härter kontrolliert als an der Clubtür und im Zweifel stehen dann auch noch Polizisten am Beckenrand, Sozialarbeiter sperren die Rutschen und sonnenverbrannte Innenpolitiker fordern in Law&Order-Badehosen Schnellverfahren an der Pommesebude. Entspannung ist anders. Und einfach ins Umland geht auch nicht mehr. Brandenburg ist Safariland. Wer dort nicht von einer Wildschwein-Löwin erwischt wird, den holt der Wolf. *Sören C. Reimer* ■

**VOR 25 JAHREN...**

**Umstrittenes Ozongesetz**

**12.8.1998: Fahrverbot wegen hoher Ozonwerte.** Das erste Halbjahr 1998 war das heißeste seit Beginn der Aufzeichnungen. Und als Hoch „Carlos“ die Temperaturen im Sommer auf bis zu 38 Grad kletterte ließ, überstiegen am



Eine dicke graue Abgaswolke aus einem Auto ohne geregelten Katalysator

11. August die Ozonwerte in vielen Teilen Deutschlands den Warnwert von 180 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft. In vier Bundesländern hatte das einen Tag später konkrete Folgen für Autofahrer: In Baden-Württemberg, Rheinland-Pfalz, Hessen und im Saarland wurden Ozonwerte von über 240 Mikrogramm gemessen, was nach dem Ozongesetz ein Fahrverbot für Autos ohne geregelten Katalysator und Fahrzeuge mit hohen Schadstoff-Emissionen vorsah. Das Fahrverbot gemäß der sogenannten Sommer-smogregelung galt ab 6 Uhr für 24 Stunden. Wer dennoch fuhr, dem drohte ein Bußgeld von bis zu 80 D-Mark. Das 1995 unter Umweltministerin Angela Merkel (CDU) in Kraft getretene Ozongesetz war hoch umstritten. Kritiker bemängelten zu hoch angesetzte Grenzwerte und das Fehlen von Tempolimits. Als es 1998 erstmals griff, forderte Greenpeace eine Verschärfung. Der Autoclub Europa schlug vor, die Nahverkehrsbetriebe sollten ein günstiges Ozon-Superticket anbieten – als Anreiz, auf öffentliche Verkehrsmittel umzusteigen. Tatsächlich verpuffte die Anti-Smog-Maßnahme: Wegen der vielen Ausnahmen – etwa für Urlauber oder Pendler – waren fast genauso viele Autos auf den Straßen. Da kapitulierte selbst die Polizei, Kontrollen waren kaum möglich. „Es genügt schon, einen Koffer in den Kofferraum zu legen und so sagen, man sei auf Urlaubsreise, um das Fahrverbot zu umgehen“, schimpfte der saarländische Umweltminister Heiko Maas (SPD). *Benjamin Stahl* ■

**ORTSTERMIN: KINDER- UND JUGENDPARLAMENT**



Mitglieder des Kinder- und Jugendparlaments Charlottenburg-Wilmersdorf bei einer Sitzung im Rathaus Charlottenburg

**Junges Engagement**

Es gibt viele Kinder und Jugendliche, die den Eindruck haben, dass Politik nicht für junge Menschen gemacht wird. Sie finden, dass ihre Belange zu wenig berücksichtigt werden und das Wahlalter mit 18 Jahren zu hoch ist. Doch das KJP bietet jungen Menschen nicht nur die Möglichkeit, sich politisch zu beteiligen. Es ist auch eine Begegnungsstätte für Kinder und Jugendliche. Und die wünschen sich für die Zukunft ein eigenes Stimmrecht im Jugendhilfeausschuss und dass die Erwachsenen sie ernst nehmen. So erzählen sie es in einer Sitzung vor den Sommerferien im Rathaus Charlottenburg. Sie möchten als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt werden. Daher störe einige auch die Bezeichnung „Minderjährige“. Das höre sich nach „minderwertig“ an und passe absolut nicht zu den engagierten Kindern und Jugendlichen, erklärt Zaliha, einer der Mitglieder des KJP. Bevor die Sitzung so richtig beginnt, reden die elf Kinder und Jugendlichen, die an dem Tag zusammengekommen sind, noch wild durcheinander. Es geht um die Schule, Freizeitaktivitäten und gemeinsame Freundinnen und Freunde. Doch sobald der erste Tagesordnungspunkt angesprochen wird, ändert sich die Stimmung: Ab jetzt wird darauf geachtet, dass alle aussprechen dürfen und nacheinander reden. Das passiert auch in besonderer Rücksichtnahme auf Patrick – für ihn wird die Sitzung in Gebärdensprache übersetzt. In dieser Sitzung des KJP herrscht eine Diskussionskultur, von der sich so manches Plenum voller Erwachsener etwas abschauen könnte. Dass junge Menschen mehr mitentscheiden sollten, darin sind sich alle im KJP einig. Und die zahlreich umgesetzten Projekte zeigen, dass sich eine rege Kinder- und Jugendbeteiligung für die Stadt lohnt. So wurden auf Antrag des KJP zum Beispiel Solarpanels auf dem Dach einer Jugendeinrichtung angebracht, Stolpersteine und Gedenktafeln im Bezirk eingesetzt oder Spielplätze saniert und Aufbaumöglichkeiten initiiert. Ein zuletzt eingebrachter Antrag zur „barrierefreien Barrierefreiheit“ soll Hemmnisse bei der Beauftragung von Gebärdendolmetschern abbauen. Erarbeitet werden die Projekte in Arbeitsgemeinschaften, sozusagen den Ausschüssen des KJP. Darunter die AG Europa, Mental Health oder Öffentlichkeitsarbeit. Letztere entwickelt gerade eine eigene Zeitung, damit mehr Personen vom KJP erfahren. So könnten „noch mehr Jugendliche die Möglichkeit bekommen, sich zu engagieren und zu beteiligen“, erklärt Allegra, die vierzehnjährige Leiterin der Arbeitsgemeinschaft. *Carolin Hasse* ■

Versammlung kein eigenes Stimmrecht, dennoch wurden in den vergangenen 18 Jahren über 90 Prozent aller Anträge positiv durch die BVV entschieden. Ferner hat das KJP einen ständigen Sitz im Jugendhilfeausschuss. Doch das KJP bietet jungen Menschen nicht nur die Möglichkeit, sich politisch zu beteiligen. Es ist auch eine Begegnungsstätte für Kinder und Jugendliche. Und die wünschen sich für die Zukunft ein eigenes Stimmrecht im Jugendhilfeausschuss und dass die Erwachsenen sie ernst nehmen. So erzählen sie es in einer Sitzung vor den Sommerferien im Rathaus Charlottenburg. Sie möchten als vollwertige Mitglieder der Gesellschaft anerkannt werden. Daher störe einige auch die Bezeichnung „Minderjährige“. Das höre sich nach „minderwertig“ an und passe absolut nicht zu den engagierten Kindern und Jugendlichen, erklärt Zaliha, einer der Mitglieder des KJP. Bevor die Sitzung so richtig beginnt, reden die elf Kinder und Jugendlichen, die an dem Tag zusammengekommen sind, noch wild durcheinander. Es geht um die Schule, Freizeitaktivitäten und gemeinsame Freundinnen und Freunde. Doch sobald der erste Tagesordnungspunkt angesprochen wird, ändert sich die Stimmung: Ab jetzt wird darauf geachtet, dass alle aussprechen dürfen und nacheinander reden. Das passiert auch in besonderer Rücksichtnahme auf Patrick – für ihn wird die Sitzung in Gebärdensprache übersetzt. In dieser Sitzung des KJP herrscht eine Diskussionskultur, von der sich so manches Plenum voller Erwachsener etwas abschauen könnte. Dass junge Menschen mehr mitentscheiden sollten, darin sind sich alle im KJP einig. Und die zahlreich umgesetzten Projekte zeigen, dass sich eine rege Kinder- und Jugendbeteiligung für die Stadt lohnt. So wurden auf Antrag des KJP zum Beispiel Solarpanels auf dem Dach einer Jugendeinrichtung angebracht, Stolpersteine und Gedenktafeln im Bezirk eingesetzt oder Spielplätze saniert und Aufbaumöglichkeiten initiiert. Ein zuletzt eingebrachter Antrag zur „barrierefreien Barrierefreiheit“ soll Hemmnisse bei der Beauftragung von Gebärdendolmetschern abbauen. Erarbeitet werden die Projekte in Arbeitsgemeinschaften, sozusagen den Ausschüssen des KJP. Darunter die AG Europa, Mental Health oder Öffentlichkeitsarbeit. Letztere entwickelt gerade eine eigene Zeitung, damit mehr Personen vom KJP erfahren. So könnten „noch mehr Jugendliche die Möglichkeit bekommen, sich zu engagieren und zu beteiligen“, erklärt Allegra, die vierzehnjährige Leiterin der Arbeitsgemeinschaft. *Carolin Hasse* ■

**PERSONALIA**

**>Eva-Maria Schreiber †**  
**Bundestagsabgeordnete 2017-2021, Die Linke**  
Am 6. Juli starb Eva-Maria Schreiber im Alter von 65 Jahren. Die Ethnologin aus München trat 2011 der „Linken“ bei, war von 2014 bis 2018 Kreissprecherin ihrer Partei in München und gehörte seit 2016 dem bayerischen Landesvorstand an. Schreiber wirkte im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung sowie im Umweltausschuss mit.

**>Editha Limbach †**  
**Bundestagsabgeordnete 1987-1998, CDU**  
Am 28. Juni starb Editha Limbach im Alter von 90 Jahren. Die Journalistin aus Bonn, CDU-Mitglied seit 1960, war von 1970 bis 1988 sowie von 1998 bis 2003 stellv. Kreisvorsitzende. Von 1975 bis 1990 gehörte sie dem Bonner Stadtrat an. Limbach engagierte sich im Arbeits-, im Familien- sowie im Gesundheitsausschuss. Von 1998 bis 2010 war sie Vorsitzende der Deutschen Stiftung für die UNO-Flüchtlingshilfe.

**>Klaus Töpfer**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-1998, CDU**  
Klaus Töpfer vollendet am 29. Juli sein 85. Lebensjahr. Der Hochschullehrer aus Höxter, CDU-Mitglied seit 1972, war von 1990 bis 1995 saarländischer Landesvorsitzender. Von 1989 bis 1998 gehörte er dem Bundesvorstand und von 1992 bis 1998 dem CDU-Parteipräsidium an. Töpfer war von 1987 bis 1994 Bundesumweltminister sowie von 1994 bis 1998 Bundesbauminister. Mit Töpfer ist die Gründung des Bundesamts für Strahlenschutz verbunden.

**>Krista Sager**  
**Bundestagsabgeordnete 2002-2013, Bündnis 90/Die Grünen**  
Am 28. Juli wird Krista Sager 70 Jahre alt. Die Gymnasiallehrerin aus Hamburg schloss sich 1983 den „Grünen“ an und war von 1994 bis 1996 zusammen mit Jürgen Trittin Sprecherin des Bundesvorstands. Von 1997 bis 2001 amtierte sie als Zweite Bürgermeisterin und Wissenschaftssenatorin in Hamburg. Sager, von 2002 bis 2005 gemeinsam mit Katrin Göring-Eckardt Vorsitzende ihrer Fraktion, engagierte sich im Bildungsausschuss.

**>Ernst Kastning**  
**Bundestagsabgeordneter 1983-1998, SPD**  
Ernst Kastning vollendet am 1. August sein 85. Lebensjahr. Der Diplom-Politologe aus Bückeberg trat 1958 der SPD bei. Von 1978 bis 1983 gehörte er dem niedersächsischen Landtag an. Kastning wirkte im Haushaltsausschuss mit.

**>Volker Stephan**  
**Bundestagsabgeordneter 1990, SPD**  
Am 1. August wird Volker Stephan 85 Jahre alt. Der Veterinärmediziner aus Stendal gehörte 1990 der ersten frei gewählten Volkskammer der DDR an. Von 1994 bis 2001 war der Sozialdemokrat Oberbürgermeister von Stendal.

**>Angela Schmid**  
**Bundestagsabgeordnete 2004-2005, CDU**  
Am 1. August wird Angela Schmid 80 Jahre alt. Die Juristin aus Stuttgart war von 1999 bis 2004 dort Stadträtin. Schmid gehörte dem Familienausschuss an. *bmh* ■

**Pionierin Heide Simonis ist tot**

Heide Simonis ist am 12. Juli im Alter von 80 Jahren gestorben. Die in Bonn geborene Diplom-Volkswirtin trat 1969 der SPD bei. Als Grund nannte sie die Politik des Aufbruchs unter Willy Brandt. 1976 zog sie erstmals in den Bundestag ein. Früh fiel sie durch profunde, aber auch provozierende Wortmeldungen auf. Von 1976 bis 1988 engagierte sie sich im Haushaltsausschuss und hatte sich als finanzpolitische Sprecherin ihrer Fraktion bald einen Namen gemacht. Danach berief Schleswig-Holsteins Ministerpräsident Björn Engholm Simonis zur Finanzministerin. Als er 1993 zurücktrat, wurde sie seine Nachfolgerin. Bei der Wahl 2005 verfehlte sie im Landtag in vier Wahlgängen die erforderliche Mehrheit. Sichtlich gebrochen verließ sie kurz danach die politische Bühne. Mit ihrer zwölfjährigen Amtszeit regierte Heide Simonis als erste Frau an der Spitze einer Landesregierung länger als jeder ihrer Vorgänger in Kiel. *bmh* ■



Heide Simonis

**PERSONALIA**

**>Günter Oesinghaus**  
**Bundestagsabgeordneter 1987-2002, SPD**  
Am 4. August vollendet Günter Oesinghaus sein 80. Lebensjahr. Der Hauptschullehrer aus Köln trat 1969 der SPD bei und war von 1977 bis 1991 Mitglied des Unterbezirksvorstands Köln. Oesinghaus arbeitete im Verkehrsausschuss sowie im Europaausschuss mit.

**>Marlies Pretzlaff**  
**Bundestagsabgeordnete 1994-2002, CDU**  
Marlies Pretzlaff wird am 4. August 80 Jahre alt. Die Lehrerin aus Northeim schloss sich 1975 der CDU an und gehörte dem dortigen Kreisvorstand sowie dem Bezirksvorstand Hildesheim an. Pretzlaff wirkte im Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit mit.

**>Waldemar Westermayer**  
**Bundestagsabgeordneter 2014-2017, CDU**  
Am 4. August wird Waldemar Westermayer 70 Jahre alt. Der Landwirtschaftsmeister aus Leutkirch war seit 1989 bzw. seit 1990 Mitglied des CDU-Kreisvorstands Ravensburg, Kreistagsmitglied in Ravensburg und Stadtrat in Leutkirch. Westermayer wirkte im Landwirtschaftsausschuss mit.

**>Carl-Ludwig Thiele**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-2010, FDP**  
Am 9. August wird Carl-Ludwig Thiele 70 Jahre alt. Der Rechtsanwalt aus Osnabrück trat 1979 der FDP bei, wurde 1988 Vorsitzender des dortigen Bezirksverbands und amtierte von 2002 bis 2010 als stellv. niedersächsischer Landesvorsitzender. Von 1995 bis 2010 gehörte er dem FDP-Bundesvorstand an. Thiele engagierte sich im Finanzausschuss, dessen Vorsitz er von 1994 bis 1998 innehatte. Von 2002 bis 2010 war er stellv. Fraktionsvorsitzender.

**>Volkmar Schultz**  
**Bundestagsabgeordneter 1994-2002, SPD**  
Am 10. August begeht Volkmar Schultz seinen 85. Geburtstag. Der Journalist aus Köln trat 1965 der SPD bei und gehörte von 1979 bis 1991 dem dortigen Unterbezirksvorstand an. Von 1980 bis 1994 war er NRW-Landtagsabgeordneter sowie von 1987 bis 1994 stellvertretender Fraktionsvorsitzender. Schultz wirkte im Städtebauausschuss sowie im Auswärtigen Ausschuss mit.

**SEITENBLICKE**



**»Kuppelkucker« in neuer Optik**

**INFOS FÜR KINDER** Das Kinderportal des Bundestages „Kuppelkucker“ ist überarbeitet worden und erscheint seit dem 12. Juli 2023 in neuer Optik. Mit frischen Farben, einer klaren Struktur und verständlichen Inhalten lädt die Internetseite Kinder von fünf bis zwölf Jahren dazu ein, mehr über den Bundestag zu erfahren. Per Mausclick finden junge Interessierte Informationen dazu, wie Gesetze entstehen oder welche Aufgaben die Abgeordneten haben. Neben einfachen Erklärtexten gibt es Informationen auch in kurzen Videos und Podcasts. Begleitet werden die Kinder dabei von Karlichen Adler, dem kleinen Bruder des Bundestagsadlers, der spielerisch durch die Webseite leitet. Er erklärt den Kindern unter anderem, was man von der Kuppel des Reichstages aus sehen kann oder wer im Plenarsaal wo sitzt. Damit Kinder die Webseite gut nutzen können, wurden die Inhalte in verständlicher Sprache aufbereitet. Zudem verfügt das Portal über eine Vorlesefunktion. Den „Kuppelkucker“ gibt es als Angebot des Bundestages bereits seit dem Jahr 2007, zu finden ist die Webseite online unter: [www.kuppelkucker.de](http://www.kuppelkucker.de) *cha* ■

**>Klaus Mildner**  
**Bundestagsabgeordneter 1990-1994, CDU**  
Am 11. August wird Klaus Mildner 85 Jahre alt. Der Ingenieur aus Magdeburg trat 1989 dem Demokratischen Aufbruch und 1990 der CDU bei. Er war Mitglied des Wirtschaftsrats seiner Partei. Mildner engagierte sich im Städtebauausschuss.

**>Herta Däubler-Gmelin**  
**Bundestagsabgeordnete 1972-2009, SPD**  
Am 12. August begeht Herta Däubler-Gmelin ihren 80. Geburtstag. Die Rechtsanwältin aus Tübingen trat 1965 der SPD bei, war von 1978 bis 2005 Mitglied des Bundesvorstands und von 1988 bis 1997 stellvertretende SPD-Bundesvorsitzende. Däubler-Gmelin, von 1983 bis 1993 stellvertretende Vorsitzende ihrer Fraktion, engagierte sich überwiegend im Rechtsausschuss, an dessen Spitze sie von 1980 bis 1983 stand. Außerdem war sie von 2002 bis 2005 Vorsitzende des Landwirtschaftsausschusses sowie von 2005 bis 2009 Vorsitzende des Ausschusses für Menschenrechte und humanitäre Hilfe. Von 1998 bis 2002 amtierte sie als Bundesjustizministerin. *bmh* ■

leicht  
erklärt!

# Politik für Kinder

## Die Kinder-Kommission vom Bundestag



### Einleitung

Im Deutschen Bundestag gibt es eine Arbeits-Gruppe.

Die setzt sich für Kinder und Jugendliche ein.

Genauer: für ihre Rechte, Interessen und Bedürfnisse.

Der Name von der Arbeits-Gruppe ist: Kinder-Kommission.

Die Abkürzung ist: Kiko.

„Ki“ sind die ersten beiden Buchstaben vom Wort „Kinder“.

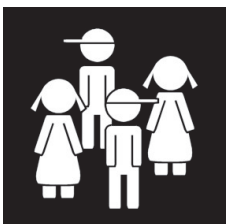
„Ko“ sind die ersten beiden Buchstaben vom Wort „Kommission“.

So entsteht die Abkürzung Kiko.

Die Kiko hat auch noch einen ganz langen Namen.

Der lautet:  
Kommission zur Wahrnehmung der Belange der Kinder.

Den werden wir aber im Text nicht verwenden.



Im folgenden Text beantworten wir unter anderem folgende Fragen:

- Was ist die Kiko?
- Welche Aufgaben hat die Kiko?
- Wie arbeitet die Kiko?
- Wer sind die Mitglieder von der Kiko?

### Was ist die Kiko?

Kinder und Jugendliche brauchen besonderen Schutz.

Sie haben weniger Möglichkeiten als Erwachsene, ihre Rechte und Interessen deutlich zu machen.

Darum brauchen sie Erwachsene, die sich um ihre Rechte und Interessen kümmern.

Eine Gruppe, die das tut, ist die Kiko vom Bundestag.



### Was ist der Bundestag?

Der Bundestag ist eine Gruppe von Politikern.

Diese Politiker vertreten die Menschen in Deutschland.

Denn: Deutschland ist eine Demokratie.

Demokratie bedeutet: Die Menschen bestimmen zusammen, was im Land passieren soll.

Sie bestimmen das aber nicht direkt. Stattdessen wählen sie Politiker.

Diese Politiker vertreten die Menschen dann.

Sie machen zum Beispiel Gesetze. Oder sie treffen andere Entscheidungen.

Die so gewählten Politiker bilden zusammen den Bundestag.

Er ist eine der wichtigsten Gruppen von Politikern, die es in unserem Land gibt.



### **Arbeits-Gruppe für Kinder im Bundestag**

Der Bundestag ist also die Vertretung der Menschen in Deutschland.

Aber: Kinder und Jugendliche können sich nicht selbst im Bundestag vertreten.

Denn für den Bundestag muss man mindestens 18 Jahre alt sein. Und man darf auch erst mit 18 Jahren wählen.

Deswegen müssen sich erwachsene Politiker um die Interessen von Kindern und Jugendlichen kümmern.

Früher machten das Kinder-Beauftragte im Bundestag.

Jede Fraktion hatte einen eigenen Kinder-Beauftragten.

„Fraktion“ ist ein Fach-Wort aus dem Bundestag.

Damit meint man eine Gruppe von Politikern, die im Bundestag zusammenarbeiten.

Sie wollen gemeinsame Ziele erreichen.

Meistens gehören sie zu einer Partei.

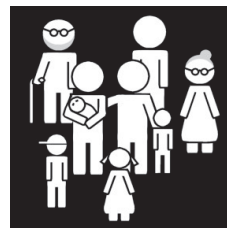


Der Bundestag hat im Jahr 1988 beschlossen:  
Die Kinder-Beauftragten sollen in einer gemeinsamen Arbeits-Gruppe arbeiten.

So ist die Kiko entstanden.

Die Kiko gehört zur Fach-Gruppe für Familie, Senioren, Frauen und Jugend.

### **Welche Aufgaben hat die Kiko?**



Die Kiko vertritt die Interessen von Kindern und Jugendlichen im Bundestag.

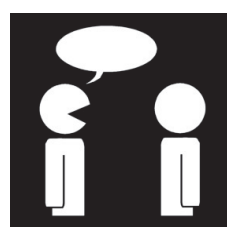
Man sagt:

Sie ist wie ein Wächter für die Interessen von Kindern und Jugendlichen.

Sie passt auf, dass diese Interessen beachtet werden.

Dazu gehören folgende Aufgaben:

### **Gespräche über Kinder-Themen**



Die Mitglieder von der Kiko informieren sich über Kinder, Jugendliche und Familien.

Sie sprechen dazu mit Fach-Leuten. Zum Beispiel mit Kinder-Ärzten oder Forschern.

Sie diskutieren miteinander über Kinder-Themen.

Sie sind Ansprech-Partner für Kinder und Eltern.  
Und auch für Vereine und andere Gruppen

### **Arbeit an Gesetzen**



Die Politiker von der Kiko sorgen dafür, dass bei Gesetzen auch an Kinder und Jugendliche gedacht wird.



Sie prüfen neue Gesetze genau.  
Manchmal versuchen sie, Entwürfe von neuen Gesetzen besser zu machen.  
Und zwar, wenn sie meinen, dass ein neues Gesetz den Kindern schadet.

## Kinder-Themen bekannt machen



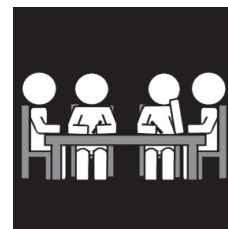
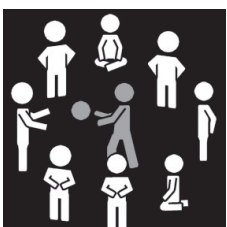
Die Politiker von der Kiko machen Kinder-Themen bekannter.  
Zum Beispiel setzen sie sich dafür ein, dass über die Kinder-Themen in den Medien gesprochen wird.  
Also im Radio, Fernsehen oder Internet.

## Um welche Kinder-Themen geht es?

In der Kiko gibt es ganz unterschiedliche Kinder-Themen.

Hier einige Beispiele:

- Was brauchen Kinder für eine gute Kindheit?
- Was kann man gegen Armut bei Kindern machen?
- Wie können geflüchtete Kinder gut in Deutschland leben?
- Wie sehen kinder-freundliche Städte aus?
- Wie können Kinder und Jugendliche in der Politik mitmachen?
- Was fordern Kinder und Jugendliche bei der Klima-Krise? Also bei der Erd-Erwärmung und den Problemen, die dadurch entstehen.
- Welche Sorgen haben junge Menschen in der Schule oder bei einer Ausbildung?



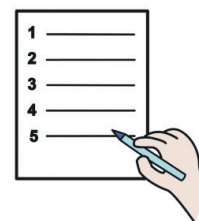
## Wer sind die Mitglieder von der Kiko?

Die Kiko besteht aus Politikern vom Bundestag.  
Der Bundestag wird alle 4 Jahre neu gewählt.  
Dann hat auch die Kiko neue Mitglieder.

Jede Fraktion vom Bundestag schickt einen Politiker in die Kiko.

Im Moment gibt es 6 Fraktionen.  
Deswegen hat die Kiko 6 Mitglieder.

Das sind die Namen von Personen, die im Moment in der Kiko sind:



- Sarah Lahrkamp von der Fraktion SPD
- Paul Lehrieder von der Fraktion CDU/CSU
- Emilia Fester von der Fraktion Die Grünen
- Matthias Seestern-Pauly von der Fraktion FDP
- Gereon Bollmann von der Fraktion AfD
- Heidi Reichinnek von der Fraktion Die Linke

Jedes Mitglied hat auch einen Stellvertreter.

## Wie arbeitet die Kiko?



Die Mitglieder der Kiko beschließen gemeinsam, welche Aufgaben sie bearbeiten wollen.

Außerdem entscheiden sie, welches Mitglied welche Aufgaben übernimmt.

Die Kiko trifft sich dann mehrmals im Monat zu einer gemeinsamen Sitzung.

Dort wird über Kinder-Themen gesprochen.



Die Kiko veranstaltet auch Gespräche mit Fach-Leuten.

Das nennt man Experten-Gespräche oder Anhörungen.

Die Fach-Leute geben Infos zu bestimmten Kinder-Themen.

Die Kiko schreibt viele Berichte.

In den Berichten steht, welche Meinung die Mitglieder zu bestimmten Kinder-Themen haben.

Welche Empfehlungen sie für den Bundestag haben.

Oder wie sie neue Gesetze finden.

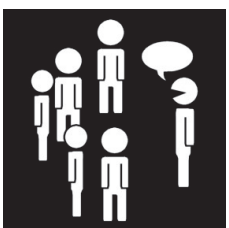
So beeinflusst die Kiko die Gesetze.

Aber: Die Kiko kann keine neuen Gesetze vorschlagen.

Manche Menschen finden das schlecht.

Sie wollen, dass die Kiko im Bundestag mehr zu sagen hat.

### Wer leitet die Kiko?



Die Kiko hat einen Vorsitzenden.

Das ist so etwas wie der Chef von der Arbeits-Gruppe.

Im Moment ist Emilia Fester die Vorsitzende.

Der Vorsitzende wechselt regelmäßig.

So können alle Mitglieder mitbestimmen.

Und ihre eigenen Themen einbringen können.



### Andere Kinder-Kommissionen

Auch in manchen Bundes-Ländern, Städten und Gemeinden gibt es Kinder-Kommissionen.

Die Mitglieder dort kümmern sich um die Interessen von den Kindern und Jugendlichen in ihrem Bundes-Land, ihrer Stadt oder ihrer Gemeinde.



### Kurz zusammengefasst

Die Kinder-Kommission ist eine Arbeits-Gruppe im Deutschen Bundestag.

Man nennt sie kurz: Kiko.

Die Kiko kümmert sich um die Rechte von Kindern und Jugendlichen.

Sie macht sich im Bundestag für Kinder und Jugendliche stark.

Sie prüft zum Beispiel neue Gesetze Und sie gibt Empfehlungen dazu.

Die Kiko darf keine neuen Gesetze vorschlagen.

Manche Menschen finden: Die Kiko sollte mehr zu sagen haben.

Die Kiko hat im Moment 6 Mitglieder.

Weitere Informationen in Leichter Sprache gibt es unter: [www.bundestag.de/leichte\\_sprache](http://www.bundestag.de/leichte_sprache)

## Impressum

Dieser Text wurde geschrieben vom

NachrichtenWerk

der Bürgerstiftung antonius : gemeinsam Mensch

An St. Kathrin 4, 36041 Fulda, [www.antonius.de](http://www.antonius.de)

Kontakt: Bastian Ludwig, [info@nachrichtenwerk.de](mailto:info@nachrichtenwerk.de)



Red.: Annika Klüh, Bastian Ludwig, Christine Reith, Victoria Tucker, Isabel Zimmer

Titelbild: © Deutscher Bundestag / Inga Haar. Piktogramme: Picto-Selector. © Sclera ([www.sclera.be](http://www.sclera.be)), © Paxtoncrafts Charitable Trust ([www.straight-street.com](http://www.straight-street.com)), © Sergio Palao ([www.palao.es](http://www.palao.es)) im Namen der Regierung von Aragon ([www.arasaac.org](http://www.arasaac.org)), © Pictogenda ([www.pictogenda.nl](http://www.pictogenda.nl)), © Pictofrance ([www.pictofrance.fr](http://www.pictofrance.fr)), © UN OCHA ([www.unocha.org](http://www.unocha.org)), © Ich und Ko ([www.ukpukvve.nl](http://www.ukpukvve.nl)). Die Picto-Selector-Bilder unterliegen der Creative-Commons-Lizenz ([www.creativecommons.org](http://www.creativecommons.org)). Einige der Bilder haben wir verändert. Die Urheber der Bilder übernehmen keine Haftung für die Art der Nutzung.

Beilage zur Wochenzeitung „Das Parlament“, Nr. 30-32/2023  
Die nächste Ausgabe erscheint am 14. August 2023.